

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnement Preis pränumerando  
 Vierteljahr 3.50 RM, monatlich 1.10 RM,  
 wöchentlich 25 Pf. für ins Haus,  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 nummer mit Beilagen 10 Pf. Beilage  
 „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 abonnement: 1.10 RM für 1 Monat  
 eingetragen in die Post-Verzeichnungs-  
 stelle. Unter Kreuzband für  
 Deutschland und Österreich-Ungarn  
 2.00 RM, für das übrige Ausland  
 4.00 RM pro Monat. Postabonnements  
 nehmen an: Belgien, Dänemark,  
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,  
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die tägliche Ausgabe 20 Pf. für  
 jede Zeile oder deren Raum 20 Pf. für  
 baltische und gemischtsprachige Anzeigen  
 und Vernehmlichungs-Anzeigen 30 Pf.  
 „Kleine Anzeigen“, das heißt die  
 Wort 20 Pf. (zuletzt 10 Pf. für  
 jedes weitere Wort 10 Pf. für  
 Stellenangebote und Geschäftsver-  
 träge das erste Wort 10 Pf. jedes  
 weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buch-  
 staben zählen für zwei Worte. Inserate  
 für die nächste Nummer müssen bis  
 5 Uhr nachmittags in der Expedition  
 abgegeben werden. Die Expedition ist  
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Gründet 1893.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 16. Januar 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

## Bethmann! Hüte Dich!

Schäufel fest und die Lanzen eingelegt, so reiten sie weiter an gegen Reichstanzler und Reichsverfassung, die konserverativen Krippenreiter Stelbiens, und alles, was es noch gibt oder was noch aufsteigen könnte an Volksfreiheit und Volkswohlfahrt in deutschen Ländern, das soll unter den brutalen Fuß ihrer Kasse. Ob gestern Herrenhaus und heute preussische Landtage, ob gestern Nord von Wartenberg und heute Winkler oder Heydebrand — es ist dieselbe Melodie zwam dem gleichen Text. Man merkt, die Herren Junker sind des trockenen Tones endlich satt, und alles vereinigt sich, um sie in einem Mißgeschick von Stimmungen ein verwegenes Spiel um Geld und Hals wagen zu lassen. Da ist der Wahlsieg der Sozialdemokratie vom Januar 1912, der ihnen immer noch schwer in den Gliedern liegt, da ist die Deckung zu den Wehrvorlagen von 1913, die an das von Oldenburg so ängstlich gebühete „Vortemonaire der Besessenden“ tastete, da ist die Erneuerung der Handelsverträge und Zolltarife, bei der auch nicht ein Stein aus dem Schandbau der Wucherzollpolitik herausgebrochen werden darf — drei Gründe für einen Stimmung zu machen für die junkerliche Auffassung vom Wesen der Dinge und wegzufegen, was an demokratischen Widerständen im Wege stehen könnte. Da ist aber vor allem auch Jabern! Seit der kronprinzliche Oberst der Danziger Totenkopfschützen sein „Immer feste drauf!“ nach dem Schlag hinübergerufen, und besonders seit die Militärgerichte die Militärararchie wie einen rocher de bronze stabilisiert haben, sind die Junker vor Freude wie aus dem Häuschen. Jetzt, da, ungehindert von Gesetz und Verfassung, die feudalen Führer der bewaffneten Macht alles können und alles dürfen, scheint allen Staatsrechtler von Beruf die Revolution von oben nahe herbeigerückt, und der Leutnant mit zehn Mann ist in ihren Augen schon auf dem Marsch nach dem Königsplatz.

So verichmizt bei der Kleinen, aber mächtigen Partei die Hut und Enttäuschung über Geschehenes mit der Furcht vor Kommendem und mit der Hoffnung auf Werdenendes zu jener lärmenden Verzweiflungslaute, aus der heraus die Konserverativen seit Wochen schon gegen den Mann an der Spitze lärmten. Sie verachten ihn als einen Schlappier, den Herrn v. Bethmann Hollweg, er ist ihnen zu sehr ein Kanzler der Paragraphen und zu wenig ein Kanzler der Maschinengewehre, und wenn wirklich Mars in Deutschland die Stunde regieren soll, muß, so schwach und schwankend er ist, erst der lange Mann mit dem grauen Schopf und der grauen Seele fort.

Darum richtete auch der „ungekrönte König von Preußen“, der Herr v. Heydebrand und der Vasa, seinen konzentrierten Angriff im Abgeordnetenhaus gegen den Kanzler. Der auf klein Schunkawe sitzt und von dort die Fäden der Reaktion spinnst, ist zwar nicht von der feilschen Einfachheit und Robustheit seines Freundes Oldenburg-Januschaw und auch der dürre Fanatismus seines anderen Freundes Westarp ist ihm fremd. Wo sie nur Tatsachen und Widerstände sehen, scheint er manchmal fast Probleme herauszuspielen, und seine Worte sind weder von dem penetranten Stalgerud Stelbiens durchdrufft, noch blitzen hinter jedem seiner Sätze die Mißgabeln einer hinterkommischen Wendee. Er kennt und liebt zweifel die Kunst der diplomatischen Verkleidung und Umschreibung, und wenn der beste Theoretiker der Konserverativen, Schlesinger alias Stahl, Ganzjude war, so mag es schon glaubhaft sein, was man munkelt, daß dieser ihr gefährlicher Taktiker Halbjuden ist oder zum mindesten jüdisches Blut in seinen Adern fließt. Aber wenn auch der von Heydebrand, man möchte sagen, westeuropäischer wirkt als seine derberer Klassenangehörigen, er ist doch der unentwegteste Vertreter des Junkertums durch und durch, und womit dem Januschauer der Mund überfließt, davon ist auch dem Klein-Schunkawe das Herz voll. Auch er sieht, daß die feudalen Raubritter mit dem Stimmzettel immer schlöchtere Geschäfte machen und hofft, daß sie mit scharfen Patronen bessere Geschäfte machen werden, auch er schaut den Augenblick herbei, wo es hart auf hart geht, und es war der aufrichtigste Aus seiner innersten Seele, wenn er gestern sehnsüchtig von der Stunde sprach, da man den Sozialdemokraten sagt: „Machen Sie mit Ihrer Revolution Ernst! Dann geht wenigstens alles drunter und drüber!“ Denn wenn alles drunter und drüber geht, wenn die Maschinengewehre das Wort erhalten, wenn das Boykott schrankenlos walten, dann blüht, so wähnen diese roten Reaktionsäre, ihr Weizen so üppig wie nie.

Darum spitzte der konserverative Sprecher gestern auch alles zu auf den Gegensatz zwischen dem Kanzler, wie er sein soll und dem Kanzler, wie er ist. Der Kanzler, wie er sein soll, das ist kein Geringerer als Herr v. Jagow, der Sieger von Waadt, der Protektor der Reuter und Forstner — es war beziehungsvoll und deutlich genug, wenn Herr v. Heydebrand mit erhobener Stimme versicherte, daß die konserverative Partei von diesem „außerordentlichen Manne“ „noch Bedeutendes“ erwarte und wenn er den trüglichen Gebieter vom Alexanderplatz lobte: „Allerdings, ein Veißreiter ist er nicht!“, war sich niemand unklar in welcher Richtung dieser Pfeil

schwirrte. Denn dann nahm sich Herr v. Heydebrand den „Veißreiter“ am Reichstanzlerplatz gründlich vor, der es nicht einmal in der Frage der Deckungsvorlage gewagt, die Volksvertretung „zum Teufel zu jagen“, sondern einer Veißreiter feuer zugestimmt habe, die sogar das Wohlgefallen der Sozialdemokratie fand. Theobald! Hüte Dich! Klang ein vernehmbarer Unterton aus Heydebrands Sähen heraus, sonst kündigt wir Dir gänzlich die Gesellschaft, wir, die nützlichsten Leute im Reich, die mit dem preussischen Schießprügel den Klassenstrahl schügen, den Besitz, die Grundlage aller Kultur“, und es erinnerte gar an des Reichstanzlers Hohenlohe bekanntes Wort über die preussischen Junker: „Diese Herren pfeifen auf das Reich!“, wenn er den Kanzler nachdrücklich ermahnte, nicht weiter abzuweichen von den föderalistischen Prinzipien, auf denen das Reich gegründet sei. Aber, lönte es aus: „Nehst Du zurück in unsere Arme, so ist alles vergeblich und vergessen! Und warum auch nicht, denn noch allemal hat der Leiter der Reichsgeschäfte den Muttern bewiesen, daß er in allen entscheidenden Fragen Fleisch von ihrem Fleisch und Bein von ihrem Bein ist!“

Darum hat es auch nicht gar so viel zu sagen, wenn Herr v. Bethmann Hollweg — er entschuldigte sich förmlich, daß er des konserverativen Führers Rede nicht habe anhören können — nachher mit einer gereizten und verärgerten Kritik erwiderte. Er sieht heute so einsam wie der Nichtenbaum auf kahler Höhe in dem Heineschen Gebicht und er hat es wahrhaftig nicht leicht. Dem ehrlichen Manne, der er ist, mag man es schon glauben, wenn er feuchend meinte: „Und, m. G., Sie können versichert sein, daß es mich manche schlaflose Nacht kostet, wenn ich vor einer unvertretenden Entscheidung stehe, mich zu fragen: Lust du hier auch das, was deinem Volke dienlich sein wird.“

Aber die Junker wollen keinen Kanzler mit schlaflosen Nächten, sondern den starken Mann mit den eisernen Nerven, der sogar zwischen Blutbad und Blutbad die Nacht trefflich schläft.

Wie nach ihrer Schätzung Herr v. Jagow einer ist.

Ueber die Sitzung wird uns aus dem Abgeordnetenhaus noch geschrieben:

Von den Rednern aus dem Hause fand die größte Aufmerksamkeit Herr Schiffer von den Nationalliberalen. Schiffer ist im Grunde ein ergreaktionärer Mann, der bisher den rechten Flügel der preussischen Nationalliberalen vertrat. Wenn seine Reaktion nicht ihn, sondern den noch reaktionärerem Herrn Köhling als ersten Staatsredner ins Feld geschickt hat, so ist das ein Zeichen dafür, wie sehr der liberale Gedanke im Schwimmen begriffen ist. Einen Hauch liberaler, aber auch nur einen Hauch, war der Ton, auf den die Schiffersche Rede gestimmt war. Wenn er es auch nicht direkt aussprach, so fühlte man es doch heraus, daß es ihm recht unangenehm war, daß sein Reaktionsfreund jede Vorsicht beiseite gelassen und sich ganz im Sinne der Schärfermacher geäußert hatte. Aber darin ist er mit ihm ein Herz und eine Seele, daß der Besitz nicht weiter besteuert werden darf und daß die Nationalliberalen nicht wieder gegen den Kanzler vorieren dürfen. Auch über Herrn v. Jagow urteilt er schärfer als Herr Köhling und ebenso rückt er im Gegensatz zu ihm vom Startell der schaffenden Stände ab. Wenigstens vorläufig. Bei der Wandlungsfähigkeit Schiffers wird es wohl nicht allzu lange dauern, bis er sich zu den Ultrationalliberalen durchgemauert haben wird.

Sonst kamen nur noch zu Wort die Abgg. Sell (Z.), der die Forderung auf Uebertragung des Reichstagswahlrechts mit einigen Mäßen abtun zu können glaubte, v. Wöyna (H.), der sich ebenso dreiste wie alberne Ausfälle gegen die Sozialdemokratie leistete, und Dr. Paschke (Op.), der nicht ungeachtet gegen die Konserverativen polemisierte und, da für den Augenblick nicht mehr zu erreichen sei, in der Wahlrechtsfrage eine Einigung auf Grund des geheimen und direkten Wahlrechts befürwortete.

Dem nächsten Redner, unserem Genossen Liebknecht, wurde durch einen Schlußantrag das Wort abgeknitten und der Etat sodann der Budgetkommission überwiesen.

Am Freitag ist keine Sitzung.  
 Am Sonnabend beginnt die erste Lesung des Wohnungsgesetzentwurfs.

## Die Freisprechung der Reuter, Schad, Forstner rechtsgültig!

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ meldet, daß der zuständige Gerichtsherr in dem Verfahren gegen den Säbelhelden Forstner auf die Einlegung der Revision gegen das freisprechende Urteil des Oberkriegsgerichts verzichtet habe. Für diese Entschließung sei „wohl ohne Zweifel ausschlaggebend“ gewesen, daß nach den „tatsächlichen Feststellungen“ des Oberkriegsgerichts der Angeklagte einen drohenden tätlichen Angriff der auf seinen Befehl verhafteten Personen abgewehrt und sich dabei innerhalb der erlaubten Grenzen der Notwehr gehalten, das Revisionsgericht aber keine Möglichkeit einer Nachprüfung dieser „tatsächlichen Feststellungen“ habe, das Rechtsmittel der Revision also von vornherein als aussichtslos habe erscheinen müssen.

Das offiziöse Blatt sagt also damit zwischen den Zeilen, daß die Feststellungen des Oberkriegsgerichts, daß Forstner wirklich nur

in Notwehr gehandelt habe, zwar recht anfechtbar sein mögen, daß aber die Revisionsinstanz keinerlei Möglichkeit gehabt habe, eine Korrektur der Feststellungen vorzunehmen. Ob nicht eine formale Handhabe zur Aufhebung des von der gesamten Öffentlichkeit als geradezu ungeheuerlich empfundenen Urteils gegeben wäre, ist freilich noch eine andere Frage.

Aber, so teilt das offiziöse Organ weiter mit, auch in dem Verfahren gegen den Obersten Reuter will der Gerichtsherr auf Einlegung der Berufung verzichten. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ meint, daß für diesen Verzicht gesprochen haben möge, daß die eingehende Beweisaufnahme vor dem Kriegsgericht einwandfrei den guten Glauben des Angeklagten an eine ihm nach seinen Dienstvorschriften zustehende Berechtigung zu dem Einschreiten des Militärs ergeben hat und daß er deshalb nach anerkannten Rechtsgrundsätzen straflos bleiben muß.

Nun, die ungeheure Mehrheit nicht nur der Laien, sondern auch der Juristen und Staatsrechtslehrer ist im Gegenteil der Ueberzeugung, daß dem Angeklagten auch nicht der Schein einer Berechtigung für sein unerhörtes Vorgehen zur Seite stand, daß die Berufung auf die Dienstvorschriften gerade der nochmaligen allerschärfsten juristischen Nachprüfung bedurft und daß eine nicht unter dem Einfluß der Kronprinzentrönde stehende Revisionsinstanz zu dem Urteil kommen müßte, daß „nach anerkannten Rechtsgrundsätzen“ der Oberst Reuter und sein Famulus Schad unbedingt zu verurteilen seien!

Hier hätte die Berufungsinstanz ja auch in eine sachliche und rechtliche Nachprüfung aller Vorgänge im weitesten Umfang eintreten können. Aber gerade deshalb wohl verzichtete der Gerichtsherr auf das ihm zustehende Rechtsmittel! Die unheilvolle Geschichte, die schon so viel Staub aufgewirbelt und eine so ungeheure Empörung in den Volksmassen erregt hatte, sollte nicht noch einmal zur Sprache gebracht werden. Ebenso mag man die Möglichkeit gefürchtet haben, daß sich selbst Kriegsrichter finden könnten, die vor der Sprache der Tatsachen und den Bestimmungen von Verfassung und Gesetz Respekt genug besäßen, um eine dreiste Staatsfrecherei nicht ungesühnt zu lassen! Durch eine abermalige Verhandlung, durch das Anrufen der Revisionsinstanz hätte aber die Säbelkittatur unserer Soldateska, die man stabilisiert zu haben wähnt, erschüttert werden können, und deshalb die endgültige Kapitulation des Anklagevertreters vor der juristischen Weisheit Traugott v. Jagows und seiner fünf Epaukletten tragenden Stabsoffiziere, die in Straßburg das Recht des militärischen Auftrahs zu proklamieren keine Scheu trugen!

Nun, wenn durch solche Tricks die Herren Reuter, Schad und Forstner auch der Strafe entridt sein werden, wenn keine kriegsgerichtliche Revision mehr möglich ist, so wird das Volk und die Volksvertretung selbst die Revisionsinstanz bilden müssen!

Schließlich meldet das offiziöse Organ noch über die Kabinettsorder von 1820 das folgende:

Es ist richtig, daß in der Dienstvorschrift über den Waffengebrauch des Militärs von 1890 Teile der Allerhöchsten Kabinettsorder von 1820 herwertet worden sind, und zwar um das Notwehr- und Notstandsrecht des Militärs sowie die Fälle, in denen die Anwendung des Militärstrafrechts in Frage kommt, darzulegen. Aus ihrer Verwertung, die nach eingehenden Verhandlungen der beteiligten Ministerien im Jahre 1851 in allen seitdem erschienenen und veröffentlichten Neubräuden der Vorschrift gleichlautend erfolgt ist, haben sich bis jetzt keinerlei praktische Unzutrefflichkeiten ergeben. Nachdem sich indessen bei den jüngsten Ereignissen in Jabern Zweifel daran ergeben haben, ob die Vorschrift von 1890 die Befugnisse der Zivil- und Militärbehörden richtig abgrenze, ist von Seiner Majestät dem Kaiser und König eine Nachprüfung der Dienstvorschrift angeordnet worden.

Auch hier wird die Volksvertretung ein kräftiges Wort mitzusprechen haben. Das Volk kann sich nicht damit begnügen, daß von einigen Beauftragten des Kaisers die Rechtsgültigkeit vermoderter und der Verfassung im Gesicht schlagender Kabinettsorders einer Nachprüfung unterzogen wird, sondern es hat durch seine gesetzgeberische Tätigkeit dafür zu sorgen, daß nicht nur alte Schartelen vom Schläge der Order von Anno 1820 endgültig von der Bildfläche verschwinden, sondern auch alle Orders neueren Datums, die sich nicht mit dem Wortlaut und Geist der Verfassung und Gesetze vertragen, lasziert werden!

## Die Jaberner Rechtsfrage.

Man schreibt uns:  
 Das Gesetz vom 4. Juni 1851 über den Belagerungszustand ist zwar unzeitweilig in Preußen das Gesetz, das durch Artikel 36 der Verfassung vorgehoben ist und die Ausnahmen regelt, die ein militärisches Einschreiten ohne Requisition der Zivilbehörden gestattet, aber es ist kein „Militärgesetz“, und daher auch durch Artikel 61 der Reichsverfassung keineswegs Reichsgesetz geworden. Daher hat der bayerische Kriegsminister ganz korrekt ausgeführt, daß in Bayern ein Einschreiten des Militärs ohne Auforderung der Zivilbehörden überhaupt unzulässig sei.



Daraus ist zu folgern, daß in dem selbständigen Reichslande Elsaß-Lothringen ein Recht der Militärbehörden in die Polizeigewalt der Zivilbehörden eingzugreifen, überhaupt und ohne jede Ausnahme nicht besteht. Es muß auch der unerhörten Behandlung entgegengetreten werden, daß preussische Truppen überall nur an ihre Instruktionen gebunden seien, in welchen Bundesstaaten auch immer sie ständen. Die Rechtslage ist vielmehr so, daß sie überall an die Reichsgesetze und subsidiär an die Gesetze des Landes gebunden sind, in dem sie stehen. Daher kam für Elsaß-Lothringen lediglich Artikel 66 der Reichsverfassung (letzter Absatz) in Betracht.

## Zabern vor dem elsaß-lothringischen Landtag.

Strasbourg, 15. Januar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.)

In der Sitzung am Donnerstagsvormittag erhielt zunächst Abg. Wolf von der Fortschrittspartei das Wort. Er sprach über die Verleumdungen der französischen Presse und betonte, diese Verleumdungen seien schon deswegen traurig, weil viele alte Gläubiger früher unter dieser Fahne ehrenvoll gekämpft hätten. Die Nichtvernehmung des Leutnants v. Forstner sei der erste Mißgriff gewesen, der alles andere verschuldet habe. Zum Schluß führt der liberale Redner aus, seine Partei wünsche, daß Graf Wedel jetzt nicht dem kommandierenden General geopfert werde und daß Elsaß-Lothringen ein selbständiger Staat im Rahmen des Deutschen Reiches werde.

Der nächste Redner war der regierungsfreundliche Professor Dr. Müller von der Zentrumspartei, der der Regierung vorwarf, sie hätte nicht erst die Kompetenzfrage prüfen, sondern ihre moralische Autorität in die Waagschale werfen sollen. Man müsse von der Regierung erfahren, wer davon schuld sei, daß der Oberst Reuter, nachdem seine Entlassung bereits angenommen war, wie ein Eroberer nach Zabern zurückgekehrt sei. Es müsse jetzt alles daran gesetzt werden, daß gegen das freisprechende Urteil Berufung eingelegt werde, sonst schwinde selbst das Vertrauen zur höchsten Stelle. Ihm habe sogar ein deutscher Offizier geschrieben, daß ihm angesichts des freisprechenden Urteils die Schamröte ins Gesicht gestiegen sei.

Der lothringische Abg. Schlumberger verlangt von der Regierung, daß sie den Platz räume, wenn sie nicht sichere Garantien für die Zukunft geben könne.

Auch der liberale Abgeordnete Donnevvert, ein allseitiger Reizeffizier aus Metz, findet es traurig, daß man selbst bis zum Generalfeldmarschall dem jungen Forstner, der keine Missetat der Nation und außerdem mit dem Verdacht der Rädelsführerschaft behaftet sei, im Gerichtssaal zu seinem Freispruch gratuliert habe.

In der Nachmittags-sitzung nahm Genosse Beirotes das Wort. Er stellte die Frage, ob die Justizverwaltung der elsaß-lothringischen Regierung schon etwas getan habe, um gegen die Berliner freisprechenden „Bots“ vorzugehen, die die Richter, die im Zaberner Prozeß als Zeugen auftraten, des Meineids verdächtigt habe. Die Regierungserklärung, die am ersten Interpellationstage vorgelesen wurde, sei weiter nichts als ein hüßchen bergerischen Hand, die vorher strahlte. Daß eine militärische Neuenregierung errichtet, habe sich schon vor zwei Jahren bemerkbar gemacht, als der Wülhausen'sche Polizeipräsident mit Recht sich gegen die Annäherung des Militärs gewehrt habe, dann aber von der Regierung fallen gelassen worden sei. Die Kreidestrichen der Altkameraden, die sich gefreut hätten, wenn es in Zabern zu einem Blutbade gekommen wäre, hätten nur das eine Ziel, einen Krieg mit Frankreich anzugehen, um eventuell auch noch das französische Lothringen, wo ungeheure Erzeuger vorhanden sind, zu erobern, als Ersatz für das verloren gegangene Erzlager in Marokko.

Nachdem noch Abg. De n u m das Wort genommen hatte, kam der Antrag der vier Fraktionen zur Abstimmung, der unter lebhaftem Beifall einstimmig angenommen wurde.

Es folgte dann die Interpellation über den Wülhausen'schen Anwalt, bei dem zwei Arbeiter erschossen wurden. Abg. Marx (Soz.) begründete die Interpellation und hielt der Polizei vor, daß sie am Morde der beiden Arbeiter schuld sei. Darauf wird die Besprechung der Interpellation beschlossen.

Der Abg. C m a c l r i s t r i f f t der Regierung ihre Unterlassungs-sünden vor, die dazu beigetragen haben, daß es zum Blutvergießen in Wülhausen gekommen sei. Auch die übrigen Redner kritisierten mehr oder minder scharf das Verhalten der Polizei. — Schließlich wurde ein Antrag eingebracht, der der Regierung die Mißbilligung über ihr Verhalten ausspricht.

Die Debatte geht weiter.

## Taschenspielerkünste.

Man muß denen, die den Oberst von Reuter reingewaschen und das freisprechende Urteil des Straßburger Kriegsgerichts „rechtsfertigen“ wollen, scharf auf die Finger sehen, denn sie operieren mit Paragrafen und Rechtsbegriffen in einer Art, die einem gewiegten Taschenspieler alle Ehre machen würde. Nachdem Herr v. Jeditz seinen Trick, den wir schon enkarrt haben, als er ihn in der „Bots“ anwandte, nun auch noch einmal im preussischen Abgeordnetenhause versucht hat, produziert sich im „Tag“ in der Person des Professors Dr. Adolf Arndt, Berlin ein neuer juristischer Artist.

Mit großem Beifall hat der Professor auseinandergesetzt, daß die Militärverwaltung die unbefugte Befugnisse habe, „manu propria und manu militari“ (mit eigener Hand und unter Anwendung militärischer Gewalt) ohne und im Notfall selbst gegen die Zivilbehörden alles zu tun, was notwendig erscheint, um die militärische Tätigkeit zu schützen.

Das ist sehr schön, nur stand der Schutz der militärischen Tätigkeit in Zabern gar nicht in Frage, denn beleidigende Juristen, die an die Adresse von Offizieren gerichtet werden, können auch mit dem besten Willen nicht als Behinderungen des Militärs in seiner Tätigkeit aufgefaßt werden.

Der Professor Arndt versucht dann das Aufzählen des Militärs auf das Gebiet der Polizei hinüberzuführen. Das Militär, das an der rücksigen Ausübung seiner Funktionen gehindert werde, könne selbst das Hindernis entfernen. Es bliebe also (man beachte dieses also!) auch einen abhalten, einer Militärperson vor den Füßen zu gehen, wenn er diese in ihrer Bewegungsfreiheit dadurch hindere.

Wie hüßlich hier doch mit einem Nicken also von dem Militär, das sich in seiner amtlichen Betätigung gestört fühlt, zu der einzelnen Militärperson hinübergeführt wird, der jemand vor den Füßen herläuft. Selbstverständlich darf die einzelne Militärperson jemanden, der sie abschüssig bedrängt, unter Umständen mit eigener Hand und gewaltsam entfernen, aber der militärische Befehlshaber besitzt nicht die Befugnisse, Soldaten aufzubieten und die Befestigung solcher Hindernisse, die einzelnen Offizieren bereitet werden, als eine militärische Funktion hinzuzufügen.

Er greift damit in die Kompetenzen der Polizei ein. Doch Herr Arndt behält das Notwehrrecht noch weiter aus. Er sagt:

„Niemand, weder ein Militär noch ein Zivilbeamter, weder ein Organ des Staates noch ein Privatmann, braucht sich selbst gegen Beschimpfungen, Bedrohungen und Verleumdungen zu wehren. Ob und was zur Selbstverteidigung und zur Abwehr nötig und nützlich erscheint, ist eine Frage, deren Verantwortung in erster Reihe dem militärischen Befehlshaber obliegt.“

Wieder eine sehr nützliche Nummer! Im ersten Satz heißt es, daß auch ein Privatmann das Recht der Selbstverteidigung im größten Umfang besitze, im zweiten, daß die Verantwortung der Frage dem militärischen Befehlshaber obliegt. Geschwindigkeit ist keine Hegererei; aber das schleunige Verschwindenlassen des Privatmannes ist für den Herrn Professor auf dem Gebiet der logischen Taschenpielerkunst eine dringende Notwendigkeit, weil er dann weiter daraus folgert, daß der Militärbefehlshaber ein Verhaftungsrecht besitze und daß er die Festgenommenen trotz der entgegenstehenden Bestimmungen der Strafprozessordnung nicht unverzüglich an die Zivilbehörden abzugeben brauche, wenn er nicht die feste Überzeugung habe, daß die Zivilbeamten gewillt und imstande seien, den Anflug abzuwehren.

So weitgehende Befugnisse dürfen natürlich einer Privatperson nicht zugestanden werden. Sie sind nur für den Offizier vorhanden, und wenn der Professor Arndt sich für die Notwehr als ein Naturrecht begeistert, das unüberwindlich und unzerbrechlich in den Sternen hänge, so ist er selbstverständlich weit entfernt davon, dem von ihm erwähnten Richter folgend der gemeinen Zivilperson zuzugestehen, sich ihre „ewigen Rechte“ herunterzuholen. Ihm wie seinen Freunden und Anhängern gilt nur der gestrogelte Offizier als der Bedrückte, der nirgends Recht finden und deshalb getrosten Mutes in den Himmel greifen darf.

## Der genarrte Reichstag.

Bei der Beratung der Wehrvorlage haben die liberalen Parteien unter der Führung des Zentrums so ziemlich alle sozialdemokratischen Anträge niedergestimmt. Dafür brachte das Zentrum eine Flut von Resolutionen ein, die schließlich angenommen wurden und dann den schwarzen Demagogen dazu dienen mußten, den Wählermassen die mitaussehende Ansicht des Zentrums vor Augen zu führen. „Was das Zentrum erreicht hat“ — unter dieser Überschrift jähle die Presse des Zentrums all diese Resolutionen auf. Der „Vorwärts“ wies bereits damals darauf hin, daß mit der Annahme dieser Resolutionen Arbeit für den Papierlord des Bundesrats geleistet wurde. Währendes Geplänkel der Zentrumspresse war die Antwort, und heute steht das Zentrum vor einem Haufen Papierfetzen, in die der Bundesrat diese Resolutionen verwandelt hat. Dem Reichstag ist eine Heberlei der von Bundesrat gefassten Entschlüsse auf die Beschlüsse des Reichstages zugegangen. Daraus ergibt sich, daß den Resolutionen keine Folge gegeben wurde und die Begründungen, die für die Ablehnungen gegeben wurden, muten teilweise wie eine Verhöhnung des Reichstages an.

Der Reichstag verlangte, daß den Arbeitern der Militärverwaltung die Wochenfeiertage bezahlt werden sollen. Der Bundesrat antwortet:

„Im Jahre 1917 erneut aufgenommene Verhandlungen über die Bezahlung der Wochenfeiertage zwischen allen beteiligten Resolutionsherren ergaben, daß der bereits im Jahre 1911 im Reichstag vertretene ablehnende Standpunkt sowohl aus grundsätzlichen wie aus finanziellen Erwägungen aufrechtzuerhalten werden muß.“

Der Ausbau der Arbeiterauschüsse in den Betrieben der Heeresverwaltung wurde mit der Begründung abgelehnt:

„Die Arbeiter der Militärverwaltung haben das Recht, ihre Wünsche und Beschwerden auf dem Instanzweg bis zum Kriegsministerium zu verfolgen; auch direktes Anhören von Arbeitern im Kriegsministerium findet statt. Die Schaffung einer Körperschaft ähnlich den Gewerkschaften ist daher für die Militärverwaltung entbehrlich.“

Der Urlaub der Soldaten, dessen Erteilung heute in das Ermessen der Vorgesetzten gestellt ist, sollte in ein gewisses Schema gebracht werden durch eine Resolution, die Anordnungen verlangt, damit a) die Soldaten mindestens durchschnittlich jährlich vier Wochen Urlaub erhalten können; b) der Urlaub für die berittenen Waffen in erhöhtem Umfang gewährt wird; c) diese Urlaubsgewährungen für die aus der Landwirtschaft stammenden Soldaten tunlichst in der Erntezeit erteilt werden.

Auch das hat der Bundesrat abgelehnt. Die Antwort an den Reichstag geht dahin:

„Urlaub wird bei allen Waffen in möglichst weitem Umfang und insbesondere auch unter Berücksichtigung häuslicher Verhältnisse — darunter auch der Ernteverhältnisse — erteilt. Bei den heutigen vielfachen Anforderungen an die Ausbildung des einzelnen Soldaten und aus disziplinarischen Gründen muß aber dem für die Ausbildung verantwortlichen Vorgesetzten das Recht der Urlaubserteilung unbeschränkt in seiner bisherigen Form erhalten bleiben.“

Selbst auf eine Einschränkung des Militärbudgets geht die Militärverwaltung nicht ein, sie erklärt einfach:

„Dauernde Besuchsverbote werden nicht aus politischen Gründen verhängt, sondern nur, wenn eine disziplinarische Wirkung durch den Besuch der Rückwärtigen verursacht wird.“

Bei sonst einwandfreien Lokalen sind an Stelle einer dauernden Sperre tageweise Verbote vorgezogen, die sich auf die Zeit beschränken, in der politische Versammlungen in den Anwesen abgehalten werden.

Ueber die Notwendigkeit eines dauernden oder vorübergehenden Besuchsverbots trifft die zuständige Kommandante die Entscheidung auf Grund der besonderen örtlichen Verhältnisse.“

Das bedeutet, daß an dem jetzigen Zustand, den nur die konservativengebilligt haben, nichts das mindeste geändert wird. Noch wie vor wird ein überreizter oder auch übermühter Gendarm es in der Hand haben, einem Witt zum Militärverbot zu verhelfen.

Die große Mehrheit des Reichstages war sich darüber einig, daß das Verschweigen eines erheblichen Eingekaufens werden muß. Die Militärverwaltung erklärt kurz und bündig:

„Die Bestellung von Burschen und Ordonanzen ist durch die Garnitionsdienstvorschrift geregelt. Hierbei ist schon auf möglichste Einschränkung geachtet. Ob eine noch weitergehende Normminderung sich ermöglichen läßt, wird zurzeit geprüft. Das Ergebnis liegt noch nicht vor.“

Was abgelehnt wurde das Verlangen, durch spätere Einstellung oder frühere Entlassung der Mannschaften die Dienstzeit zu verkürzen. Die geforderte Umwandlung der Regimenter, die ein rein adeliches Offizierskorps haben, wird mit der saloppen Redensart abgelehnt:

„Eine Entlohnung in der Armee, die in wachsendem Maße zu Regimentszügen mit ausschließlich oder überwiegend adeligen Offizierskorps führte, ist nicht wahrzunehmen.“

Von den egluiven Regimenten, deren Offiziersstellen dem Adel offenbar vorbehalten sind, von der Garde mit ihrem Trupp prinziplicher Offiziere, scheinen die Herren

keine Ahnung zu haben, sonst hätten sie die ihnen von der Militärverwaltung gegebene Erklärung einfach zurückweisen müssen.

Daß der als nichtvollkommene Truppe betrodnete Train einer Hebung bedarf, wird bestritten; die Reform des Militärstrafrechts wird auf die lange Bank geschoben; daß die Öffentlichkeit bei den militärgeschichtlichen Verhandlungen partiell beschränkt wird, wird einfach abgelehnt. Das Verlangen des Reichstages nach einer Reform des Bescheidwiderspruchs wird abgelehnt; nicht einmal in dem Zugeständnis konnte man sich entschließen, die unmensliche, barbarische Strafart des strengen Arrestes zu beseitigen!

Bei dieser kleinen Blütenlese wollen wir es bewenden lassen. Die Militärverwaltung hat so ziemlich alles das abgelehnt, was die Mehrheit des Reichstages verlangt hat. Die Entschlüsse des Bundesrats zeigen, wie man dort den anderen Faktor der Reichsgesetzgebung, den Reichstag einschätzt. Daß es nur möglich, weil die Mehrheit des Reichstages sich eine derart unerhörte Behandlung gefallen läßt; denn schließlich hat jedes Parlament die Regierung, die es verdient. Mit den Erfolgen aber, mit denen sich die bürgerlichen Parteien brüsten, ist es nicht und jetzt kann die Komödie von vorn beginnen.

## Politische Uebersicht.

Sonntagsruhe.

Aus dem Reichstag, 15. Januar. Der sozialdemokratischen Interpellation über die prompte „Erledigung“ der Zaberner Militärausschweifungen durch die Militärjustiz hat sich eine fortschrittliche über die gleiche Frage angeschlossen. Zu Beginn der heutigen Sitzung sah man mit einiger Spannung der Haltung der Regierung zu diesen beiden Interpellationen entgegen, aber im Namen des Reichskanzlers vertrittete Staatssekretär Delbrück den Reichstag bis zu dem Zeitpunkt, da die Kriegsgerichtsberichte Rechtskraft erlangt hätten. Nach dieser Erklärung trat das Haus in die erste Lesung des Gesetzentwurfs über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe ein. Wenn die Behandlung dieser etwas trockenen und harmlosen Materie — trocken und harmlos im Vergleich zu der Sturmzeit, die im Reich herrscht — auch etwas von Sonntaglangeweile im Hause verbreitete, so war von Sonntagstagen doch wenig zu verspüren. Im Gegenteil! Die Parteien führen sich sogar recht heftig in die Haare, aber merkwürdigerweise forderten just die Parteien, die das Band der christlichen Weltanschauung umschlingt und die schon ihre religiöse Heberzeugung auf die Forderung der unbedingten Sonntagsruhe festlegen sollte, Ausnahmen um Ausnahmen von der völligen Sonntagsruhe — der Gesetzentwurf, den der Geheimrat Caspar aus dem Reichsamt des Innern wie eben ein Geheimrat aus dem Reichsamt des Innern begründete, geht ihnen noch viel zu weit. Das unterstrichen, im Interesse ihrer sogenannten „Mittelstandspolitik“, der bestfahrende Herr Erzberger vom Zentrum ebenso wie der konfessionelle Graf Cerny-Zieseritz, und ebenso wenig konnten sich der Nationalliberale List und der Fortschrittler Gunther für die unbedingte Sonntagsruhe erwärmen. Der Mittelstand selbst, soweit ihm seine Klassenbeschränktheit nicht ein Brett vor den Kopf nagelt, wird es demgegenüber dem Sprecher der Sozialdemokratie, Genossen Bender, dank hüßlich, daß er scharf, schlagend und mit einer Fülle guter Gründe auf die faulen Ketten des Gesetzentwurfs hinwies und nicht nur im Interesse der Arbeiter und Angestellten, sondern auch der kleineren selbständigen Existenzen für die völlige Sonntagsruhe eintrat. Seine Verweigerung vermochte keiner der ihm folgenden Redner — der Sozialdemokrat sprach an erster Stelle — zu entfräften.

Morgen Fortsetzung.

## Geplante militärische Maßnahmen in Elsaß-Lothringen.

Die „Leipziger Zeitung“, das Leipziger Regierungsorgan, veröffentlicht eine allem Anschein nach offizielle telegraphische Mitteilung aus Berlin folgenden Inhalts:

„Die Vorgänge in Zabern dürften eine eingehende Prüfung verschiedener militärischer Fragen im Gefolge haben, die im Verlauf der Verhandlungen über diese Angelegenheit hervorgerufen sind. Daß man von dem früheren Brauch, die Elsaß-Lothringer außerhalb der Reichslande dienen zu lassen, abgegangen ist, hat die bedenkliche Erscheinung gezeigt, daß die Reservisten des 99. Regiments aus der Umgegend von Zabern sich an den Kundgebungen in der Stadt beteiligten. Man wird daher, wie in militärischen Kreisen verläutet, vermutlich wieder zu der alten Übung zurückkehren. Auch wird man sich bei der Einstellung der Rehrjährigkeitswilligen die Leute etwas näher auf ihr bisheriges Verhalten ansehen, da ja nach der Wehrordnung der Regimentskommandeur über die Einstellung selbständig zu entscheiden hat. Die Einjährigfreiwilligen werden hiervon nicht berührt.“

## Die „Kölnische Zeitung“ zum Kölner Polizeiprozess.

Die „Kölnische Zeitung“ bepricht am Donnerstagsabend in einem Artikel den Polizeiprozess, der durch den Prozeß gegen unser Parteiblatt, die „Kölnische Zeitung“, aufgedeckt worden ist. Das halboffizielle Organ zieht gegen die Polizei frisch vom Leder und bemerkt zum Schluß:

„Wir hoffen und erwarten, daß die zuständigen Stellen mit aller Energie bemüht sind, die Leiden aus dem Prozeß zu ziehen, der zwar formell gegen den sozialdemokratischen Redakteur geführt wurde, aber aus einem Angeklagten einen öffentlichen Ankläger gemacht hat.“

## Zentrumsworte und Zentrumstaten.

Zur Junterrebelle in preussischen Herrenhause bemerkt Herr Jul. Baehem im „Tag“:

„Das Graf Jost v. Bartenberg zur Begründung des Verwurfs der Schwärzung der Reden und der Vormachtstellung Preußens im Reich angeführt hat, ist nicht viel. Aber dem Mittelpreussentum, wie es im Herrenhause seine stärkste Stütze hat, paßt die ganze neuzeitliche politische Entwicklung nicht. Der alte preussische Schwert- und Grundadel mit dem vorzugsweise aus ihm hervorgegangenen hohen Beamtentum hat heute nicht mehr die Allein herrschaft wie in dem Preußen von ehemals. Neben diesen Kreisen sind andere soziale Schichten in den Vordergrund getreten, welche auch einen Platz an der Sonne beanspruchen, vor allem das selbstbewusste Bürgertum der großen Städte.“

Das ist sehr hüßlich und sehr richtig gesagt. Aber nicht minder Talsache ist, daß „das selbstbewusste Bürgertum der Städte“ dem alten Schwert- und Grundadel längst die Kunden ausgetrieben haben könnte, wenn sich nicht in jeder Lage das Zentrum für die Junterrebelle und gegen die großstädtliche Bevölkerung ins Zeug gelegt hätte, am öffentlichsten und schamlosesten durch seine fanatische Verteidigung der schamlosen agrarischen Wahlkreiseinteilung. Ohne die Zentrumshilfe hätte das anmaßliche Juntertum längst abgewirtschaftet. Deshalb wird es sich um die sanften Ermahnungen des



Demnach verteuert wenig Kammern, so lange es der Helfersdienste des Zentrums gewiß ist.

### Matrularbeiträge für 1914.

Das Reichsfinanzamt hat dem Reichstage eine Aufstellung über die von den Einzelstaaten an das Reich zu leistenden Zuschüsse — die Matrularbeiträge — zugehen lassen. Diese beziffern sich auf 245 088 224 M. Davon geht der Betrag der Brantweinsteuer ab, die bekanntlich den Einzelstaaten zufließt, in Höhe von 194 017 490 M. so daß die Einzelstaaten aus ihren eigenen Einnahmen zu bedecken haben 51 940 794 M., macht auf den Kopf der Bevölkerung 80 Pf.

### Ein Jagow-Erlass vor dem Reichstage.

Der Berliner Polizeipräsident v. Jagow hat in einem Erlass den Schuppleuten verboten, der „Vereinigung Berliner Schuppleute“ beizutreten. Als das Statut des Vereins zur Genehmigung eingereicht wurde, entschied Herr v. Jagow:

Die Genehmigung zur Gründung der „Vereinigung Berliner Schuppleute“ wird nicht erteilt.

Gründe für sein Verbot anzuführen, hielt Herr v. Jagow nicht für nötig. Dabei hatte es sich der Verein zur besonderen Aufgabe gestellt, Längstrecke Besinnung zu pflegen. Der Abgeordnete Grabberger hat nun im Reichstag die Anfrage gestellt:

Was gebietet der Herr Reichsminister zu tun, um der im Reichsvereinsgesetz auch den Berliner Schuppleuten garantierten Vereinsfreiheit gegenüber dieser Maßnahme der preussischen Behörde Geltung zu verschaffen?

Diese Anfrage wird am heutigen Freitag bei Beginn der Sitzung mit zur Beantwortung gestellt werden.

### Wahlterrorimus.

Es muß schon schlimm gewesen sein, wenn ein Gemeindevorstand gegen die allmächtigen Industriellen den Vorwurf des Wahlterrorus erhebt. Nun hat aber gar ein Gemeindevorstand mit 7 Stimmen — bei 3 Stimmenthaltungen — beschloffen, wegen Wahlterrorus bei der Gemeindevahl Anzeige bei der Staatsanwaltschaft zu stellen. Ferner soll wegen der Vorkommnisse eine Eingabe an das preussische Abgeordnetenhause, an den Handelsminister und an die Vorsitzenden der Fraktionen des Reichstags gemacht werden. Unter eingehender Darstellung der Verhältnisse will man mit der Eingabe auf eine Aenderung des Wahlgesetzes hinwirken.

Es handelt sich in dem vorliegenden Fall um die Gemeinde Freisenbruch bei Söding. Die Klagen wegen des ausgeübten Terrors richten sich offiziell gegen mehrere Zeichenbeamte. In Wirklichkeit ist das Industriekapital der Angeklagte. Aus finanziellen Gründen sind die Industrieunternehmungen bei den Gemeindevahlen sehr stark interessiert. Eine „gute“ Vertretung erspart ihnen Tausende von Mark an Steuern, die vorwiegend durch Pauschalverurteilungen erzielt werden. Das ist ein wunder Punkt, der die Finanzen der meisten industriellen Gemeinden im Rheinbezirk dauernd in ungesundem Zustand erhält. Unter den Verhältnissen, die der Freisenbrucher Gemeindevorstand nun öffentlich beklagt, leiden viele Gemeinden. Die Zeichenbeamten wissen, was „oben“ gewünscht und verlangt wird. Sie bieten daher alles auf, um eine „gute“ Vertretung der Grube im Gemeindevorstand zu sichern. Der beste Terrorist ist der beste Mann, hat Chancen zum Vorwärtkommen.

### Was dem preussischen Staate die Wucherzölle einbringen.

Die höheren Schulpfände, die seit 1906, seit dem Inkrafttreten der Handelsverträge, ihre unheilvolle Wirkung ausüben, haben bekanntlich auch ein starkes Steigen der Güterpreise und der Pachtsummen bewirkt und da der preussische Staat keine Domänen verpachtet, so erzielt auch er bedeutende Mehrerträge. In Ostpreußen sind in der letzten Zeit eine Anzahl Domänenbörse neu verpachtet worden. Das 539 Hektar große Vortwerk Riante (Kreis Goldap), das bisher 8926 M. Pacht brachte, ist auf 18 Jahre für 12049 M. neu verpachtet worden. Das 619 Hektar große Vortwerk Dowlon (Kreis Löben) brachte bisher 6338 M. Pacht; jetzt ist es für 14254 M. verpachtet worden. Das 404 Hektar große Vortwerk Schmitzen (Kreis Sensburg) ist für 14580 M. verpachtet worden. Die bisherige Pacht betrug 6525 M. Im Jahre 1914 kommen zur Neuverpachtung: das Vortwerk Saalan (Insterburg) 776 Hektar groß für 28 000 M. (bisheriger Pachtpreis 19 871 M.), das Vortwerk Stradomien (Eyd) 438 Hektar groß für 13 690 M. (bisheriger Pachtpreis 8 872 M.), das Vortwerk Stimmeln (Eyd) 840 Hektar groß für 11 170 M. (bisheriger Pachtpreis 6 722 M.), das Vortwerk Friedrichsruh-Nelau (Neustadt Westpreußen) 447 Hektar groß für 16 152 M. (bisheriger Pachtpreis 8 646 M.).

Also nicht nur verdoppelt, nein, sogar verdreifacht haben sich die Pachtsummen. Der Staat macht glänzende Geschäfte, auf Kosten des arbeitenden Volkes; aber die neuen Pächter werden sehr bald als „Notleidende“ nach höheren Zöllen schreien.

### Tragikomic in Kassel.

Am 5. November 1908 beschäftigten sich die Kasseler Stadtväter auf Grund eines sozialdemokratischen Antrages zum ersten Male mit der Frage der kommunalen Arbeitslosenversicherung. Am 4. Mai 1909 wurde beschlossen, der Magistrat möge die Einführung einer Arbeitslosenversicherung in Erwägung ziehen. Der Magistrat lehnte ab. Am 4. November 1909 beschloffen die Stadtväter trotzdem einstimmig, eine Kommission einzusetzen mit dem Auftrag, die Arbeitslosenversicherungstrage eingehend zu erörtern. Vier Jahre lang hat diese Kommission in diesem Sinne gearbeitet. Als sie in der zweiten Hälfte des Jahres 1913 endlich zusammentrat, erklärte ihr Vorsitzender, Bürgermeister Johann, er lege den Vorschlag nieder, sobald die Kommission positive Beschlüsse fassen sollte. So erledigte die Kommission, weiterhin nichts zu tun, und am 12. Januar 1914 erstattete sie den Stadtverordneten endlich Bericht über ihre „Arbeit“ vierjährigen Nichtstuns. Resultat: wie der Magistrat, so empfiehlt auch die Kommission, keine Schritte zur kommunalen Lösung des Arbeitslosenversicherungsproblems zu unternehmen, da diese Lösung zu finden Sache des Reiches sei. Mit erdrückender Mehrheit stellten sich am 12. Januar d. J. die Stadtverordneten auf den gleichen Standpunkt. Blatt abgelehnt wurde auch der von unseren Genossen gestellte Antrag, von einer Kommission eine Vorlage zwecks Einführung der Arbeitslosenversicherung ausarbeiten zu lassen. Blatt abgelehnt wurde schließlich auch unser Antrag, zur sofortigen Unterstützung Arbeitsloser 10 000 M. bereitzustellen.

### Kirchliche Toleranz.

Mit welcher Krampflösen Mitteln der Kirchenscheidbewegung entgegengegriffen wird, zeigt folgendes Beispiel:

In dem kleinen Städtchen Lauterberg am Harz hatte in jüngerer Zeit eine Anzahl Einwohner, die innerlich mit der Kirche gebrochen hatten, auch offiziell die Bande mit der Kirchengemeinde gelöst. Das gab den Kirchenobern des Ortes Veranlassung, in einer dieser Tage in Lauterberg „Wochenblatt“ veröffentlichten „Kirchlichen Statistik“ aus dem Jahre 1913 neben allerlei Zahlenmeer über Geburten, Trauungen, Sterbefälle usw. auch die Namen der Gemeindeglieder, die beim Amtsgericht ihren Austritt aus der

evangelisch-lutherischen Landeskirche angemeldet haben, bekannt zu geben.

Da bei den übrigen Zivilstandsdaten Namen nicht angegeben waren, kann über den Zweck der Namensnennung bei den Kirchenaustritten kein Zweifel mehr bestehen. In großen Städten könnte man derartige Praktiken der Kirchenbehörde auf sich beruhen lassen. In kleinen Orten wie Lauterberg aber können solche Maßnahmen allerhand unangenehme Folgen für die Ausgetretenen haben. Deshalb fordert das Vorgehen der dortigen Kirchenbehörde den lebhaftesten Protest heraus.

### Es lohnt sich!

Der kürzlich gestorbene Kardinal Luigi Dreglia bezog als Kurienkardinal das Fixum von 21 500 Franc in Gold, als Dekan und Rämmerling des hl. Kollegiums vom Jahre 1895 als 8000 Lire, als Präses und Sekretär zweier Kongregationen und Protektor von drei Ordensgesellschaften 14 000 Lire und endlich seit seiner 1873 erfolgten Ernennung als Kardinal die Früchte des Bistums Ostia an der Tibermündung, dem er ein einziges Mal in 40 Jahren einen Besuch abgestattet haben soll. Dafür strich der Kardinal und sogenannte „Reichsverweser der heiligen Kirche“ ein weiteres Gehalt von 93 800 Lire im Jahre ein, für ein Bistum, das weniger Seelen zählt, als jede mittelgroße Pfarrei am Rhein. Das Gesamteinkommen dieses ältesten Kurienkardinals betrug 188 000 Lire = 111 000 Mark im Jahr.

### Eine Arbeitslosen-Demonstration.

Der Gewerkschaftsverein München hatte für Mittwochvormittag eine Versammlung der Arbeitslosen einberufen. Der Münchener Kindkeller, der größte Saal Deutschlands, vermochte die Tausende von hungernden Männern und Frauen nicht zu fassen und wurde schon lange vor Beginn der Versammlung polizeilich gesperrt; da noch fortgesetzt große Massen anrückten, mußten noch drei Parallelversammlungen abgehalten werden. Genosse Rath bezeichnete in großen Strichen die kapitalistische Produktionsweise als Ursache der Arbeitslosigkeit und schilderte das Gaukelspiel der bürgerlichen Parteien gegenüber der Forderung der Arbeitslosenversicherung. Die klassenbewußte Arbeiterschaft wisse ihren Weg zu gehen: sie habe erkannt, daß eine Befreiung der Arbeiterklasse aus den Fesseln des Kapitals nur das Werk der Arbeiter selbst sein könne. Auf ihre Vertreter bauend, kennt die Arbeiterschaft nur eine Hoffnung: den Sieg des Sozialismus. Rath schloß seine eindrucksvollen Ausführungen: Die Rot schreit zum Himmel, hört darum ihr Verantwortlichen in Staat und Gemeinde, zahllose eurer Bürger hungern! Heraus mit der Arbeitslosen-Versicherung!

In einer einstimmig angenommenen Resolution fordern die Arbeitslosen von der Gemeinde München zur Linderung der großen Not unbedinglich die Gewährung ausreichender Mittel. Die dauernde Regelung der Arbeitslosenfürsorge durch Zuschüsse von Staat und Gemeinde und planmäßige Vergebung staatlicher und kommunaler Arbeiten ist eine soziale Notwendigkeit. Vom Standpunkt des Gemeinwohls haben die Vertreter von Staat und Gemeinde die Pflicht, zugunsten der unverschuldet Arbeitslosen ausreichend Linderung zu schaffen.

Nach Schluß der Versammlung erregten die gewaltigen Massen in den Straßen großes Aufsehen.

### Oesterreich.

#### Kritische Lage.

Wien, 15. Januar. Die parlamentarische Lage wird immer verwickelter. Die tschechische Opposition besetzte heute nachmittags um 2 Uhr das Lokal des Budgetausschusses und verhinderte mit Gewalt die Abhaltung der Sitzung.

### Schweiz.

#### Internationale Arbeiterverschutzkonferenz.

Der schweizerische Bundesrat hat durch Kreisverordnen vom 30. Dezember 1913 die Regierung des Deutschen Reiches, von Oesterreich, Ungarn, Belgien, Spanien, Frankreich, Großbritannien, Italien, Norwegen, Niederlande, Luxemburg, Portugal, Rußland und Schweden zu einer internationalen diplomatischen Konferenz auf den 3. September 1914 nach Bern eingeladen, welche die von der im September 1913 ebenfalls in Bern stattgefundenen „technischen Konferenz“ aufgestellten Grundzüge betreffend das Verbot der industriellen Nachtarbeit der Jugendlichen und Beschäftigung der Höchstaltzeit der industriellen Arbeiterinnen in internationale Vereinbarungen umzuwandeln soll. Bekanntlich sind jene „Grundzüge“ durchaus ungenügend.

### Bulgarien.

#### Die Sozialdemokraten gegen die Regierung.

Sofia, 15. Januar. Nach der Kammerauflösung veranstalteten die Sozialdemokraten gegen die Regierung eine Kundgebung. Es wurde eine Resolution gefaßt, in der die Kammerauflösung als parlamentarische Willkür erklärt wird. Die Entschließung wurde mit den Füssen; Nieder mit der Monarchie! Es lebe die Republik! aufgenommen.

### Albanien.

Der Leiter der provisorischen Regierung Ismael Kemal Bei hat demissioniert und die internationale Kontrollkommission aufgefordert, die Verwaltungsgeschäfte weiterzuführen. Ismael soll bei den Vorbereitungen, an Stelle des Fürsten von Wied einen mohammedanischen Fürsten zu setzen, sich kompromittiert haben.

### Kinder und Jugendliche in Fabriken.

Jedem Versuch, die schrankenlose Ausbeutung kindlicher und jugendlicher Arbeitskraft einzudämmen, begegnen die Unternehmer mit der Behauptung, eine weitere Verschärfung der Schutzesetze oder Bekämpfung der zeitlichen Ausbeutung der jugendlichen Kräfte sei technisch unüberwindlich, bedrohe die Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen. Besonders großen Eindruck verspricht man sich immer von der Erklärung, man werde eventuell auf die Beschäftigung jugendlicher dreijährigen Mädchen, wenn die Gesetzgebung weitere Schutznahmen beschleße. Davon würden die armen Eltern, die auf den Witwenlohn der Kinder angewiesen seien, am meisten geschädigt. Aus diesem Grunde solle man endlich mit der Schutzesetzgebung aufhören. Wie während und arbeiterfreundlich! Was zeigt nun aber die Praxis? Ein stetiges und schnelles Wachsen der Zahl von Kindern und Jugendlichen, die in Fabrikbetrieben beschäftigt werden. Nach den amtlichen Angaben — Vierteljahrshesche zur Statistik des Deutschen Reiches, 4. Heft — wurden in den der Gewerbeaufsicht unterstehenden Betrieben im Deutschen Reich gezählt:

	Kinder unter 14 Jahren		Jugendliche von 14—16 Jahren	
	männl.	weibl.	männl.	weibl.
1908	6077	3888	289 307	150 858
1911	7784	5070	332 882	173 835
1913	7750	6198	358 827	179 964
in 1912 gegen 1908 mehr	1103	745	88 730	29 806

Von 1908 auf 1912 stieg die Zahl aller beschäftigten Kinder und Jugendlichen von 482 817 auf 582 204 oder um 99 887 = 22,8 Prozent. In der gleichen Zeit hat die Zahl der beschäftigten Kinder

um über 15 Prozent zugenommen. Also anstatt einer Abnahme der in Fabriken beschäftigten Kinder, eine sehr starke Zunahme. Wir sind der Ansicht, daß Kinder überhaupt nicht in die Fabrik, sondern auf den Spielplatz und in die Schule gehören. Die Entwidlung beweist die Notwendigkeit eines strikten Verbots der Kinderarbeit. Weiter ist zu erkennen, daß die Ausbeutung kindlicher und jugendlicher Arbeitskraft dem Kapital sehr vorteilhaft sein muß und sie als Mittel des Lohnrückwärts dient. Ganz abgesehen davon, bedarf der in der Entwicklung befindliche Körper besonderen Schutzes und deshalb müssen z. B. die Jugendlichen unbedingt von der Nachtarbeit ausgeschlossen werden und die Arbeitszeit dürfte unter keinen Umständen über acht Stunden hinausgehen. Das ist das Minimum der Forderungen in der Frage des Schutzes der Jugendlichen.

An der Zunahme der jugendlichen Arbeitskräfte sind übrigens alle Industrien beteiligt. Ueber die Verteilung auf die einzelnen Gruppen und die Zunahme unterrichtet die folgende Uebersicht. Es wurden kindliche und jugendliche Arbeitskräfte zusammen beschaftigt:

Gewerbegruppe	1909		1912	
	absolut	relativ	absolut	relativ
Bergbau, Hütten- und Salinenwesen	40916	44200	38811	38837
Industrie der Steine und Erden	33811	36837	37495	37888
Metallverarbeitung	57495	61431	61431	62863
Maschinen, Werkzeuge, Instrumente	61431	6500	7355	
Chemische Industrie	6500	2492	2968	
Fortwirtschaftliche Nebenprodukte, Leuchtstoffe, Pette, Lele	2492	8406	9311	
Textilindustrie	8406	16088	10897	
Papierindustrie	16088	5944	7801	
Federindustrie	5944	25641	33673	
Industrie der Holz- und Schnitzstoffe	25641	48065	51909	
Nahrungs- und Genussmittel	48065	49695	61461	
Bekleidung und Reinigung	49695	6590	18687	
Baugewerbe	6590	18737	20164	
Poligraphische Gewerbe	18737	808	885	
Sonstige Industriezweige	808			
Insgesamt	486085	582204		

Am stärksten ist die Zunahme in der Metallverarbeitung und der Industrie der Maschinen usw. Aber auch die Textilindustrie, der man beinahe den Ruf als Folge verdächtigster Arbeitermenschens in Aussicht stellte, hat die Zahl der jugendlichen Arbeitskräfte noch wesentlich gesteigert. Und die Mehrzahl der mehrbeschäftigten Kräfte ist weiblichen Geschlechts. Dieses ist bei einem Gesamtzuwachs von 9005 mit 6480 beteiligt. Die Ausnutzung der weiblichen Arbeitskraft, auch der jugendlichen, ist demnach immer noch lohnender als die der gleichartigen Knaben.

### Aus der Partei.

#### Gemeindevahlerfolg.

In Strausberg wurde bei einer Nachwahl zur Stadtverordnetenversammlung an Stelle des Genossen Nicolai, dessen Wahl für ungültig erklärt worden war, Genosse Vogt mit 290 gegen 230 bürgerliche Stimmen gewählt. Damit hat die Partei jetzt sechs von den acht Mandaten der dritten Abteilung inne.

#### In Sibirien gestorben.

Aus Sibirien kommt die traurige Nachricht vom plötzlichen Tode eines Mitgliedes des Petersburger Arbeiterdelegiertenrates, des Genossen Peter Alexandrowitsch Silydnew.

Der Verstorbene nahm bedeutenden Anteil an den großen Ereignissen des Jahres 1905. In den Petersburger Arbeiterdelegiertenrat wurde er von einer der größten Fabriken gewählt, von den Douchowschen Metallwerken. Ein besonnener Mensch mit ruhiger und fester Entschlossenheit war er dank einer angeborenen Bescheidenheit jedem äußerlichen Hervortreten abgeneigt — gerade diese seltenen Eigenschaften haben ihn zum beliebtesten Delegierten in den verschiedensten Stadien der Petersburger Arbeiterbewegung gemacht. Zwei Tage nach dem geschichtlichen 17./30. Oktober — dem Tage der Verkündung der russischen Verfassung — wurde er in die Delegation bestimmt, die der Arbeiterdelegiertenrat zum damaligen Premierminister Witte entsandte mit der Aufforderung, die Tags vorher beim langweiligen verhaltenen Demonstrationen unbedinglich auf freien Fuß zu setzen. Der damalige Leiter der russischen Regierungsgewalt versprach, die Forderung des Arbeiterdelegiertenrates sofort zu erfüllen, und er hielt Wort. Aber sieben Wochen später — auf Anordnung desselben Witte! — schloffen sich hinter Silydnew und den übrigen Mitgliedern des Petersburger Arbeiterdelegiertenrates die eisernen Gefängnistüren.

Im fernen Sibirien, wohin er zur lebenslänglichen Anstaltung verbannt worden war, hat Silydnew ein frühes Grab gefunden. Die russische Arbeiterklasse, deren Drang nach Freiheit er in verantwortlicher Stellung treu und ehrenhaft zum Ausdruck gebracht hat, steht an seinem Grabe in tiefer Trauer, aber auch in unerlöschlichem Glauben an die Sache, der Silydnew sein Leben geopfert hat — an den undesiegbarsten Aufstieg der Arbeiterklasse Rußlands!

### Ein mißglückter Reinwaschungsversuch.

Eine erregte Volksversammlung, in der der Christlichsoziale Numm und ein zweiter Redner seiner Partei über Zäberu sprach, fand gestern abend im „Marinhaus“ am Altkirchlichen Park statt. Zwar die Bevölkerung war, wie Genosse Dr. Breitscheid unter lebhaftem Beifall unserer Freunde in der Diskussion feststellte, nur spärlich vertreten. Zahlreiche Plätze blieben leer und die Hälfte der Besucher bestand aus Anhängern der Sozialdemokratie. Die beiden christlichsozialen Redner, die die Zäberner Affäre in starkster Entstellung vortrugen, wurden von heftigen Zwischenrufen elementarer Empörung unterbrochen. Diese Zwischenrufe zielten vor allem bei der schneidigen Antwort des Genossen Dr. Breitscheid zu einem ausdrucksvollen Protest gegen die Ausführungen der beiden christlichsozialen Redner.

### Letzte Nachrichten.

#### Das Pariser Attentat.

Paris, 15. Januar. (W. Z. B.) Scherif Pascha erklärt in einer an die Wälder gerichteten Inschrift, daß er keineswegs die Absicht gehabt habe, seinen Schwager, den Großwesir Said Halim Pascha, der Mitschuld an dem gegen ihn verhängten Mordanschlag zu beschuldigen. Er habe den Verleumdern gegenüber lediglich die Bemerkung gemacht, es sei ein bedauerliches Zusammentreffen, daß Said Halim Pascha, der Bruder seiner Frau, die dem Mordanschlag beinahe zum Opfer gefallen sei, das Oberhaupt der gegenwärtigen jungtürkischen Regierung sei.

#### Die Geldflemme in Mexiko.

New York, 15. Januar. (W. Z. B.) Nach einer Depesche aus Mexiko sind die von Präsident Querter angeordneten Bankferien bis zum 31. März verlängert worden. Die Regierung hat eine Erbgabe von einem Prozent auf alles in Hypotheken angelegte Geld gelegt und nur milde Stiftungen davon ausgenommen.

#### Die Vulkanbeverungen in Japan.

Tokio, 15. Januar. (W. Z. B.) Die Zahl der infolge des Vulkanausbruchs auf der Insel Sakurajima Vermissten wird jetzt auf hundertausend angegeben. Alle Missionare sind in Sicherheit. Die Nahrungsmittel sind knapp.



### Dankagung.

Für die herzlichste Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau

**Anna Hünchen**

sage ich allen Teilnehmern herzlichsten Dank.  
**Hermann Hünchen.**

### Danksagung.

Für die zahlreiche Beweise der Teilnahme anlässlich des Hinscheidens meines lieben Vaters, meines guten Vaters, des Stiefvaterbruders

**Max Teske**

sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere dem Vorstande der Arbeiter-Unfallversicherungsanstalt, dem Vorstande und den Angehörigen der Ortskrankenkasse der Gürtler, dem sozialdemokratischen Wahlverein des Berliner Wahlkreises, dem Deutschen Metallarbeiterverband, dem Verband der Bureauangestellten und der Hilfskasse der Graveure und Steinsetzer unsern herzlichsten Dank.

**Emilie Teske**

und Tochter.

### Krankenunterstützungs- und Begräbnisverein für Hand- und gewerbliche Arbeiter Berlins und Umgegend.

Sonntag, den 18. Januar, vormittags 10 Uhr, findet die **General-Versammlung** Dresdener Str. 45 statt.

**Tagesordnung:**  
1. Abrechnung vom 4. Quartal 1913.  
2. Bericht der Kassieren. 27/1  
3. Jahresbericht.  
4. Buchauswahl.  
5. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.  
Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.  
A. N. des Vorstandes:  
Gadegaß, Vorl., Goldinerstr. 75.

### Bekanntmachung

betreffend die Wahlen der Vertreter und der Erbsamänner zum Ausschuss der

### Ortskrankenkasse der Gürtler zu Berlin.

Son den Versicherer und den Nebelversicherer ist auf Grund unseres Wahlanschlusses vom 11. Dezember 1913 nur je ein Wahlberechtigter eingetragen worden, welche gemäß § 3 der Wahlordnung vom Vorstand als gültig anerkannt worden sind.  
Die vorgeschlagenen Bewerber gelten daher gemäß § 10 e. a. D. als gewählt.  
267/9  
Die für Sonntag, den 25. Januar 1914 und Montag, den 26. Januar 1914 angelegten Wahltermine werden hiermit aufgehoben.  
Die Gültigkeit der Wahl kann bis zum 18. Februar 1914 angefochten werden. Anfechtungen sind beim Vorstand oder dem Versicherungsamt anzubringen.  
Berlin, den 15. Januar 1914.  
**Der Vorstand.**  
A. N.: Emald Kleef, Vorsitzender.

### Allgemeine Orts-Krankenkasse für Berlin-Tempelhof

**Berichtigung**  
zu der in Nr. 7 vom 8. Januar veröffentlichten

### Bekanntmachung.

Das Ergebnis der Stimmzählung bei der am 30. Dezember 1913 stattgefundenen Wahl der Arbeiter für den Ausschuss der Allgemeinen Orts-Krankenkasse für Berlin-Tempelhof lautet nicht von Liste I hier, sondern nur drei, so daß Herr August Müller nicht gewählt ist, während von Liste II außer den benannten Namen der Gewählten Herr **Karl Schadack** als gewählt hinzukommt.  
267/5  
Berlin-Tempelhof, 14. Januar 1914.  
**Albert George**, 1. Vorsitzender.

**Schuber's Armeesohle**  
hydroph. Elastschle



Anrücklich anerkannt bester Schutz geg. Erkältung  
Für Ältere Leicht unvorbehrlich  
Schont Schuhe und Strümpfe

Einheitspreis für Herren und Damen 50 Pf., für Kinder (bis Größe 39) 30 Pf., (bis Größe 34) 25 Pf. Zu haben in allen Schuh-, Drogerie- und einschlägigen Geschäften, wo nicht, verlangt man sie vom Fabrikanten.

**Oswald Schubert** Harthau bei Chemnitz  
Prosop. u. Probieren unter Angabe d. Größe franco innerhalb Deutschlands geg. Einsendung des Betrages  
Bism. Landwehr u. Marine eingeführt

### Todes-Anzeigen

Heute entschlief nach kurzem Krankenlager infolge einer Operation sanft meine liebe Frau und gute Mutter

**Frau Anna Strauß**

im vollendeten 49. Lebensjahre.  
Dies zeigen an, um stille Teilnahme bittend  
**Karl Strauß und Sohn, Otto Strauß.**  
Berlin-Borsigwalde, den 13. Januar 1914.  
Ernststr. 5. 210/4  
Die Beerdigung findet am Montag, den 19. d. M., nachm. 2 1/2 Uhr, von der Halle des Philippus-Apostel-Friedhofes, Müllerstraße, Ecke Seestraße, aus statt.

### Verein Berliner Buchdruck-Maschinenmeister.

Infolge überaus starker Teilnahme sind wir gezwungen, die Besichtigung von 9 resp. 3 verschiedenen Tagen vorzunehmen. Am **Sonntag, den 18. d. M.** dürfen also nur die angemeldeten Mitglieder mit dem **Anfangsbuchstaben A. bis K.** betreten sein.  
Der Termin für die spätere Besichtigung wird zur geeigneten Zeit bekannt gegeben.  
27/3  
**Der Vorstand.**

**Günstige Gelegenheit für Verbände, Kassen etc.!**

**5 Additions-Maschinen**

bekanntes System, weit unter Preis zu verkaufen. Verlangen Sie Angebot unter Nr. 4931 durch die **Haupt-Exped.** des „Vorwärts“.  
215/16\*

### Wo? ist der schönste Ausflugsort?

Immer noch **Pichelswerder**, an der neuen Seerähe beim **Alten Freund**.

**Fort mit Luftschlauch und Pumpe.**

**Radfahrer,**

welche die Kosten der Bereifung verringern, ohne Pneumatikdefekte fahren und stets ein fahrberaites Rad haben wollen, fahren nur

**Pneumelastieum,**

elastisch wie Luft, unbegrenzt in Haltbarkeit.

**Jahres-Garantie 20000 km**

Verlangen Sie sofort per Karte kostenlose Zusendung von Prospekt 12.

**PNEUMELASTICUM - GESELLSCHAFT m. h. H.**  
**BRAUNSCHWEIG.** 8/10\*

### Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz  
10-2, 5-7, Sonntags 10-12.

**Spezialarzt**  
Dr. med. **Wockentuf**,  
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor)  
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden — Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage).  
Blutuntersuchung. Schnelle, sichere, schmerzlose Heilung ohne Berufsstörung. Mäßige Preise.  
Sprechst. v. 8-8, Sonntags 9-11.

### Hautleiden

entstehen durch unreines Blut, können deshalb auch nur durch innere Behandlung gründlich u. dauernd geheilt werden.  
**Hauptpillen das beste hierfür.**  
Zunächst Dank für gründliche Heilung meines 40 Jahre alten Hautleidens. J. Espüler, Göttingen. 16 Jahre sind jetzt verfloßen, seit ich durch Sie vorzügliche Heilmittel von meinem schweren Nierchenleiden befreit wurde. Ich danke Ihnen aufrichtig für die wunderbare und dauernde Heilung.  
Dortmund, R. Schneidern. Heide.  
**Hauptpillen** in Berlin u. allen Vororten in all. Apotheken zu haben.  
Bericht nach anwärts durch Bismarck-Apothek, Wrangelstr. 47, Berlin.

**Hilfsbein Bier**



Das lob ich mir  
süßlich, gesund, voll bekömmlich

### Stoffe

für Maßanzüge,  
Paletots Meter **M. 5, 7, 9**  
Kostüm- und Ulsterstoffe Meter **M. 3, 4, 5**  
Persianer imit. 130 cm br. **M. 7, 9, 10**  
Plüsch prima Qual. **M. 15**  
Seiden-Seal Meter **M. 3, 4, 5**  
Damentuche Meter **M. 3, 4, 5**  
Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H. Gertraudenstr. 20/21 vis-à-vis der Patrikerirche  
**Patentanwalt Prillwitz**  
Berlin NW 21, Thurmstraße 34.  
**Reuters Werke**  
3 Bände 4 Mark  
Buchhandlung Vorwärts

### Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin, N 54, Liniestr. 83-85.  
Telephon: Amt Norden 1987, 1239, 9714, 185.

**Achtung! Rohrleger und Helfer. Achtung!**  
Sonntag, den 18. Januar, vormittags 10 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engelauer 15:  
**Branchen-Versammlung.**  
Tagesordnung:  
1. Bericht der Agitationskommission. 2. Diskussion. 3. Massenbericht (Branchenfonds). 4. Neuwahl der Kommission und des Branchenvorstandes. 5. Verschiedenes.  
Mitgliedsbuch legitimiert.

Sonntag, den 18. Januar, vormittags 10 Uhr, in Obigloß Festsälen (früher Keller), gr. Saal, Stoppenstr. 29:  
**Branchen-Versammlung der Eisen-, Metall- und Revolverdreher sowie Mundschleifer.**  
Tagesordnung:  
1. Bericht des Reichstagsabgeordneten Genossen Gustav Koch. 2. Diskussion. 3. Branchenanglegenheiten und Verschiedenes.  
Mitgliedsbuch legitimiert.  
Die Ausgabe der Zeitschrift zum Ausgabend findet am Montag, den 9. Februar, statt.

Sonntag, den 18. Januar, vormittags 10 Uhr, in den Musiker-Festsälen, Kaiser-Wilhelm-Strasse 31 (großer Saal):  
**Branchen-Versammlung der Maschinenchlosser.**  
Tagesordnung:  
1. Vortrag: „Der amerikanische Schwab in Deutschland“. (Von Tschornikow und seiner Anwendung in der deutschen Metallindustrie.) Referent: Ingenieur **Wolff**. 2. Branchenanglegenheiten.  
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Sonntag, den 18. Januar, vormittags 9 1/2 Uhr, im Lokal von Niede, Süssitenstr. 40:  
**Gruppen-Versammlung der Werkzeugschleifer (Scharfschleifer).**  
Tagesordnung:  
1. Gruppenangelegenheiten. 2. Verschiedenes.

Sonntag, den 18. Januar, vormittags 10 Uhr, im Lokal von Bohnow:  
**Versammlung sämtlicher Metallarbeiter von Zeltow.**  
Wegen wichtiger Tagesordnung ist jeder Kollege verpflichtet, zu erscheinen.  
Ersuchen ersuchen:  
**Eines Arbeiters Weltreise.**  
Von Fritz Kummer.  
Das Buch kostet gebunden in sehr guter Ausführung für Mitglieder 3 M.  
Zu haben in unserem Bureau:  
Liniestr. 83/85 II in der Bibliothek.  
110/16 Die Ortsverwaltung.

### Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.  
**Modell- u. Fabrikfischer.**  
Montag, den 19. Januar 1914, abends 8 Uhr, im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Str. 11/12:  
**Branchen-Versammlung.**  
Tagesordnung:  
1. Jahresbericht. 2. Ergänzungswahlen zur Kommission. 3. Wahl der Delegierten für die Generalversammlung. 4. Verbands- und Branchenanglegenheiten.  
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

**Alabaster-Branche.**  
Sonntag, 18. Januar, vorm. 9 1/2 Uhr, bei Eide, Schönleinstr. 6:  
**Versammlung**  
sämtlicher in Alabaster-Betrieben beschäftigten Drehsler, Schleifer, Bandsägenshneider, Packer usw.  
Tagesordnung:  
1. Bericht der Kommission. 2. Diskussion. 3. Verbands- und Branchenanglegenheiten.

**Bezirk Osten II.**  
Montag, 19. Januar, abds. 7 1/2 Uhr, bei Grünwald, Fanelet Str. 67:  
**Mitglieder-Versammlung**  
Tagesordnung:  
1. Vortrag des Kollegen Wilhelm Ritsche über „Die Volksfürsorge und die Schäden der Privatversicherungen“. 2. Verbandsangelegenheiten.  
Zu dieser Versammlung sind die Frauen der Kollegen freundlich eingeladen.  
81/16 Die Ortsverwaltung.

**35 Sie sparen Geld! 35**

Wenn Sie direkt in der **Möbelfabrik**

**H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35**  
kein Laden  
Tel.: Norden 5157

kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — eigene Tischlerei und Polstererei. — Auf Wunsch Teilzahlung.

**35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35**

Kein Laden Klein Kaufmann



2. Eine Bedenkzeit von 48 Stunden ist Herrn Dr. Eulert nicht gewährt.

Dr. Eulert ist vielmehr, weil angenommen wurde, seine zu Protokoll gegebene Aussage entsprache der Wahrheit, auch nach der Vernehmung noch weiter im Provinzialdienst beschäftigt worden.

Kurze Zeit darauf hat dann Dr. Eulert den Landeshauptmann von Eisenhart-Rothe aus eigenem Antriebe um eine Unterredung zur Abgabe einer Erklärung gebeten und hierbei seine Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei zugegeben. Er ist dann auf seinen Antrag sofort aus dem Provinzialdienst ausgeschieden.

Was nun die Maßregelung des Genossen Eulert so oder anders erfolgt sein, so zeigt doch die Zuschrift des Herrn von Eisenhart-Rothe ganz zweifellos, daß Eulert wegen seiner politischen Gesinnung gehen mußte.

## Frankreich.

### Abbé Lemire Vizepräsident.

Paris, 14. Januar. (Fig. Rev.) Die Deputiertenkammer hat gestern einen katholischen Priester zum Vizepräsidenten gewählt. Nicht etwa aus dem Geist einer dem Merkantilismus die Arme öffnenden „Versöhnungspolitik“ heraus, sondern im Gegenteil, um gegen die Herrschaft und Unbuddsamkeit der römischen Hierarchie zu protestieren. Denn Abbé Lemire, der Gewählte, ist ein Opfer des ultramontanen Fanatismus. Es gibt im Parlament und überhaupt unter allen Franzosen, die Lemire irgendwie nahegekommen sind, keinen, der nicht dem schlichten, liebenswürdigen und gütigen Mann herzlich zugetan wäre, wofür nicht blinder und roher Fanatismus ihn zur Wählung der besten menschlichen Werte treiben. Lemire ist eine tief religiöse Natur, deren Streben im Eitlichen konzentriert ist und die vielleicht darum von philosophischen Zweifeln und Konfessionen freibleiben konnte. Die Erfüllung menschlicher Hilfspflichten gilt Lemire als höchste Aufgabe, und so verquilt scheint ihm sein öffentliches Wirken mit dem Priesterberuf, daß er auch im Parlament immer in der Rolle erscheint. Lemire fühlt sich zum Volk gehörig, er ist Demokrat — in tiefem Verständnis für die soziale Reform — und ein in gutem Sinne national gesinnter Republikaner. Das aber sind Sünden, die ihm die Politiker der Kirche, die besonders seit dem Trennungsgesetz ihre Rechnung auf den Sieg der monarchischen Restauration gestellt haben, nicht verzeihen. Seine Feinde, sein Vorgesetzter, der Bischof von Lille, an der Spitze, verfolgen ihn seit Jahren mit den niedrigsten Schikanen. Sie haben — in der durchsichtigen Form eines allgemeinen Verbots — die Unterjochung seiner nachmaligen Kandidatur verfügt. Da Lemire, ohne eigentlich zum offenen Widerstand zu greifen, die Willkür nicht fruchtlos tragen wollte, verlangte der Bischof das Interdikt, die Ausschließung von den geistlichen Handlungen, gegen ihn, verbot das christlich-demokratische Wochenblatt von Hozebrond, das für Lemire eintritt, und exkommunizierte dessen Redakteur. Gegen diese Kampagne, die zweifellos mit der Exkommunizierung Lemires selbst in den nächsten Tagen ihren Abschluß finden wird, hat die radikale Linke demonstriert. Welche Entscheidung Lemire dann zwischen dem Ruf des Gewissens und dem drohenden Befehl Roms treffen wird, bleibt noch abzuwarten. Wohl scheint die Wählererschaft treu zu ihm zu stehen, und der Kirche wäre es sicher nicht angenehm, eine gallikanische, die Unabhängigkeit der französischen Kirche von Rom anstrebende Bewegung in einem ländlichen Kreis entstehen zu sehen, wo sie sicher mehr Bedeutung hätte als Unternehmungen gleicher Art in der religiös indifferenten Großstadt. Aber der völlige Bruch mit Rom ist ein Schritt, den der trotz allem an der Kirche hängende Abbé nicht ohne ein tragisches Ringen tun wird.

Mailand, 16. Januar. Der über vatikanische Nachrichten stets gut informierte „Secolo“ meldet, daß der Vatikan den Abbé Lemire aufgefordert hat, innerhalb dreier Tage sein Mandat niederzulegen, widrigenfalls er mit der Exkommunizierung bedroht wird.

## Rumänien.

### Kabinettswechsel.

Wien, 16. Januar. Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Bukarest, daß Bratianu, der Führer der Liberalen, mit Bildung des Kabinetts betraut worden ist. Es verlautet, daß Porumbaru Minister des Aeußeren werden wird.

## Parlamentarisches.

### Die Budgetkommission des Reichstages

Lehte am Freitag ihre Beratungen über die Ausführung des Kaligesezes fort. Im Mittelpunkt der ausgedehnten Verhandlungen stand der Antrag Czabergers, der dem Kassensyndikat die in früheren Jahren für Auslandspropaganda gemachte Rechaugabe von 972 000 M. zurückzuerstatten wollte. Von sozialdemokratischer Seite wurde gegen diesen Antrag, der wie bestellte Arbeit aussehe, energisch Einspruch erhoben. So sehr sich Herr Czabergers bemühte, wenigstens den Schein einer sachlichen Verächtigung seines Antrages zu retten, mußte er diesen schließlich zurückziehen zugunsten eines Antrages Gothein, 900 000 M. aus dem Reservefonds für künftige Auslandspropaganda dem Syndikat zur Verfügung zu stellen. Dieser Antrag gelangte zur Annahme.

Der Reservefonds in Höhe von 8 Millionen Mark ist bisher in die Reichskasse geflossen und unverzinst geblieben. Nach einem Beschluß der Kommission soll das Geld in Zukunft zinssteigernd angelegt werden. Mit der Annahme eines Antrages Gothein, 200 000 M. mehr für Inlandspropaganda, und zwar zur Verwendung für Feldmähtigen Gemüsesbau, einzusetzen, und eines Antrages Baffermann, 500 000 M. dem Syndikat für Propaganda auf der Weltausstellung in San Francisco aus dem Reservefonds zur Verfügung zu stellen, wurde die Beratung des Titels beendet. — Die nächste Sitzung findet am Dienstag statt.

### Ostelbische Wahlzettel.

Die Wahl des freikonservativen Landrats v. Halem im Wahlkreise Schwyz beschäftigte am Freitag oberhalb die Wahlprüfungskommission des Reichstages. Am 1. Januar 1912 wurde Herr v. Halem dadurch gewählt, daß 400 Stimmzettel, die auf den polnischen Kandidaten v. Sah-Jaworski lauteten, zu Unrecht für ungültig erklärt wurden. Die Wahl wurde deshalb im November 1912 von der Kommission kassiert. Herr v. Halem wartete die Entscheidung des Plenums gar nicht ab, legte sein Mandat rasch nieder und erreichte dadurch, daß die Nachwahl bereits am 30. Dezember 1912 unter Benützung der alten Wählerlisten stattfand. Und nun steht ein geradezu skandalöses Verfahren ein. Man strich einfach eine Reihe polnischer Wähler aus den Listen. So z. B. einen Wähler, weil er einen Poljesezettel erhalten hatte, einen anderen, weil seine Schwiegermutter Armenunterstützung bezog, einen weiteren, weil er eine Rente bezieht! In einigen Fällen haben Personen, die man zur Wahl nicht zulassen wollte, doch gewählt. Die Wahlvorsteher haben dann einfach je einen polnischen Stimmzettel wieder aus der Urne herausgenommen! Sämtliche polnische Wähler, die seit der Hauptwahl verzogen waren, wurden nicht zur Wahl zugelassen. Dagegen hatte man Vorbehalte getroffen, daß die mittlerweile verzogenen deutschen Wähler ihr

Wahlrecht ausüben konnten. Auf diese Weise „legte“ Landrat v. Halem mit 8017 Stimmen gegen 7891 Stimmen, die auf den polnischen Kandidaten entfielen. Die Prüfung der amtlichen Feststellungen ergab bereits, daß Landrat v. Halem die Mehrheit der Stimmen nicht mehr besitzt, so daß an der abermaligen Ungültigkeit seiner Wahl nicht zu zweifeln ist. — Trotzdem übt dieser Herr das Mandat, von dem er genau weiß, wie es ihm beschafft wurde, ganz seelenruhig aus.

### Folgen der Agrarpolitik.

Bei der Beratung des Landwirtschaftsetats in der Budgetkommission des preussischen Dreiklassenhauses wies ein Fortschrittler darauf hin, daß der Viehbestand in Preußen in den letzten Jahren um 155 000 Stück und im Reich um 500 000 Stück zurückgegangen sei. Von den Agrariern wurde dagegen eingewendet, daß dies auf die Dürre und die Viehsuchen vor einigen Jahren zurückzuführen sei. Dem hielt der Fortschrittler wieder entgegen, daß die Statistik die Unrichtigkeit dieser Behauptungen beweise und daß sich vielmehr ganz klar aus den Zahlen ergebe, daß der Beginn des Rückganges der Viehzucht genau zusammenfällt mit der Einführung der Einfuhrzölle, die den Körnerbau zum Nachteil der Viehzucht begünstigt und Deutschland zu einem Getreideausfuhrland gemacht haben. Der Minister wußte demgegenüber nichts anderes anzuführen, als daß der Großgrundbesitz für die Qualität des Viehes von großer Bedeutung sei.

Es wurde auch über die Frage der ausländischen Landarbeiter viel gesprochen. Wederhin genug ist, daß es die Liberalen waren, die Besorgnisse äußerten, daß die Regelung der Auswanderung in Oesterreich und die von Rußland angeforderte Maßnahme gegen den Zugang russischer Saisonarbeiter nach Deutschland die deutsche Landwirtschaft um ihre Arbeiter bringen könnten! Der Minister v. Schorlemer erklärte, daß Rußland zunächst noch durch den geltenden Handelsvertrag zur Ausstellung von Landarbeiterpässen mit 10% Monats Gültigkeit verpflichtet sei, und daß die Regierung bereits mit Oesterreich verhandelt, um für den Fall der Annahme des dort eingebrachten Auswanderungsgesetzes die berechtigten Ansprüche des Deutschen Reiches sicherzustellen.

## Aus der Partei.

### Stimmhaltung im Wahlkreise Rosenberg-Löbau.

Eine Parteiversammlung in Dsch.-Göbau, der größten Stadt des Rosenberg-Löbauer Wahlkreises, beschloß für die Reichstagsnachwahl am 21. Januar Stimmhaltung der sozialdemokratischen Partei, da die aufgewendeten Opfer in keinem Einklang zu dem Erfolg stehen würden.

### Protestversammlungen gegen die Reaktion.

In sechs harkbischen Versammlungen protestierte am Donnerstag die Dresdener Arbeiterschaft gegen die Gewalt Herrschaft und die Unfreiheit des Staatsbürgers und des arbeitenden Volkes, dem die Koalitionsfreiheit durch Ausnahmegeetze völlig vernichtet werden soll. In den Versammlungen, die sich zu wirkungsvollen Kundgebungen gestalteten, wurde eine Resolution einstimmig angenommen, die gegen das Auftreten der militärischen und großkapitalistischen Gewalt Herrschaft protestiert.

### Ein russischer Parteiveteran.

Felix Kohn, einer der ältesten und bekanntesten Sozialisten Russisch-Polens, feierte in diesen Tagen in Lemberg das dreißigjährige Jubiläum seiner Tätigkeit. Als junger Student und begeisterter Anhänger der ersten polnischen sozialrevolutionären Partei „Proletariat“ wurde er 1885 vom Warschauer Kriegsgericht zu langjähriger Zwangsarbeit mit nachfolgender lebenslanglicher Anstaltung in Sibirien verurteilt. Sein lauterer Charakter und sein unerschütterlicher Glaube an die heilige Sache, der er sich gewidmet, machten ihn in den sibirischen Katorgansammlungen und später in der Verbannung allgemein beliebt. Im Jahre 1905 konnte Kohn nach der Heimat zurückkehren; da er sich aber forgesetzt an der Bewegung beteiligte, mußte er sie wieder verlassen und lebt gegenwärtig in Galizien. Heute ist Felix Kohn ein alter Mann — die sibirischen Jahre wiegen schwerer. Treu und unermüdet dient er weiter der Arbeiterklasse. Wir wünschen ihm noch ein langes Leben im Dienste der Befreiung des russischen Volkes.

### Der erste sozialdemokratische Bürgermeister in Holland.

Das Parlamentsmitglied R. ter Laan, Mitglied der Haager Gemeindevertretung, ein Bauernsohn und früherer Lehrer, ist zum Bürgermeister der Hafenstadt Jaandam, die seit kurzem eine sozialistische Mehrheit in der Gemeindevertretung besitzt, ernannt worden. Mit dem Genossen R. ter Laan tritt ein Mann mit großen Kenntnissen auf dem Gebiete der Kommunalpolitik des Bürgermeisters an. In der Haager Stadtordnungsversammlung hat er sich besonders hervor als Befürworter einer weitgehenden sozialen Schulpolitik, während er im Parlament neben den Unterrichtsfragen insbesondere das Reform des Kriegsbudgets behandelt und sich dabei stets als ein sehr scharfer Antimilitarist zeigte. In seinem bisherigen Wohnort Haag war er bei den Arbeitern überaus beliebt wegen seiner opferreichen und unermüdeten Tätigkeit in unserer Bewegung.

### Der Begründer der ersten holländischen politischen Arbeiterorganisation gestorben.

Im Alter von 72 Jahren starb in Amsterdam das liberale Parlamentsmitglied Helde. Mit dem Namen Helde ist ein Teil der Geschichte der holländischen Arbeiterbewegung verknüpft. Helde war von Beruf Schreiner. Er war der Gründer der ersten zentralen politischen Arbeiterorganisation in Holland. Er trat anfänglich auch der Internationale bei, wandte sich dann aber nach der Niederlage der Pariser Kommune zum Sozialismus ab und gründete 1872 den Allgemeinen Niederländischen Arbeiterverband. Diesem Verbande gehörten im Anfang auch die sozialistischen Elemente an, die damals noch keine eigene Organisation bildeten, so wie übrigens auch die christlichen Arbeiter. Als es dann aber den Sozialisten nicht gelang, den Verband für die Förderung der Vergesellschaftung der Produktionsmittel und für eine selbstständige Arbeiterpolitik zu gewinnen, wandten sie sich im Jahre 1875 vom Verbande ab und gründeten eine neue sozialistische Partei. Von da ab geriet der Allgemeine Niederländische Arbeiterverband und damit sein Führer Helde immer mehr ins liberale Fahrwasser, was sich noch mehr zeigte, als 1885 Helde mit liberaler Hilfe in die Kammer gewählt wurde. Aus seiner Tätigkeit im Parlament ist hervorzuheben, daß Helde für das allgemeine Wahlrecht dauernd manhaft gekämpft hat. Er war der einzige Liberale, der 1887 gegen den Verfassungsparagraphen gestimmt hat, der noch immer das allgemeine Wahlrecht verhindert.

Die tschechische zentralistische Sozialdemokratie umfaßt zurzeit 14 200 politisch organisierte Mitglieder, sie besitzt 1 Reichsmandat und 43 Gemeindevertretermandate, zwei Tagelöhler in Wien und Prag und eine Anzahl feldener erscheinender Blätter. Die Einnahmen der Partei betragen 1913 40 000 Kronen. Den Zentralgewerkschaften gehören 77 000 tschechische Arbeiter an, den zentralistischen Genossenschaften etwa 19 000 Mitglieder.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

#### Prozesse.

Genosse Schröder, der Redakteur der „Danziger Volkswacht“, sollte sich am 15. Januar vor der Danziger Strafammer in zwei Fällen von Schimpfungsbeschuldigungen verantworten. Der erste Prozeß wurde vertagt, weil ein wichtiger Zeuge am Erscheinen verhindert war. Im andern Falle vertagte die Zeugen. Ihre dem Richterhatter der „Volkswacht“ gemachte Aussage hielten sie vor Gericht nicht aufrecht. Das Urteil lautete auf 150 M. Geldstrafe. 300 M. hatte der Staatsanwalt beantragt.

## Aus Industrie und Handel.

### Eine neue Anleihe Preußens.

Schon im Dezember v. J. hieß es, Preußen wolle eine neue Anleihe aufnehmen. Die Verhandlungen der Finanzverwaltung mit den Großbanken haben sich aber hingezogen, weil die Lage des Geldmarktes und die Unbeliebtheit der Staatspapiere die Entscheidung über Art und Höhe der Anleihe erschweren. Eine offizielle Mitteilung über die neue Anleihe berichtet nun:

Die preussische Finanzverwaltung hat an das Preußen-Konfortium 400 Millionen Mark auslosbarer 4prozentiger Schatzanweisungen begeben. Das Reich hat zurzeit keinen Geldbedarf zu befriedigen. Die Schatzanweisungsanleihe ist in 16 Serien zu je 25 Millionen Mark eingeteilt; jedes Jahr wird eine Serie durch Auslosung zur Rückzahlung zum Nennwerte bestimmt. Die Auslosung findet alljährlich im Oktober, erstmalig im Oktober 1914, die Rückzahlung der ausgelosten Serien am 1. April des auf die Verlosung folgenden Jahres statt. Von dem übernommenen Betrage sind 50 Millionen Mark bereits fest begeben, die restlichen 350 Millionen Mark werden am 29. Januar zum Kurse von 97 Proz. zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt.

Als Form der Anleihe sind diesmal Schatzanweisungen gewählt worden. Während Schatzanweisungen aber für gewöhnlich nur kurzfristige Anleihen darstellen (im Gegensatz zu den langfristigen Staatsrenten), sollen diesmal die Schatzscheine 16 Jahre hindurch laufen. Allerdings ist vorgeesehen, daß jährlich 25 Millionen Mark Schatzscheine ausgelost und zurückgezahlt werden. Die neue Anleihe nimmt also eine Mittelstellung zwischen fundierter Anleihe und Schatzscheinduld ein. Diese Form ist gewählt worden, um das Kapitalistenpublikum zum Erwerb anzulocken. Die letzten Anleihen des Deutschen Reichs und Preußens in der Mitte des vergangenen Jahres hatten bekanntlich einen Mißerfolg: von der Reichsanleihe (im Betrage von 50 Millionen Mark) wurden nur 80 Proz., von der Preussischen Anleihe (175 Millionen Mark) nur 40 Proz. gezeichnet; den Rest mußte das Bankkonfortium übernehmen. Diesmal gewährt man wiederum eine Verzinsung von 4 Proz. und gibt auch die Papiere billiger ab (zu 97 statt 97,90 Proz. wie im Vorjahre). Durch die Möglichkeit früher Rückzahlung erhöht sich aber die Verzinsung noch bedeutend. Die erste Serie, die bereits nach einem Jahre ausgelost wird, erzielt eine Verzinsung von etwa 7 Proz., da die mit 97 Proz. gekauften Schatzscheine ja zum Nennwert, d. h. zu 100 zurückgezahlt werden. Im Durchschnitt wird die Verzinsung für die gesamte Anleihe etwa 4 1/2 Proz. betragen.

Wenn eine offizielle Mitteilung weiter hofft, daß der neue Typ Schutz gegen Kursverluste bieten werde, so mag das infolge der günstigen Verzinsung für die jetzt ausgegebenen 400 Millionen wohl zutreffen. Aber die älteren Anleihen leiden natürlich darunter. Schon gestern gaben die Kurse dieser Papiere nach. Die vierprozentigen preussischen und Reichsanleihen (unkündbar bis 1918) sanken von 98 auf 97,7 Proz., die vierprozentigen Schatzanweisungen (unkündbar bis 1917) von 98,6 auf 98,3 Proz.

Von der neuen Anleihe werden auch kleinere Stücke bis zu 100 M. herab ausgefertigt werden, damit möglichst breite Schichten sich an der Zeichnung beteiligen können.

### Eine lehrreiche Krupp-Statistik.

Im Jahresbericht der Handelskammer Essen veröffentlicht die Firma Krupp die Bewegung der Lebensmittelpreise bei der Kruppischen Konsumanstalt in Essen. Gleichzeitig werden die in der Gashafabrik verdienten Durchschnittslöhne zusammengefaßt. Aus den Preisbewegungen der einzelnen Lebensmittel kann man nicht ohne weiteres die Steigerung der Haushaltskosten übersehen. Berechnet man aber auf Grund der Kruppischen Statistik unter Berücksichtigung der Verpflegungssituation des deutschen Marinevolkes die wöchentlichen Kosten des Nahrungsmittelaufwands für eine vierköpfige Familie, Eltern und zwei Kinder, so kommt man zu folgendem interessanten Ergebnis: Von 1899 bis 1913 sind die Kosten des Nahrungsmittelaufwands um 20,86 Proz., die Durchschnittslöhne aber nur um 24,79 Proz. gestiegen. Seit dem Hochkonjunkturjahre 1907 wuchsen die Ausgaben für Essen und Trinken um 16,38 Proz., während sich das Lohnniveau der Kruppischen Arbeiter nur um 10,09 Proz. gehoben hat. Zu diesen Schlüssen kommt man unter der Voraussetzung, daß die Kruppische Statistik zutreffend ist. Dies läßt sich leider nicht nachprüfen. Vor allem kann die Berechnung der Durchschnittslöhne nicht ohne weiteres für beweiskräftig gehalten werden, weil ja die Firma nicht angibt, wie die Arbeitslosgenheit gewachsen ist. Unter Umständen könnte sich bei Nachprüfung der Lohnberechnungen noch ein ungünstigeres Bild ergeben. Ferner ist zu beachten, daß bei der Berechnung der Kosten des Nahrungsmittelaufwands die Preise für die billigeren Sorten zugrunde gelegt wurden, um von vornherein gewissen Einwendungen die Basis zu entziehen. Auf alle Fälle ergibt sich aus der Statistik der Firma Krupp mit absoluter Sicherheit, daß die Lebenshaltung der Arbeiterschaft sich verschlechtert hat. Die Erhöhung des Lohnniveaus hat mit der Verteuerung des Lebensbedarfs nicht Schritt gehalten.

Sur Regelung des Auswandererverkehrs. Zwischen dem österreichischen Handelsministerium und der Hamburg-Amerikaner Linie ist als Folge der Enthüllungen über den Auswandererstand folgende Abkommen getroffen worden: Die Hamburg-Amerikaner Linie verkauft ihren Besitz an Aktien der Austro-Americana (der österreichischen Schifffahrtsgesellschaft, an der die Hapag beteiligt ist) an ein unter Führung des Wiener Bankvereins stehendes Konfortium und verzichtet ferner auf die Ausübung des ihr zustehenden Vorkaufrechts auf einen weiteren Aktien der Austro-Americana. In der Auswandererfrage gesteht die Hamburg-Amerikaner Linie Kontrollstationen an der Waage sowie die Einrichtung einer Kontrolle auf ihren Schiffen zu.

## Letzte Nachrichten.

### Die Persönlichkeit des Pariser Attentäters.

Paris, 16. Januar. (M. L. B.) Die Durchsichtung der Wohnung des Angreifers Scherif Paschas hat zur Beschlagnahme einer Anzahl von Dokumenten geführt. Als der Angreifer die Wohnung mietete, wies er einen Paß vor, der den Namen Djedab Ali Bei, Student, 22 Jahre alt, trug. Dieser Paß konnte nicht aufgefunden werden.

### Vom südafrikanischen Streik.

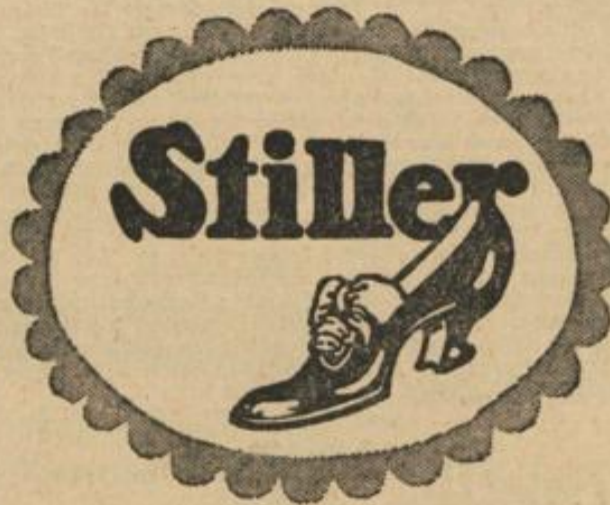
Johannesburg, 16. Januar. Die Polizei hielt heute im Hauptquartier der Arbeiterpartei während einer Sitzung von Abgeordneten der Sechsgewerkschaft eine Hausdurchsuchung ab und verhaftete alle Delegierten, im ganzen 62 Personen, wegen Verletzung des Gesetzes über den Belagerungszustand, welches eine Versammlung ohne Genehmigung der Behörden untersagt.

Kapstadt, 16. Januar. (M. L. B.) Obwohl die Berichte aus den verschiedenen Zentren ein allmähliches Zurückgehen der Leute zur Arbeit melden, dauert das Kriegsrecht fort und die Regierung beabsichtigt, es aufrecht zu erhalten, bis normale Zustände zurückgekehrt sind. Aus Durban, Braamfontein, Pretoria und anderen Orten werden weitere Verhaftungen von Arbeiterführern gemeldet.



# Großer Inventur-Verkauf der alten Stiller-Firma

Haupt-Geschäft:  
Jerusalemstr. 32-35  
  
Potsdamer Straße 2  
Tauentzien-Straße 19a  
Tauentzien-Straße 7b  
Friedrich-Straße 75  
König-Straße 25-26  
Rosenthaler Straße 5



Haupt-Geschäft:  
Jerusalemstr. 32-35  
  
Oranien-Straße 161  
Gr. Frankfurterstr. 123  
Chausseestrasse 114-15  
Schöneb., Hauptstr. 146  
Neukölln, Bergstr. 25  
Charl., Wilmersd. Str. 45

Zur Vermeidung von Verwechslungen achte man genau auf Straßennamen und Hausnummern der alten Stiller-Firma (Gegr. 1867)

Größere Vorteile wie je zuvor bietet unser diesjähriger Inventur-Verkauf mit seinen  
**überraschend billigen Preisen**

Immer bedeutungsvoller gestalten sich unsere Ausverkäufe, da wir nicht nur in bezug auf Preiswürdigkeit Hervorragendes leisten, sondern stets eine enorme Auswahl bieten und auch jederzeit für die Güte unserer Ausverkaufs-Waren eintreten.

## Extra billig

Große Posten Herren- und Damen-Stiefel und -Schuhe in besten Qualitäten, unsortiert

**6.75**

Wert bis zu Mark 18.50

## Moderne Damen- und Herren-Stiefel

Große Posten erstklassiger Fabrikate in vorzüglichen Qualitäten, in Boxkalf, Chevreau, schwarz u. braun, Chevreau mit Lackbesatz, sowie Stiefel mit Stoff- u. Wildleder-Einsätzen, Stiefel mit Woll- u. Lammfellfutter, Stiefel m. Doppelsohlen

Serie I

**8.75**

Wert bis 12.50

Serie II

**10.75**

Wert bis 14.50

Serie III

**12.75**

Wert bis 16.50

Serie IV

**14.75**

Wert bis 21.00

## Extra billig

Ein großer Posten eleganter Tanz-Schuhe in vielen Ausführungen, sowie Ball-Überstiefel aus farbtem Stoff

**4.75**

Wert bis zu Mark 12.50

## Damen-Tanz-Schuhe

In hocheleganten Ausführungen in Chevreau, Lack, Bronze, Atlas, weiß Glacé, Gold, Silber usw. usw.

Serie I

**5.75**

Serie II

**6.75**

Serie III

**8.75**

Serie IV

**10.75**

Hierunter befinden sich Waren im Werte von 8.50 bis 24 Mk.

## Farbige Samt-Pumps

auch schwarz, moderne Formen mit amerik. Absätzen

**3.75**

Wert bis 6.50

**6.75**

Wert bis 12.50

## Billige Hausschuh-Reste

aus Leder und Stoff, für Damen und Herren, auch Kamelhaarschuhe

Serie I

**1.10**

Serie II

**2.35**

Serie III

**3.35**

Serie IV

**4.35**

Diese Waren sind zum Teil bis zur Hälfte ermäßigt!

## Damen-Halbschuhe

zum Schnüren und Knöpfen, in schwarz Chevreau, Lackleder, mit verschiedenartig. Wildleder- u. Chevreau-Einsätzen, sowie Pumps in vielen Ausführungen.

**6.75**

Wert bis zu Mark 16.50

**8.75**

## Zweckmäßige Sportstiefel

Eislauf-Stiefel, Jagd-Stiefel in schwarz und braun, Rindleder und Boxkalf, für Damen und Herren

**14.75** früher 18.50

## Zug- u. Schnallen-Stiefel

für Herren, in Boxkalf und Chevreau, verschiedene Formen

**5.00**

Wert bis zu Mark 12.50

**8.75**

## Rationelle Kinder-Stiefel zu ganz hervorragend billigen Preisen

Serie I

### Kinder-Schnür- u. Knopf-

Stiefel, verschiedene Oberledersorten, schwarz u. braun

25-27

28-30

31-35

36-39

**3.80**

**4.80**

**5.80**

**6.80**

Serie II

### Kinder-Schnür- u. Knopf-

Stiefel, Boxkalf, Chevreau, schwarz, braun, beige und weiß Glacé

25-27

28-30

31-35

36-39

**4.80**

**5.80**

**6.80**

**7.80**

Serie III

### Knaben-Schnür-Stiefel

schwarz und braun, verschiedene Oberledersorten

31-35

36-39

und 36-39

**5.80**

**6.80**

**7.80**

## Nur Haupt-Geschäft Jerusalem Str. \* Verkauf folgender Posten:

Große Posten

### Damen-Tanz-Schuhe

u. Abend-Schuhe Pariser Modelle

Größe 35

36

37

extra billig

**6.75**

Wert bis 21.--

Große Posten

### eleganter Einsatz-Stiefel

für Damen, mit verschiedenartigen Stoff-Einsätzen

**extra billig!**

**9.75**

Wert bis 24.--

Große Posten

### Kinder-Stiefel

In vielen Ledersorten, unsortiert, durchweg

25-30

**3.80**

31-39

**4.80**

Kein Kaufzwang!

Keine Auswahlen!

Kein Versand!

Kein Umtausch!

Da der Andrang nachmittags besonders gross ist, wolle man nach Möglichkeit auch die Vormittagstunden zum Einkauf benutzen



Bewerkschaftliches. Der Streik in Südafrika.

London, 14. Januar 1914. (Eig. Ber.)

Seit einer Woche laufen hier die widersprechendsten Nachrichten über den Streik der südafrikanischen Arbeiter ein. Es ist äußerst schwer, sich in diesem Irrgarten zurechtzufinden. Man weiß oft nicht, ob diese Tartarennachrichten für Vorkämpfer berechnet sind oder ob sie dazu bestimmt sind, die Gewalttätigkeiten, die die in London sitzenden wirklichen Herrscher Südafrikas der Burenregierung einflüstern, in vornherein zu rechtfertigen. Ueber den Charakter der Gold- und Diamantengrubenbesitzer, die in London ihre Paläste errichten, ist sich niemand im unklaren. Es ist eine verlogene und vertwegene Räuberbande, wie sie die Welt selten gesehen, von der viele nur eben mit dem Rockärmel das Sudthaus gestreift haben. Die Presse Südafrikas ist ihr fast gänzlich untertan und in der englischen Presse hat sie mächtige Fürsprecher. Wie ein Orgelpunkt klingt es durch die irreführenden Nachrichten: „Dies ist kein Streik, sondern eine Revolution. Deshalb drauf, Du Burengeneral Botha, laß das Blut in Strömen fließen. Setze diesen Arbeitern, daß ihr Traum, aus der Union Südafrikas ein zweites Australien zu machen, an Deinen Flinten und Kanonen scheitern wird.“

Bis jetzt ist noch kein von einwandfreien Zeugen beglaubigter Fall verzeichnet, in dem sich die streikenden Arbeiter Gewalttätigkeiten zuschulden haben kommen lassen. Im Gegenteil, die Ruhe und Ordnung unter den Arbeitern ist vorbildlich, wie selbst kapitalistische Blätter in den letzten Tagen zögernd zugeben. Die Arbeiter selbst haben eine Körperschaft ins Leben gerufen, die für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung Sorge tragen soll. Und ihre besonnene Haltung hat einen tiefen Strich durch die Rechnung der Regierung und ihrer kapitalistischen Hintermänner gemacht, welche die ganze Wehrkraft der Union mobilisiert haben, um die Streikenden einzuschüchtern, wenn nicht gar zu provozieren und dann niederzuschlagen.

Von den eigentlichen Ursachen des Streiks hört man nichts oder wenig. Die Rebellinien sind eben alle in den Händen der Kapitalisten. Klar ist jedoch, daß der Streik der Eisenbahner auf den Staatsbahnen der südafrikanischen Union seine Ursache in der ganzen Betriebspolitik der Unionsregierung hat, die darauf hinczielt, den Kapitalisten und Bauern den Transport ihrer Waren und Rohstoffe auf Kosten der Arbeiter so billig als möglich zu machen. Man transportiert den Bauern ihre Produkte und Geräte unter dem Selbstkostenpreise, schafft zu einem lächerlichen Preise Kohlen an die Städte und wirtschaftet darauf los, bis es nicht mehr weiter geht. Dann fängt man an zu sparen, wo es am leichtesten ist: an den Löhnen der Arbeiter, entläßt Leute und läßt den Lokomotiv- und Wagenpark zum Teufel gehen. Im Oktober des letzten Jahres fing es an. Aber die Arbeiterentlassungen riefen sogleich die 14000 Mann umfassende Eisenbahnerorganisation auf den Plan. Die Regierung ließ sich damals dazu herbei, einen besonderen Ausschuß einzusetzen, der sich mit den Klagen der Arbeiter über ungerechtfertigte Entlassungen, Stücklohn, Lohnabzüge und anderes befassen sollte. Boutsma, der Sekretär des Eisenbahnerverbandes, wurde zum Mitglied dieses Ausschusses ernannt. Trotzdem aber fuhr die Regierung mit ihrer Politik der Betriebseinschränkung namentlich in den Werkstätten fort. Man wollte sparen. So ging man hin, entließ Arbeiter, um sie auch wohl gleich darauf wieder zu einem geringeren Lohne einzustellen. An Arbeit fehlte es zwar nicht. Am Ende des letzten Jahres

waren die Werkstätten der Staatseisenbahnen mit Arbeiten überhäuft. Man mußte gar Aufträge an das Ausland vergeben. Ein Korrespondent der Londoner „Times“ schrieb vor einigen Tagen aus Südafrika:

„Ein Mann sagte mir in gutem Glauben, daß heute Wagen auf den Linien liefen, die allmählich von selbst aus dem Leim gingen, da sie nicht repariert und gewisse Teile nicht ersetzt würden. . . . Einer der erfahrensten Lokomotivführer in Pretoria hat sich geäußert, daß sich auf den Eisenbahnliesen im Transvaal nicht eine einzige Lokomotive befindet, die in vollkommenem Zustand ist.“

In Natal haben sich Lokomotivführer geweigert, auf reparaturbedürftigen Lokomotiven zu fahren. Mit dem Mangel an Arbeit kann die Einschränkung mithin nicht gerechtfertigt werden, und die Unionsregierung hat auch keinen Versuch gemacht, dies zu tun. Sie muß an den Löhnen der Arbeiter sparen und das Leben der Angestellten und des Publikums riskieren, um ihre Unfähigkeit zu verdecken, die ihr die Arbeiter täglich vorwerfen. Ihr Ideal und das der besitzenden Klasse Südafrikas ist der schwarze, willenlose Arbeiter, der kein Bürgerrecht hat, und der sich, wenn er sich empören sollte, ohne viel Geräusch abzurufen ließe. Mit den jetzigen Arbeitern geht das nicht so leicht; viele von ihnen entstammen dem Burenvolk und sind die Nachkommen der früheren armen „Bijwoners“, der Bauern. Der Buer vom Lande läßt sich nicht leicht gegen seine eigenen Landsleute gebrauchen. „Ja“, ruft heute im „Daily Telegraph“ ein südafrikanischer Kapitalist aus, „wenn wir erst so weit sind, daß die Schwarzen genügend zivilisiert sind und den weißen Arbeiter ersetzen können, dann haben wir den wirtschaftlichen Frieden.“

Die fortgesetzten Arbeiterentlassungen und Lohnverschlechterungen führten schließlich zu Anfang des Jahres zu einer kritischen Situation. Das Exekutivkomitee des Eisenbahnerverbandes erklärte, daß es so nicht weitergehen könne, und beschloß am 3. Januar, eine Deputation an die Regierung zu schicken, die dieser erklären sollte, daß die Entlassungen aufhören und die entlassenen Arbeiter wieder eingestellt werden müßten. Der Eisenbahnminister weigerte sich, die Deputation zu empfangen, empfing aber die Mitglieder der Deputation als Privatpersonen. Er erklärte ihnen, daß die Entlassungen unumgänglich notwendig und daß übrigens nur 70 Personen im ganzen entlassen worden seien. Die Arbeitervertreter wiesen ihm nach, daß schon 494 Angestellte davongejagt worden sind, und der Minister konnte diese Angabe nicht bestreiten. Abends hielten dann die Eisenbahner in dem Stadthaus zu Pretoria eine Versammlung ab, in der der Generalstreik für den folgenden Donnerstag (8. Januar) beschlossen wurde. Am folgenden Tage trat das Kabinett zusammen und beschloß, dem Streik der Eisenbahner die Gewalt entgegenzusetzen.

Am Donnerstag brach der Streik zunächst in Transvaal aus. In der Oranjesfluskolonie, in Natal und der Kapkolonie waren die Eisenbahner noch unentschieden. Der Streik schien mit einem Flusflo enden zu wollen. Aber am folgenden Tage änderte sich die Lage. Es heißt, daß dies dem Unstaud zuzuschreiben ist, daß der Gewerkschaftsbund (Federation of Trades) die Fäden in die Hand genommen habe. An dem Tage war das Eisenbahnsystem in Transvaal und in der Oranjesfluskolonie vollständig desorganisiert. Auch in Natal und in der Kapkolonie gingen die Eisenbahner an, sich zu regen. Die Regierung und die Kapitalisten bekamen einen fürchtbaren Schrecken. Unter dem Eindruck der Panik ließen sie die Arbeiterführer links und rechts verhaften, ohne eine bestimmte Auflage gegen sie zu erheben. Ihre Polizisten

drangen in das Bureau der Eisenbahnerorganisation ein und beschlagnahmten den Geldschrank und die Dokumente. Der Sekretär der Eisenbahner, Boutsma, wurde verhaftet und mit ihm eine Reihe anderer Gewerkschaftsführer. Wahrscheinlich beabsichtigt man, sich dieser Personen ohne Prozeß durch Ausweisung aus dem Lande zu erledigen. Ein im Oktober des letzten Jahres erlassenes Gesetz gibt der Regierung nämlich die Macht, „ungewünschte Ausländer“, das heißt die in Südafrika nicht geborenen Weissen — und dazu gehört wohl die Mehrheit der weißen Arbeiter in Südafrika — des Landes zu verweisen. Aber dieser Schlag verschlimmerte nur die Lage der Regierung. Denn nun trat ihr die gesamte Arbeiterchaft geschlossen entgegen und verlangte die Freisetzung der Verhafteten. Der Streik dehnte sich inzwischen immer mehr aus. Am Samstag beschloß der Gewerkschaftsbund, über den Generalstreik aller Berufe abstimmen zu lassen. Die Regierung wurde wieder von Panik erfaßt. Sie beschloß, nicht weniger als 60 000 Mann der Bürgerwehr zu mobilisieren. Die Mannschaften in der Umgebung der Goldstadt, die man schon vorher zu den Waffen gerufen hatte, genügten nicht mehr, um das eingebilddete Geispenf der Revolution zu verschrecken. Unterdessen gingen die Arbeiter ruhig ihrer Wege. Sie gaben der Polizei und dem Militär keine Ursache zum Einschreiten, die Führer mahnten zur Ruhe und Ordnung und am Sonntag wurde auf dem Marktplatz zu Johannesburg eine große, friedliche Versammlung abgehalten. Es verlautet, daß einige der Minister, namentlich Botha und Smuts, die Versammlung unter allen Umständen verbieten wollten. Sie sollen sogar mit der Demission gedroht haben, wenn man sich ihrem Willen nicht unterwerfe. Aber die besonnenere Mehrheit siegte schließlich. Kein Polizist ließ sich in der Versammlung sehen.

London, 15. Januar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Aus Johannesburg wird gemeldet, daß sich heute die dreihundert Mann in Trades Hall, dem Hauptquartier des Gewerkschaftsbundes, die seit Sonnabend von Polizisten und Militär belagert wurden, bedingungslos ergeben haben, nachdem Geschäft aufgeföhren worden war. Alle Mann wurden verhaftet. Unter den Verhafteten ist Bain, der Sekretär des Gewerkschaftsbundes. Was es mit dieser Belagerung auf sich hat, ist schwer zu sagen. Sie stimmt nicht mit den hier in den letzten Tagen einlaufenden Meldungen überein, daß man in Trades Hall ein- und ausginge. In Kapstadt, wo das Kriegsrecht noch nicht proklamiert worden sein soll, hat man heute den Sekretär und den gesamten Vorstand der Eisenbahner verhaftet. In der Oranjesfluskolonie hat der Befehlshaber jedem Streikenden verboten, seine Wohnung zu verlassen und die Unterstützung der Streikenden durch Geld oder Lebensmittel untersagt. Durch das eingeführte schamlose Willkürregiment hofft man den Streik in kurzer Zeit zu unterdrücken.

Berlin und Umgegend.

Arbeitslosenfürsorge eigener Art betreibt die Berliner Viktoriamühle A. G., die zur Erweiterung ihres Betriebes einen größeren Anbau errichtet hat. Das Aufstellen der Maschinen besorgt die Firma in eigener Regie; sie suchte deshalb in Fachzeitschriften für Anfang Januar tüchtige Maschinenmonteure. Die große Arbeitslosigkeit, die gegenwärtig herrscht, ist der Firma bekannt und sie sucht daraus den größtmöglichen Nutzen zu ziehen. Den Mühlenbauern (Holzarbeitern), die sich auf die Inserate melden, stellt die

Dänzerinnen wirklich nichts außer den Händen und diese tanzen auf rätselvolle, geisterhafte Weise auf's tollste umher. Ein richtiges Bild kann man sich freilich nach den Angaben der Pariser Blätter von diesem merkwürdigen „Handtanz“ nicht machen.

Notizen.

- Die Beschlagnahme von Künstlerkarten, die mit Eifer gepflegt wird, hat nun endlich den Senat der Akademie der Künste auf die Beine gebracht. Er protestiert gegen Staatsanwalt und Gerichte, fordert ministeriellen Einspruch und tritt dafür ein, daß bei Aktionen dieser Art künstlerische Sachverständige hinzugezogen werden. Als ob die den Inzuntzägern imponieren könnten.
- Kunstchronik. Für Februar wird eine umfassende Ausstellung der Werke Runachs im Kunstsalon Gurliitt angekündigt.
- Ein neuer Verlust der Berliner Universität. Der Philosoph Georg Simmel, der seit einem Vierteljahrhundert in Berlin leht, hat den Ruf an die Straßburger Universität angenommen.
- Kunstabend. Eise Lasler-Schüler liest am 19. Januar, abends 8 Uhr, bei Paul Caffier Neues aus ihren Dichtungen vor.
- Der Dresdener Theaterstaud. Der jähre Hinandruck des Direktors René vom Dresdener Albert-Theater hat sich in Prozeßverhandlungen, Versammlungen und Preschlundgebungen, die inzwischen stattgefunden haben, als eine Bergewaltung entpuppt und hat der Deffentlichkeit außerdem gelehrt, wie bei derlei Gründungen, die, wie gesagt wird, im Interesse der Kunstpflege geschieden, materieller Vereicherungsdrang mit Erfolg große Geschäfte macht. Jetzt hat sogar der Vorsitzende des Aufsichtsrats mit Namensnennung behauptet, die Dresdener Presse habe sich bestechen lassen. Eine Strafanzeige der bürgerlichen Zeitungen, die dabei in Betracht kommen, wird den Deckel von dem elbflorientinischen Sumpfstopf troß noch um ein weiteres abgeben.
- Die älteste Schauspielerin Europas. In Kopenhagen starb die am 21. Januar 1816 geborene Frau Louise Hyster, die älteste Schauspielerin Dänemarks und Europas, die seit 1835 bis heute herauf der Bühne als aktive Darstellerin angehörte. Sie hat die Dichter Oehlenschläger und Andersen und den Bildhauer Thorwaldsen, diese Künstlerpersönlichkeiten vorwärtlicher Zeit, von Angesicht zu Angesicht gekannt. Die Gestalten des Komödiendichters Holberg nahmen in ihrer Lebensarbeit einen begünstigten Platz ein: in 89 Holberg-Rollen trat sie mehr als tausendmal auf.
- Michael Dengg, der Bauernschauspieler aus dem Kreise der Schliersee, ist fünfzigjährig in München gestorben. Ehe er zur Bühne ging, war er Hausknecht.
- Der Zoologe Eshernichew, der im Jahre 1895 Nowaja Semlja durchquert hat, ist in Petersburg gestorben.
- Sarah Bernhards Zugendpreis. Die französische Tragödin Sarah Bernhardt hat das seit langem erscheinende Kreuz der Ehrenlegion erhalten. Der Ordensrat hat ihr die Auszeichnung bisher vorenthalten, weil er an dem Liebesleben der Künstlerin tugendhaft Anstoß nahm. Aber nun ist sie über die Stützigh hinaus und mit der Jugend kam endlich die Sehnsucht siegen und die Prüderie beruhigt zustimmen.

Kleines Feuilleton.

Ernst Moriz Arndt über Jabern. Das Jubiläumsjahr 1913 ist soeben erst ins Grab gesunken, und noch klingen und die Ohren von den tönenden Reden, die in der bürgerlichen Welt den Felden von 1813 gewidmet wurden. Unter denen, die besonders warm gepriesen wurden, befand sich auch Ernst Moriz Arndt. Vielleicht also darf dieser warmherzige und wadere Mann noch aus dem Grabe heraus seine Meinung über den Staudal in Jabern sagen? Hier ist sie:

Im dreizehnten Kapitel des „Kurzen Katechismus für deutsche Soldaten“, den er 1813 in geistiger Fühlung mit Stein herausgab, heißt es:

„Zu der Zeit, als unsere Vorfahren am freiesten und glücklichsten lebten, taten die Ritter und Männer des Volkes, welche den Waffen ihr Leben weiheten, das Gelübde der Armut, Keuschheit und Demut. . . . Als aber die Soldaten dieses vergaßen und nicht mehr wußten, daß der Mensch sein Vaterland und sein Volk und Freiheit und Gerechtigkeit immer im Herzen haben soll, als sie zu seelenlosen Spielpuppen der Fürsten und zu blinden und willenlosen Werkzeugen der Willkür und Gewalt erniedrigt wurden, da haben sie sich oft eingebildet und aufgeführt, als seien sie über allen ihren Mitbürgern, und als seien die Bürger und Bauern eines Landes niedrigere Geschöpfe und nur zum Vorkommen und zur Verhöhnung geboren. Trotz, Hoffart, Lebermut, hohe und laute Worte und schlechte und gewaltsame Taten sind von Soldaten leider oft gesehen und gehört worden. Dies aber ist durchaus unwürdig und schändlich. . . .“

Nicht gegen den friedlichen Bürger und Bauern soll der Soldat feurig, trotzig und wild sein; wann der Feind naht, dann hat er Gelegenheit zu zeigen, wie feurig ungestüm und gewaltig er sein kann. Das aber stehet dem Tapferen übel und entehret das Eisen, das ein Mann an den Hüften trägt! —

In der veränderten Fassung, die der „Katechismus“ 1813 erhielt, heißt es dann noch von den entarteten Soldaten: „Freiheit und Gerechtigkeit hieß ihnen oft nur, was der Herr befahl, und die großen Heiligthümer eines edlen Menschen, Volk und Vaterland, stellten sie tief unter das prunkende Ding, das sie Soldatenshre nannten.“

It ist nicht sonderbar, daß dieses dreizehnte Kapitel aus der Feder eines Mannes von 1813 im Jahre 1913 offenbar so ganz vergesen worden ist?

Fichte-Denkmal. Berlin, Fichtes letzter Wohnort, hat des taddrängenden Volkdenkers mehrere Erinnerungen gewidmet: einen Grabstein auf dem Friedhof in der Chausseestrasse, eine Hausstafel, eine Säule, eine Straße, einen Bergbügel. Aber das alles bleibt in der Millionenstadt für Unzählige unsichtbar. Das beste Denkmal, das unsere neue Gegenwart setzt, geht über das Leuzerische, das Erz und Stein geben können, hinaus. Es ist ein Buch, das vor einigen Jahren in der vom Verlag Eugen Diederichs in Jena herausgegebenen Sammlung „Erzieher zu deutscher Bildung“ erschien und unter dem Titel „Ein Evan-

gelium der Freiheit“ Lebendiges aus Fichtes Schriften so zusammenstellt, daß Art und Ziel des Denkers und Kämpfers neuwendend deutlich werden. Was Nieß hat dieses echte Denkmal geschaffen. Es kostet 3 M., gehört in die Arbeiterbibliotheken und sei all denen genannt, die den nahenden Fichte-Gedenktag im Geiste Fichtes feiern wollen.

Die Märtyrer der Flugkunst. Ein neues Werk über die Märtyrer der Flugkunst, das Roger Dégagnat in diesen Tagen in Paris erschießen läßt, gibt einen Ueberblick über das Verhältniß der tödlichen Unfälle in der Flugkunst zu der Gesamtzahl der Flieger und der mit Flugzeugen zurückgelegten Entfernungen. Daß die Zahl der Opfer seit 1908 mit jedem Jahre zugenommen hat, erklärt sich durch das gewaltige Anwachsen der Zahl der Flieger. Eine genauere statistische Betrachtung zeigt, daß trotz der Zunahme der absoluten Todesziffern die Zahl der Unfälle im Verhältnis zu den zurückgelegten Kilometern in erstaunlichem Maße zurückgegangen ist, mit anderen Worten: daß die Flugkunst in Richtung auf Sicherheit und Verminderung der Gefahr Fortschritte zu verzeichnen hat. Von dieser Entwicklung gibt die nachstehende Tabelle ein genaues Bild:

Table with 4 columns: Jahr, Flieger, Zurückgelegte Kilometer, Tödliche Unglücksfälle. Data rows for years 1908, 1909, 1910, 1911, 1912.

Es entfallen somit je ein tödlicher Unglücksfall: im Jahre 1908 auf 1600 im Fluge zurückgelegte Kilometer, 1909 auf 15 000 Kilometer, 1910 auf 33 000 Kilometer, 1911 auf 47 000 Kilometer und 1912 entfällt je ein tödlicher Unglücksfall auf 140 000 Kilometer. Auch wenn wir das Jahr 1908 als ein Jahr der ersten Versuche beiseite lassen, ergibt sich, daß von 1909-1912 sich die Sicherheit des Fluges nahezu verzehnfacht hat: und dabei wird man berücksichtigen müssen, daß die Kühnheit und die Verwegenheit der Flieger sich in immer wachsendem Maße Elementargewalten aussetzte, die in den ersten Jahren vermieden werden mußten.

Man hat Hochgebirge überflogen, hat Binden getroht, bei denen man früher den Aufstieg überhaupt unterlassen hätte. Noch 1909 betrug die Entfernung, auf die durchschnittlich ein Todesfall entfiel, etwa ein Viertel des Erdumfanges; 1911 ist die Entfernung bereits auf den ganzen Erdumfang gewachsen, und 1912 erreicht sie den dreifachen Erdumfang. Nicht weniger günstig liegen die Verhältnisse bei der Militärflugkunst, obgleich hier infolge der Geheimhaltung der Fliegeranzahl und der zurückgelegten Entfernungen genaue Ziffern nicht angegeben sind.

Der Handtanz. Loie Fuller, die Schöpferin des Serpentinanzes, tritt gegenwärtig mit ihren Schillerinnen in Paris auf und hat bei dieser Gelegenheit einen funkelnelagelneuen Tanz vorgeführt, dessen merkwürdigster Teil wohl als „Handtanz“ zu bezeichnen ist. Der ganze Tanz stellt eine Art Walspurgenacht dar; er wird ausgeführt zu einer Musik von Russorgeln, der Nacht auf dem kalten Berge“. Die Vorführung beginnt damit, daß die Fuller-Schülerinnen, ganz junge Tänzerinnen, eine Art Gegenabbath unter den merkwürdigsten Beleuchtungswirkungen zu der satanischen Musik des Russen vorköhren; danach tritt Stille und Friede ein, und nun kommt der rätselhafte Handtanz, bei dem, ganz wie im Märchen,



Berliner Viktoriamühle eine Abschrift ihrer „Montagebedingungen“ zu, die sich gewaschen haben. In diesen Bedingungen heißt es: „Es wird vollkommene Gesundheit verlangt.“ Bei der Viktoriamühle muß täglich zugelangt werden, da können natürlich nur vollkräftige Arbeiter gebraucht werden.

Zu Ziffer 2 der Montagebedingungen wird gesagt: „Der Monteur hat vollkommenes, gutes, eigenes, tadelloses Werkzeug zu stellen und für den Transport desselben selbst zu sorgen und zwar auf eigene Kosten.“

Gutes Werkzeug ist natürlich Voraussetzung für gute Arbeit. Eigentlich würde aber die Bestellung des Werkzeuges dem Unternehmer obliegen. Wenn ihm aber schon das Werkzeug von den Arbeitern zur Verfügung gestellt wird, dann wäre die Übernahme der Transportkosten durch den Unternehmer nicht unbillig. Bei solchen schlechten Zeiten gibt es aber der Arbeiter so viele, weshalb soll sich die reiche Aktiengesellschaft unnötige Kosten aufladen?

Die Festsetzung der Arbeitszeit ist ebenfalls von der Absicht diktiert, möglichst viel aus den Arbeitern herauszuquetschen. Die wöchentliche Arbeitszeit ist nach dem Tarifvertrag für die Berliner Holzindustrie, zu welchem auch das Mühlenbauergewerbe gehört, auf 51 Stunden festgesetzt. Die Viktoriamühle schreibt eine Arbeitszeit von zehn Stunden täglich, also wöchentlich 60 Stunden vor, wobei der Arbeitgeber das Recht aufweist, länger oder kürzer arbeiten zu lassen.“ Diese Bestimmung läßt darauf schließen, daß beabsichtigt ist, über die täglichen zehn Stunden hinaus noch fleißig Leberstunden machen zu lassen. Vorsorglich bestimmt aber Ziffer 4 der Bedingungen:

„Leberstunden und Sonntagsarbeit wird nicht höher bezahlt, als die normalen Stunden.“

Die Viktoriamühle scheint von vornherein daran gezweifelt zu haben, daß Berliner Arbeiter ihre Bedingungen schmachtlich finden werden. Sie reflektiert auf auswärtige Arbeiter; sie sollen ihr aber nicht viel kosten. Zu Ziffer 5 der Montagebedingungen wird bestimmt:

„An Spesen wird vergütet nur das Jahrgeld 8. Klasse und zwar lediglich die Herrreise mit der Rückgabe, daß die Vergütung nach vollendeter Montage gewährt wird, oder wenn das Dienstverhältnis ohne Verschulden oder ohne Veranlassung des Arbeitnehmers vor Beendigung der Montage seine Auflösung findet.“

Das heißt in gut Deutsch übersetzt: auch die Vergütung der Fahrkosten für die Herrreise hängt ganz von dem guten Willen des Unternehmers ab.

Ueber die Lohnhöhe enthalten die Montagebedingungen erklärlicherweise keine Angaben; einem Arbeiter, der sich persönlich danach erkundigt, wurde ein Stundenlohn von 70 Pf. in Aussicht gestellt. Bei einer normalen Arbeitszeit von zehn Stunden täglich und einer Menge Leberstunden und Sonntagsarbeit gibt das einen schönen Wagen Geld. Aber trotzdem hatte der Befestende keine Reizung, die „glänzenden“ Montagebedingungen der Berliner Viktoriamühle zu akzeptieren. So dürfte es aber noch vielen anderer Arbeiter gehen, die geregelte Arbeitsverhältnisse gewohnt sind. Gewisse Moralisten werden daraus Anlaß nehmen, sich über die Schlechtigkeit der Arbeiter zu entsetzen, die eine öffentliche Arbeitslosenfürsorge fordern, sich aber weigern, „lohnende“ Arbeit anzunehmen. Wer aber tiefer blickt, wird den Arbeitern Anerkennung sollen, die auch unter unangünstigen Verhältnissen nicht zu einer Verleugung der Arbeitsbedingungen die Hand bieten wollen und der Sorte Arbeitslosenfürsorge, wie sie von Unternehmungen von der Art der Berliner Viktoriamühle betrieben werden, die rechte Würdigung zuteil werden lassen.

## Deutsches Reich.

### Bauarbeiterausperrung.

Der Arbeitgeberverband in Coswig (Sachlitz), der von dem Großfabrikanten Lederbogen dirigiert wird und dem auch die Bauunternehmer angehören, hat dem Zweigverein Coswig des Deutschen Bauarbeiterverbandes einen Tarifvertrag überreicht und um die Erklärung erlucht, ob die Bestimmungen von der Organisation anerkannt werden. Auf die Mitteilung der örtlichen Bauarbeiterorganisation, daß man bereit sei, in Verhandlungen einzutreten, hat der Arbeitgeberverband geantwortet, daß weitere Zugeständnisse nicht gemacht werden und gemeinschaftliche Verhandlungen nicht stattfinden, und wenn nicht bis zum 14. Januar die Anerkennung des vorgelegten Tarifvertrages erfolgt, würden am 15. Januar sämtliche organisierte Bauarbeiter ausgesperrt.

Der Vertrag in Coswig ist bereits im Oktober v. J. abgelaufen. Schon damals entstanden Differenzen wegen der Annahme der Unternehmervorlage, in der außer der Lohnerhöhung, die hinter dem, was der allgemeine Schiedsspruch im Mai v. J. den Bauarbeitern gebracht hat, zurückbleibt, noch Zugeständnisse, sondern Verschärfungen enthalten sind. Auch damals drohte der Unternehmerverband mit einer Aussperrung, die aber im Anfangsstadium nach Entlassung von ca. 10 Arbeitern in einem Geschäft steden blieb und nach einigen Tagen überhaupt rückgängig gemacht wurde. Jetzt, wo die Bauarbeiten beendet sein dürften und auch auf Grund der Witterungsverhältnisse überhaupt nicht gearbeitet werden kann, hat der Arbeitgeberverband es leicht, die angekündigte „Ausperrung“ zu vollziehen. Aber er soll sich nicht täuschen, wenn er meint, nun einfach dekretieren zu können, ohne die Bauarbeiter mitreden zu lassen, zu welchen Bedingungen sie ihre Arbeitskraft verkaufen sollen. Die Bauarbeiter lassen sich so etwas auch im Winter nicht bieten.

Da in der Drohung ausgesprochen wird, daß sämtliche organisierte Arbeiter ausgesperrt werden sollen, so steht zu erwarten, daß der Arbeitgeberverband in Coswig nach unorganisierten Arbeitern suchen wird. Es ist deshalb Obacht zu geben auf die Anwerbungsstellen der Streikbrecheragenten.

### Schneidige „Herren im Hause“.

Die Möbeltransportarbeiter in Braunschw. beauftragten ihren Organisationsleiter vom Transportarbeiterverband, Verhandlungen mit dem Verein Braunschw. Möbeltransporteure wegen Abschließung eines Tarifvertrages in die Wege zu leiten, was durch eine höfliche Zuschrift an den Verein geschah. Aber da kam der Transportarbeiterverband schon an. Er erhielt das folgende originelle Antwortschreiben:

„Wir bedauern den Empfang Ihres Schreibens vom 12. cr. sowie des Entwurfes eines Tarifvertrages und haben einstimmig beschlossen, mit Ihnen in nähere Verhandlungen nicht einzutreten. Die Gründe hierzu sind folgende:

Die bei unseren Mitgliedern beschäftigten Väter und Möbelträger werden ihrer Arbeit entsprechend nach den heutigen Zeitverhältnissen gut bezahlt und liegt keine Veranlassung vor, durch Ihre unerbittliche (1) Vermittlung irgend eine Minderung eintreten zu lassen. Wir verstehen überhaupt nicht, wie Sie dazu kommen, unsere treuen Arbeiter beschuldigen und in deren Reihen durch Ihren unberechtigten Druck Unzufriedenheit heraufzubeschwören wollen. (2) Unsere Mitglieder haben es sich stets zur ersten Aufgabe gemacht, berechtigten Wünschen ihrer Arbeiter wohlwollend entgegen zu kommen und dadurch die Liebe zur Arbeit gefördert. Terroristischen Eingriffen, noch dazu von Personen, die von dem Möbeltransporte nichts verstehen, müssen wir mit aller Entschiedenheit entgegengetreten.

Wollen Sie daher unsere Arbeiter in Ruhe und Bestürmen Sie sich nicht um Angelegenheiten, die jeder Arbeitgeber mit seinen Arbeitern selbst abzumachen hat. Wir werden uns von Ihnen, wo Sie uns vollständig fremd gegenüberstehen, keine Vorschriften machen lassen. Wir stellen es Ihnen aber anheim, diejenigen Väter und Möbelträger, welche sich Ihren Anschuldigungen anschließen sollten, selbst zu bestrafen und nicht deren Äußerung unter Verächtlichmachung der gesetzlichen Verpflichtungen nicht im Wege.

Sollten sich daher arbeitsscheue (3) oder nicht ordnungsliebende Möbelträger an Sie wenden, so können Sie solche mit Ruhe zu sich heranziehen, wir geben sie Ihnen frei und verlieren nichts an ihnen.

Höre an die einzelnen Mitglieder noch gerichteten Anschreiben! sind hierdurch erledigt und erfolgt, soweit eine Beantwortung nicht schon geschehen, keine Antwort darauf.

Verein Braunschw. Möbeltransporteure.

Der Vorstand:

H. Homilius, Hans Winter, Karl Grobe,  
Vorstandsleiter, Schriftführer, Kassierer.

Das war gut gegeben! Der Vorsitzende Homilius ist Kriegervereinssprecher, er hat schon mehrfach seine wunderlichen Anschuldigungen über die Rechte der Arbeiter zum besten gegeben. Er ist einer der schlimmsten Feinde des Koalitionsrechts der Arbeiter. Die schwerarbeitenden Möbeltransportarbeiter als arbeitsscheu zu bezeichnen, kennzeichnet die Herren Vernegrove vom Verein der Möbeltransporteure besser als es irgend eine Kritik vermag. Beweist aber nicht auch dieses Schreiben der Unternehmer aufs schlagendste, wie notwendig ein Schutz des Koalitionsrechts der Arbeiter gegen die strapulose Willkür des Unternehmertums ist? ...

## Der Kölner Polizeiprozess.

Am Schlusse seines fast zweistündigen Plaidoyers beantragt Verteidiger Dr. Mery die Freisprechung Sollmanns. Mit scharfer Logik ging dann Rechtsanwalt Wolfgang Heine der Anklage zu Leibe. Ganz anders als Sollmann sind es, gegen die sich dieser Prozeß richtet. Unter den höheren Beamten, die der Anklage im Auge hatte, hat Herr Kaub eine besonders große Rolle gespielt; er hat nicht nur selbst die Ordensverleihungen vorgeschlagen, sondern selbst einen päpstlichen Orden erhalten (Heiligkeit). Sicher ist der Polizeipräsident im höheren Sinne für das Geschehene verantwortlich. Freilich, hätte man gewußt, was hier herauskommen würde, hätte man sich doch wohl noch anders überlegt. Heine schließt daran eine scharfe Kritik der Argumente des Staatsanwalts. Der Ausdruck „Wachschiff“ war hier wirklich noch ein recht milder Ausdruck; es war etwas faul, sehr faul in der Seele Dänemark. Dem Angeklagten steht der Schutz des § 193 zur Seite; auch formale Verleumdungen liegen nicht vor. In längeren juristischen Ausführungen wendet sich dann der Verteidiger gegen das Geschickswesen, das juristisch durchaus nicht fundiert ist; nicht einzelnen, sondern der Allgemeinheit haben die Beamten zu dienen, die durch Geschenke in Abhängigkeit auch bei ihren dienstlichen Funktionen geraten. Besonders die Geschenke an die Kriminalbeamten müssen zur Korruption führen, wenn auch den Beamten selbst kein Vorwurf zu machen ist. Der Verteidiger geht dann noch einmal die einzelnen Fälle durch und stellt die Frage: „Von alledem habe der Polizeipräsident nichts gewußt!“ Nach diesem Ergebnis der Beweisaufnahme müsse der Angeklagte freigesprochen werden. Das Urteil wird am Sonnabend verkündet.

## Noch etwas von Marx-Engels und den Gründern des Züricher „Sozialdemokrat“.

In seinem Artikel „Zur Entstehungsgeschichte des Züricher „Sozialdemokrat“ („Vorwärts“ vom 5. Januar, Beilage) schreibt Genosse A., nachdem er einige mit Ausführungen gegen Karl Höpfer, Karl Schramm und mich gepöbelte Briefe Karl Marx' an F. A. Sorge aus dem Jahre 1870 zitiert hat:

„Alles das ist schon längst veröffentlicht, und Genosse Bernstein konnte es schon längst widerlegen.“

Vorher hatte A. hinsichtlich seiner von mir im „Vorwärts“ vom 20. Dezember als irrig bezeichneten Angaben geschrieben, es sei

„wirklich zu bedauern, daß er (Bernstein) bis jetzt noch keine Zeit gefunden hat, die bis jetzt verbreiteten „irrigen Angaben“ zu widerlegen.“

A. befindet sich im Irrtum. Die erwähnten Angaben sind dem Buch „Briefe von Karl Marx, Fr. Engels usw. an F. A. Sorge“ entnommen, eine Sammelchrift, die Ende 1906 herauskam. Im Jahrgang 1907 der „Sozialistischen Monatshefte“ ist dieses Buch von mir in einem besonderen Artikel besprochen und dabei auch das Thema behandelt worden, auf das sich A.'s Angaben beziehen: der Konflikt bei Gründung des Züricher „Sozialdemokrat“. Da der Artikel überschieden ist „Von Marx-Engels und ihrem Kreise“ („Soz. Monatshefte“, Jahrgang 1907, S. 516 ff.) darf ich es etwas sonderbar finden, daß er dem strengsten aller Marx-Philologen völlig entgangen ist. Uebrigens hatte ich mich auch anderwärts schon über das Thema geäußert.

Wenden wir jedoch bei jenem Artikel. Dort konnte A. lesen:

„Auch die Briefe von Marx-Engels an Sorge über die Gründung und die Gründer des Züricher „Sozialdemokrat“ sind voller Irrtümer.“ Das war, denke ich, deutlich genug gesprochen. Das Urteil wurde sodann generell begründet und unter anderem gezeigt, daß Marx und Engels hinsichtlich der Motive, welche Höpfer, Schramm und mich bei den Verhandlungen über die Besetzung der Redaktion des „Sozialdemokrat“ befehlten, „auf völlig falscher Fährte“ waren. Für diese Stelle waren der verstorbenen Genosse Karl Hirsch und Genosse Georg Volmar in Aussicht genommen und gemäß dem Wunsch der Parteileitung hatten wir zuerst mit Hirsch Verhandlungen angeknüpft, die sich aber zerschlugen, weil er Bürgerchaften und Rechte verlangte, die wir ihm weder zugestehen konnten noch wollten. Hirsch, der mit Marx und Engels in Verbindung stand, hatte sich im Laufe der Verhandlungen hinter diese gestellt und sie gegen uns Züricher — sagen wir — scharf gemacht.

Zu was für Abschwächungen er sich dabei verließ, dafür liefert ein Beispiel der jüngst im Marx-Engels-Briefwechsel veröffentlichte Brief von Marx an Engels vom 28. August 1870. Da heißt es mit Bezug auf den verstorbenen Genossen Karl Lüber: „Andererseits arbeitet der Herr Lüber unter der Inspiration des Herrn Bernstein.“ Da Marx weder Lüber noch mich kannte, konnte er das nur von Hirsch haben, der uns beide kannte.

Nun wohnte Lüber damals, durch gänzliche Lähmung der Beine an das Haus gelehrt, hoch am Zürichberg, im oberen Teil der Gemeinde Hüntern, ich dagegen unten in der Stadt nahe dem See. Lüber war ein Mann in den Vierzigern, ich noch nicht über die Zwanziger hinaus. Lüber hatte schon eine längere Laufbahn als Journalist und Schriftsteller hinter sich, hatte unter anderem schon seit den sechziger Jahren leitende Redakteurstellen inne gehabt, ich aber war in Punkt Schriftsteller ein noch „gänzlich unbekanntes Blatt“. Welche Ungereimtheit da, daß ich dieses Schriftstellers „Inspirator“ sein sollte.

Die Sache ist eben die, daß Hirsch, in jenem Zeitpunkt die treibende Kraft im Konflikt zwischen London und Zürich, sobald er sich verlegt glaubte, in Personenfragen die blühendste Quantität entfallen konnte. Es wird mir schwer, einem Verstorbenen, der der Partei wertvolle Dienste geleistet hat, das nachzusagen. Aber da Hirsch Rolle als Gewährsmann in Frage kommt, läßt es sich nicht umgehen. Zudem haben Marx und Engels später ähnlich geurteilt. Als einige Jahre nach jenen Vorgängen die Pariser „Egalité“ einen Angriff auf mich als Redakteur des „Sozialdemokrat“ brachte, schrieb mir unterm 6. Januar 1882 Fr. Engels in seinem und Marx' Namen, daß dieser Angriff Hirsch zum Verfasser habe und nannte Hirsch ironisch „den bekannsten Todfeind alles, was Zürichisch“ ist. Hirsch habe

„es nicht lassen können, auf diese Weise sein Mißvergnügen darüber auszudrücken, daß der „Sozialdemokrat“ besteht und die „Egalité“ nicht. Zun Sie und der Sache den Gefallen, keine Notiz davon zu nehmen. Wenn es sich wiederholt, werden wir dem Ding sofort ein Ende machen. Wir im Gegenteil haben uns getraut.“

Das Folgende geht auf eine Handlung von mir und kann hier unberührt bleiben. —

Auch Viechtach, der treueste Freund, den Hirsch in der Partei hatte, brühte sich in einem vom 1. September 1870 datierten Brief an Marx überaus scharf über dessen damaliges Verhalten aus. Er wußte ihn unter anderem vor „Komödie gespielt“ zu haben.

Kurz, Marx und Engels waren im Sommer 1870 über uns „Zürcher“ in verschiedener Hinsicht falsch unterrichtet und mußten daher auch den verhängnisvollen Jahrbuchartikel schlimmer auffassen, als die Umstände rechtfertigen. Bewußt hatten außer ihnen auch Bedel, Viechtach, Volmar an dem Artikel anzuhängen. Ich habe das selbst festgestellt und konnte die Liste noch verlängern. Aber damit ist nicht gesagt, daß diese anderen nun auch daselbe aus dem Artikel herauslesen, wie Marx und Engels. Sie tabeln Einzelheiten, wo die beiden Londoner dem Artikel die Bedeutung eines Programms der drei von ihnen vermuteten Verfasser beilegen, was er ganz und gar nicht war. Der Artikel hat eine ganz eigentümliche Entstehungsgeschichte, die nicht ohne ihre humoristische Seite ist. Sie mag hier unerörtert bleiben. Hier nur so viel, daß, wenn Genosse A. mir gegenüber die Urteile von Marx und Engels über die Tendenzen des Artikels zusammenwirft mit den Urteilen derjenigen Parteigenossen über ihn, welche die Verfasser konnten, er denselben Vorstoß gegen die Logik begeht, dessen er sich schuldig machte, als er in seinem ersten Artikel Vorgänge, die im Sommer 1870 spielten, unermittelt mit der über ein Jahr später erfolgten Reise von Bedel und mir nach London in Beziehung setzte. In der zwischen jenen Vorgängen und der Reise verflochtenen Zeit war aber sehr viel passiert, was die Situation geändert hatte. Ich habe das in meinem vorigen Artikel nachgewiesen, und wenn der Genosse A. mir gegenüber ehrlich verfahren wollte, hätte er wenigstens dies eine rückhaltlos einräumen müssen. Statt dessen sieht er, um mich mit mir selbst in Widerspruch zu setzen, ein Sammelurteil von Zitate auf, von dem er sich selbst sagen mußte, daß es das nicht beweist, was die Zitate anscheinend bezeugen.

Es wäre gewiß angezeigt, einmal eine lückenlose Darstellung der Gründung und Geschichte des Züricher „Sozialdemokrat“ zu veröffentlichen. Denn eine wichtige Phase der geistigen Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie findet ein gutes Stück Beleuchtung durch Auseinandersetzungen, die sich im „Sozialdemokrat“ und im internen Kreise der an ihm beteiligten Personen abgepielt haben. Und wenn etwas dazu beitragen könnte, mich zu dieser Arbeit zu bewegen, sind es solche, auf lückenhafte Berichte gegründeten Darstellungen, wie die des Genossen A.

Genosse Bernstein erwähnt jetzt die, wie er angibt, auf Drängen von ihm im Sommer 1870 erfolgte Reise Höpfers nach London — schreibt Genosse A. „Jetzt“ — „wie er angibt“ — das sieht verdammt nach Angewiesung der Wahrheit meiner Mitteilung aus.

Nun habe ich erstens diese Sache nicht erst „jetzt“, sondern u. a. schon in dem oben erwähnten Aufsatz von 1907 mitgeteilt. Zweitens sollen einige Briefe aus jener Zeit sprechen.

Am 7. September 1870 schreibt Karl Höpfer aus Scheveningen an mich:

„Heute kann ich Ihnen nun mitteilen, daß ich übermorgen hier abreisen werde. Ich gehe über Amsterdam nach Brüssel. Von dort ab vielleicht nach London oder nach Paris. Mit London hat es eine eigentümliche Bewandnis. Ich sehe mich entschieden Unannehmlichkeiten aus, aber da Sie so drängen und wirklich viel dafür spricht, so werde ich wahrscheinlich hingehen. Morgen treffe ich meine Entscheidung. Marx ist aber übrigens nicht dort und Hirsch behauptet, daß er selbst verreise. Vielleicht verreise ich daher die Reise noch um einige Wochen.“

Die Reise fand indes doch früher statt und Höpfer traf in London nur Friedrich Engels an. Ueber den Besuch bei ihm schrieb er mir am 13. September 1870:

„Bei Engels war ich 1 oder 1½ Stunden und hatte eine sehr lebhaft Auseinandersetzung mit ihm, die aber zu keiner Verständigung führte. (Von Höpfer unterstrichen) ... Näheres mündlich, für heute nur soviel, daß er mit dem Artikel „Aphorismen“ nicht einverstanden ist und sogar eine öffentliche Erklärung von Marx und ihm in Aussicht stellte, wenn diese Ansichten um sich griffen. Besonders einige Stellen von Schramm, die wirklich auch etwas unendlich sind, haben es ihm angetan.“

„Aphorismen“ war der vielberufene Jahrbuchartikel bezeichnet, was gleichfalls erkennen läßt, daß er kein Programm sein sollte. Das Wort wurde gewählt, weil jeder der an dem Artikel beteiligten Verfasser — ich kann hier A. vertaten, daß es ihrer mehr waren, als er ahnt — nur für das verantwortlich sein wollte, was er selbst geschrieben. In einem Brief aus Paris vom 18. September 1870 kommt Höpfer auf den Besuch bei Engels zurück und schreibt:

„Ein modus vivendi mit den Londoner Aposteln ist nicht vereinbart. Engels meinte, wir könnten persönlich Freunde bleiben, wenn wir auch in der Politik nicht zusammen gehen; es ist ihm nämlich nicht angenehm, daß ich Sozialist bin, er möchte mir gern etwas „Bürgerliches“ anhängen. Bei Marx hätte ich mich ganz sicher Unannehmlichkeiten angeheißt. Ich habe jetzt diesen Versuch sowieso nur mit Widerstreben, wie Sie wissen, gemacht.“

Soweit Höpfer. Man sieht, wie falsch Marx berichtet war, als er in dem von A. zitierten Brief an Sorge schrieb: „Unter dem sam Höpfer her, um uns zu tödnen“. Auch die von mir zurückgewiesene Marxsche Ansicht, daß Höpfer die proletarische Umgestaltung „eigentlich nur von gebildeten Bourgeois i. e. seinesgleichen“ erwarte, erfährt hier schon indirekt Ablehnung.

Hinsichtlich der damaligen Stellung meiner Meinung nur ein Stück aus einem Brief von mir an B. Viechtach vom 23. August 1870 über die in jenem Zeitpunkt auf die Spitze getriebene Vernehmungsbearbeitung Karl Hirsch:

„Sie können sich gar nicht denken, wie unangenehm gerade mir die ganze Sache ist. Ich habe mich seit längerer Zeit bemüht, Höpfer den Londonern näher zu bringen; es war das für mich um so schwieriger, als ich selbst ja den Londonern unbekannt oder gar als unisteterer Stantionist benannt war. Dennoch war die Sache im besten Gange, da kommt die Zwischenvermittlung Hirsch's, und ich stehe wieder dort, wo ich anfang.“

Dies und die zitierten Briefe Höpfer's sind im Sommer 1870 geschrieben. Wird Genosse A. die Dinge nun noch so hinhalten wollen, als hätte die fünfviertel Jahr spätere Reise nach London für mich ein Damaskus bedeutet? Die Redaktion des „Vorwärts“ für mich ein Damaskus bedeutet? Ich habe aus jenem Artikel Dinge herausgeholt, die nicht darin standen. Ich kann dazu bemerken, daß dies Malheur auch Parteigenossen passiert ist, die der Streiftage durchaus uninteressiert gegenüberstehen, denen seine Pläne ganz neu waren. Aber wie es sich nun auch mit dem Jubelherauslesen verhalten mag, so konnte man jedenfalls eines nicht aus dem Artikel A.'s herauslesen: Die historische Genauigkeit, die jedem sein Recht läßt.

Ed. Bernstein.

Anm. d. Red. So beachtenswert die vorstehenden Ausführungen Gen. Bernsteins sind, möchten wir doch bemerken, daß es sich in den A.-Artikeln nur um die damaligen Auffassungen von Marx und Engels, nicht aber um eine Untersuchung ihrer Berechtigung handelte.

## Stadtverordnetenversammlung.

2. Sitzung vom Donnerstag, den 15. Januar 1914, nachmittags 5 Uhr.

Vorsteher Mischelet eröffnet die Sitzung nach 5½ Uhr. Vor der Sitzung haben sich die Abteilungen konstituiert. Zur Berlesung gelangt ein Schreiben des Berliner Ehrenbürgers Stadtrats Warggraff, der mit Ablauf des Jahres 1913 aus seinem städtischen Amte geschieden ist und dem Dank für die aus diesem Anlaß ihm erwiesenen Ehrungen Ausdruck gibt. In die Gewerbedeputation, Abteilung für Arbeitsnachweis, ist ein Mitglied zu wählen. Vorgeschlagen sind 1. Schriftführer Hugo Rühlberg, Brunnenstr. 20, 2. Holzarbeiter



Mattias Schumacher, Lippewer Straße 30, Leichter wird mit 84 von 86 Stimmen gewählt; zwei Fettel waren unbeschrieben. Die Einheitsfäße für die Eingiehung der Waisenspflegelosten von unterhaltungsbedürftigen Angehörigen sind vom 1. Oktober 1913 ab neu festzusetzen. Sie betragen zurzeit täglich:

für Kinder im 1. Lebensjahre . . . . .	80 Pf.
„ „ „ 2. „ „ „ . . . . .	65 „
„ „ „ von 2-6 Jahren . . . . .	55 „
„ „ „ schulpflichtige Knaben . . . . .	55 „
„ „ „ Mädchen . . . . .	50 „

Für die Einsegnungsanstattung werden 60 M. eingezogen. Vom 1. Oktober d. J. ab soll auf die Dauer von 3 Jahren die Eingiehung nach folgendem Tarif stattfinden:

für Kinder bis zu 1 1/2 Jahren . . . . .	90 Pf.
„ „ „ von 1 1/2-3 „ . . . . .	70 „
„ „ „ 3-6 „ . . . . .	55 „
„ „ „ schulpflichtige Knaben . . . . .	60 „
„ „ „ Mädchen . . . . .	55 „

Für die Einsegnung von Knaben sollen 60, für die Einsegnung von Mädchen 70 M. erhoben werden.

Die Zustimmung wird seitens der Versammlung ohne Debatte erteilt.

Das Dispositionsquantum von 600 000 M. im Ertragsbudgetarium ist für dieses Jahr bereits nahezu aufgebraucht; es soll aus dem über 124 Millionen Mark betragenden Ueberschuss des Jahres 1912 um 200 000 M. verstärkt werden. Die Versammlung ist damit einverstanden.

Auf dem städtischen Schlachthofe, und zwar auf dem zur Aufnahme von Kinderschladthäusern bestimmten Gelände soll für 744 000 M. (Gesamtkosten) der Neubau eines Kinderschladthofes nebst Stall erfolgen, das zunächst zum Schlachten von Schweinen eingerichtet ist. Auch hier wird ohne Diskussion der Magistratsvorschlag gutgeheißen.

Die Gemeinde Treptow beabsichtigt eine höhere Mädchenschule (Gymnasium) zu errichten. Als geeigneter Bauplatz ist das neben dem Rathaus und dem Realgymnasium belegene Grundstück an der Parkstraße von etwa 7000 Quadratmetern auszuweisen. Das Grundstück gehört der Stadt Berlin, welche bei dieser Gelegenheit gleichzeitig zwei weitere Parzellen von 2828 und 1496 Quadratmetern an die Gemeinde Treptow übergeben lassen will, die zur Anlage eines öffentlichen Platzes und zur Verbreiterung der Parkstraße bestimmt sind, obwohl der Bebauungsplan noch nicht feststeht. Treptow hat sich nach längerem Verhandlungen zur Erwerbung auch dieser Flächen bereit erklärt. Für die Fläche von 1496 Quadratmetern soll der Kaufpreis 4 M., für die übrigen Flächen 20 M. pro Quadratmeter betragen.

Stadt. Dr. Kronz (Soz.): Aus den Zeitungen ist zu ersehen gewesen, daß der Magistrat die Herren Oberstadtschreiber und Ratsherren mit der Entwerfung von Bebauungsplänen für unser Treptower Terrain beauftragt hat, allerdings unter der Voraussetzung der Eingemeindung. Ich darf annehmen, daß die Ausarbeitung dieser Pläne auf Grund der Anregungen erfolgt ist, welche die Deputation für die Erschließung des Berliner Grundbesitzes in Treptow gegeben hat. Die Absicht der Deputation ist allerdings dahin gegangen, die Interessen der breiten Masse zu wahren und womöglich auch den Widerstand der Regierung gegen die Eingemeindung zu brechen. Veröffentlichung werden diese beiden Pläne bisher nicht. Eine solche Zurückhaltung scheint mir in diesem Falle nicht angebracht. Ich frage deshalb den Magistrat, ob die Veröffentlichung der Pläne beabsichtigt ist.

Magistratsbauplatz Seifert setzt unter andauernder großer Unruhe der Versammlung, die seine Darlegungen nur ganz unvollkommen zur Tribüne dringen läßt, auseinander, daß die Veröffentlichung etwas Mißliches an sich haben würde, ehe der Magistrat zu den Plänen Stellung genommen habe. Es ließe sich auch dahin, ob mit der Veröffentlichung den „Interessen der breiten Masse“ gedient wäre. Nach unendlich langwierigen Verhandlungen sei die Angelegenheit jetzt so weit, daß der Magistrat in kürzester Frist über den Plan Beschluß fassen werde; es sei zweckmäßig, bis dahin Geduld zu üben. Denjenigen Mitgliedern der Versammlung die sich für die Pläne interessieren, könne eventuell durch Auslegung derselben und durch von einem Ingenieur zu gebende Erläuterungen in der nächsten Woche entgegengekommen werden.

Stadt. Jellitz (A. L.) beantragt Auditschubberatung, um u. a. Auskunft über den niedrigen Verkaufspreis zu erhalten. Stadtrat Kott bittet, die Vorlage schon mit Rücksicht auf das freundschaftliche Verhältnis zu Treptow sofort anzunehmen. Die Versammlung beschließt die Niederlegung eines Ausschusses.

Herr Emil Kapphan in Charlottenburg, Gartenbergstraße 9a, hat der Stadt Berlin ein Kapital von fünf Millionen Mark für die Anlage und Unterhaltung einer Waldschule geschenkt, welche den Namen Kapphansche Waldschulpflichtung der Stadt Berlin führen soll. Dem Stifter soll bis zu seinem Tode vom 1. Juli 1914 ab eine Rente von 180 000 M., der Witwe eine solche von 90 000 M. oder eine Abfindung von 800 000 M. gezahlt werden. Die Waldschule soll mindestens 60 km von Berlin in malerischer Gegend angelegt werden, doch darf auch das Gelände von Vorne für Verwendung finden. Aufgenommen werden sollen nur gesunde Knaben, ob frei oder gegen Bezahlung, darüber soll die Stadt entscheiden. Dem Unterricht soll der Oberrealschullehrplan zugrunde liegen; die Kinder sollen die Schulstunden möglichst im Freien abhalten, auch möglichst im Freien sich aufhalten und schlafen; die Kost soll einfach und gesund sein, ohne Alkohol, Nikotin, Koffein und dergleichen Gifte.

Der Magistrat hat beschlossen, die Stiftung anzunehmen, und ersucht die Versammlung, ihr Einverständnis zu erklären.

Einstimmig erteilt die Versammlung ihre Genehmigung. Vorsitzender Richter: Für diese hochherzige, schöne Stiftung, wie sie nach meiner Erinnerung der Stadt Berlin in dieser Höhe niemals gemacht worden ist, sage ich namens der Versammlung dem Stifter unseren ganz besonderen Dank. Andererseits habe ich das Bedauern darüber auszusprechen, daß dieser Herr, der ursprünglich seinen Namen gar nicht nennen wollte, mit Tausenden von Witzsprüchen von Berufenen und Unberufenen überhäufert worden ist; sogar Invalidentenbriefe sind ihm zugeschickt worden. Daß so etwas einem Geber die Freude am Schenken nehmen kann, liegt wohl auf der Hand; es wäre zu bedauern, wenn er daraus Anlaß nehmen würde, künftig seine Hand verschlossen zu halten. Nachmals sprechen wir ihm unsere besondere Anerkennung aus. (Auffertiger lebhafter Beifall.)

Schluß der öffentlichen Sitzung 3 1/2 Uhr.

## Jugendbewegung.

### Katholische Jugendverblüdung.

Aus d. d. In wird uns geschrieben: In der letzten Nummer der katholischen Jugendzeitung „Die Waage“ ist ein Artikel, der bezeichnend ist für die Aenderungen, mit denen in katholischen Jugendvereinen heranwachsende junge Arbeiter unterhalten werden.

Der Aufsatz schildert den Besuch des heiligen Nikolaus auf einem Jünglingsvereinsabend. Die angehenden jungen Männer haben dem „heiligen Mann“ einen Brief in Versen geschrieben und St. Nikolaus mit der Karte antwortet ihnen darauf:

„Dann habt Ihr in Euerm Briefe noch mehr zu sagen:

Wenn wir gehen über die Strah,  
beschreiben, süß, erzählen uns was,  
gleich heißt es: Junge halt dein Maul!  
Du bist zu laut, zu wild, zu faul.  
Und sagt man ganz beschreiben ein Wort,  
gleich heißt es: Schid dich, mach dich fort!

So? Könt Ihr denn überhaupt beschreiben still über die Straße gehen? Ich habe das noch nie entdecken können. Am vorigen Sonntag noch hatten wir im Himmel ein großes Konzert, am Abend von 7 bis 8 Uhr. Und wie gerade die schönste Stelle war, da hörte man auf einmal von der Erde herauf ein Brüllen und Schreien und Klößen und Pfeifen, daß wir meinten, die ganze Hölle wäre ausgebrochen. Was war das passiert? Da war gerade die Versammlung in Eurem Jünglingsverein zu Ende und Ihr zoget nach Hause; daher kam das Brüllen. Ich glaube, wenn am jüngsten Tag unser Herrgott die Toten auferwecken will, da braucht er garnicht die Engel mit der Säge auszuscheiden; da braucht er nur Euch alle auf einmal loszulassen, Ihr macht schon einen solchen Spektakel, daß die Toten davon schon aufgeweckt werden; da kann keiner weiter schlafen, wenn Ihr daherkommt.

Dann erzählt Ihr da ja rührende Geschichten von Eurem Jünglingsverein:

Der ist unser einziger Trost geblieben!  
Des Sonntags zwischen fünf und sieben  
gehn wir zu unserm eigenen Haus,  
da treibt so leicht uns keiner raus.  
Da wird gespielt und erzählt,  
Bisse gemacht, auch mal frateckt,  
da wird geredet und gelacht,  
da wird manch' feines Spiel gemacht,  
da wird geleien und getungen,  
so sein, als wie von Engelskungen.

Ihr hättet nur gleich dabei sagen können: Da wird radaut und furchtbar ständaliert, da wird auf den Boden gespuckt und über die Bänke gelaufen, da wird die Tür offen gelassen, und da werden die Schuhe vor der Tür nicht abgeputzt, da wird gebalg und gehanen und gejoht und gepiffen. Seht, das hättet Ihr dabei schreiben können. Und hier steht:

Da wird manch' feines Spiel gemacht.

Rein, das muß heißen:

Da wird manch' feines Spiel kaputt gemacht.

Und Ihr schreibt:

Des Heßes Vortrag hör'n wir an  
und denken: was der reden kann.

Das ist auch gar nicht wahr. Mancher wenigstens denkt bei dem Vortrag im Herzen: Hört der noch nicht bald auf? Ich bin es fett!

Im Sommer ziehn wir durch Wald und Feld,  
bewundern Gottes schöne Welt,  
und singen lustige Wanderlieder,  
und stärken unsere jungen Glieder!

Ah ja, da sind ja diese schrecklichen Ausfälle des Vereins! Immer, wenn Ihr loszieht, dann sagt unser Herrgott zu den Engeln, sie sollten extra viel Weihrauch in ihr Zigarettenfach einlegen, damit man den schrecklichen Zigarettenrauch nicht so merkt, der dann immer von der Erde aufsteigt. . . .

Das sind ja prächtige Schilderungen, die hier der heilige Nikolaus — sicher ein guter Kenner — von den Sitten in der katholischen Jugendbewegung entwirft. Mit unseren Beobachtungen so mancher katholischer Jünglingsvereine stimmen sie allerdings überein. Das sagen wir nicht parierhaft, denn auch bei uns ist noch manches zu bessern. Solche Schredensbilder brauchen wir aber von unserer Jugend nicht zu entwerfen. Und wenn wir ihr gar mit so kindlichen Beschäden wie dem heiligen Nikolaus kämen und dann den Unfuss auch noch in die „Arbeiter-Jugend“ setzten, so würde uns der jüngste Bebeling mit Recht herzhaft auslachen.

## Aus Industrie und Handel.

### Der Kampf auf dem Ammoniakmarkt und die chemische Industrie.

Zu dem Artikel in Nr. 12 des „Vormärts“ mit obiger Spitzmarke gehen uns aus Ludwigshafen a. Rh. folgende ergänzende Mitteilungen zu:

Der Kampf um den Markt zwischen „natürlichem“ und „künstlichem“ Ammoniak spielt sich ausschließlich zwischen der Badischen Anilin- und Sodafabrik und den bisherigen Produzenten von schwefelsaurem Ammoniak, den Koleraten, ab. Der Sitz der Firma, die gesamte Verwaltung und sämtliche Betriebsanlagen befinden sich auf bayerischem Boden, in Ludwigshafen a. Rh. Dort entstand auch im letzten Jahre die Anlage für synthetisches Ammoniak, die sich seit zirka acht Monaten im Betrieb befindet. Die Interessengemeinschaft mit den Elberfelder Kahlwerken und der Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation in Treptow bezieht sich, wie ganz richtig bemerkt war, nur auf Lieferungsbedingungen. Ausgleich des Aktienkapitals, und vor allem auf die Wahrung von Betriebsgeheimnissen, zu welchem Zweck Arbeiter und Angestellte genannter Fabriken nur nach vorheriger Verständigung der Fabrikleitungen Beschäftigung finden können. Die Erzeugung von Ammoniak liegt außerhalb der Interessengemeinschaft. Durch die Produktionsaufnahme der Ammoniakbetriebe stieg die Arbeiterzahl der Badischen Anilin- und Sodafabrik rapid. Am Schlusse des Jahres 1911 zählte die Betriebskrankenkasse rund 8800 Mitglieder, am Schlusse 1912 rund 9800 und gegenwärtig über 11 000 Mitglieder. Nach dem Haberischen Verfahren wird der Stickstoff, der durch Verflüssigung der Luft gewonnen wird, unter bedeutender Wärme und hohem Druck an Wasserstoff gebunden und ergibt Ammoniak. Der Betrieb, der erst im Entstehen begriffen ist, birgt außerordentliche Gefahren für die Arbeiter in sich. Die ganze Anlage steht unter hohem Druck, die meisten Apparate bis zu 200 Atmosphären. Dabei sind lange Rohrleitungen bis zu 40 Zentimeter Weite, die unter gleichem Druck stehen. Explosionen ereignen sich fast täglich. Der durch die Explosionen entstehende Materialschaden dürfte in wenigen Monaten die Hunderttausend Mark schon überschritten haben. Neben vielen Verletzungen ist auch schon ein Arbeiterleben zu beklagen. Eine Eingabe der Arbeiter um mehr Arbeiterschutz wurde mit Maßregelungen beantwortet.

Die Ammoniakproduktion wird die Rentabilität dieser Fabrik noch gewaltig steigern. Wer solche Gönner hat, wie die Anilinfabrik, unterliegt auch nicht dem Ansturm der Konkurrenz, selbst wenn diese die Grabenbarone hinter sich hat. Sollte die Vermutung, daß die Anilinfabrik auf die Unterbietung des natürlichen Ammoniaks verzichtet hat, zutreffen, so würde diese Maßregel eine Ausbeutung der Konsumenten darstellen, denn den Hauptanteil am Ammoniak bildet die atmosphärische Luft, die die Anilinfabrik nichts kostet. Die Herstellung selbst dürfte sich nicht teuer stellen, denn es werden jetzt schon, bei nur beschränktem Betrieb täglich 600 bis 700 Zentner Ammoniak herausgebracht. Zu Dünge weiterverarbeiteter bedeutet das mindestens das zehnfache Quantum. Und schon wieder ist ein neues Verfahren erfunden, das die Produktion außerordentlich verdilligen und viele Arbeiter ersparen wird. Wieder wurde der Stickstoff nach dem Haberischen Verfahren, durch Verflüssigung der Luft erzeugt. Dabei wird die Luft in Kompressen verdrückt, die dabei entstehende Wärme durch Kühlung entzogen. Der Vorgang wiederholt sich unter immer höherem Druck, bis die Verflüssigung des Stickstoffs eintritt und der Sauerstoff in Gasform entweicht. Das in der Anilinfabrik erfundene neue Verfahren, das spätestens zum Frühjahr in größerem Umfang in Betrieb genommen wird, trennt Sauerstoff und Stickstoff durch Wärme. Das Verfahren selbst ist Betriebsgeheimnis. Soviel steht aber fest, daß die projektierte Methode, die bereits rentabel ist, wesentlich geringere mechanische Einrichtungen erfordert und an Arbeitskräften bedeutend spart. Daß die Anilinfabrik dann mit

den Preisen heruntergeht, ist kaum zu erwarten. Die wissenschaftlichen Fortschritte und technischen Erfindungen kommen dann einer kleinen Kapitalistischen zugute, während die Arbeiter ungeheuren Gefahren ausgesetzt werden und die Gesamtwirtschaft durch hohe Düngemittelpreise ausgepowert wird.

Der Staatsbankrott Mexikos führte an der gestrigen Börse zu weiteren Kursstürzen der mexikanischen Werte. Die 3prozentige Anleihe (vom Jahre 1898) sank um 10 Proz. auf 74,60 Proz., die 4prozentige Anleihe (vom Jahre 1904) um 2 Proz. auf 65 Proz., die 4 1/2prozentige Bewässerungsanleihe um 7 1/2 Proz. auf 64,75 Proz. Auch die Anleihen der privaten Tehuantepecbahn, die sich vorgestern gehalten hatten, gaben gestern um 2 Proz. nach.

## Soziales.

### Die Krankenversicherung in Oberbarnim.

Necht zerkümmerte Verhältnisse herrschen dem Anschein nach in der Allgemeinen Ortskrankenkasse für den Kreis Oberbarnim, die am 1. Januar ins Leben getreten ist. Bei der Einrichtung der Kasse sind auch Betriebe mit in die Kasse eingegangen, die bis dahin Betriebskassen hatten. Am vorigen Sonnabend sind von der Gestelle der Kasse in Heegermühle Arbeiter und deren Angehörige abgemessen worden, obwohl ihr Anspruch auf Krankengeld zweifellos feststand. Sie sind an den Betriebsinhaber verwiesen worden, in dessen Betrieb sie vor Beginn der Erkrankung beschäftigt waren und für den vorher eine Krankenkasse bestand. Dieser verwies sie wieder zurück, da für ihn mit der Auflösung der Kasse und dem Nebetrieb in die Allgemeine Ortskasse die alten Söhne ihre Erledigung gefunden hätten. Die Kranken sind nun völlig ohne Krankengeld. Des weiteren sind sie aber auch ohne ärztliche Hilfe, da auch die Ärzte die Hilfeleistung ablehnen. Worin dies seinen Grund hat, ist nicht recht ersichtlich. Aus wird dazu von mehreren Seiten gemeldet, daß auch in dieser Kasse noch etwas post festum ein Arztbesuch ausgebrochen sei. Die Ärzte verlangen jetzt die Honorierung nach Einzelleistung mit ganz geringen Ermäßigungen und sind gewillt, ihre Forderungen mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln durchzusetzen. Dadurch scheint die Kasse in eine recht mißliche Lage gekommen zu sein. Durch die Anerkennung dieser Forderung allein würde sich der auf zirka 74 500 M. normierte Voranschlag bei der Kasse bei 8000 bis 9000 Mitgliedern um über das Doppelte verschoben. Die Kranken sind durch diesen Zustand nicht allein ohne ärztliche Hilfe, sie müssen auch der erforderlichen Medikamente entbehren, da auch die Apotheken, wie uns berichtet wird, die Ausfertigung von Rezepten auf Kassenkosten ablehnen, da sie angeblich ebenfalls nicht wissen, wo sie eventuell liquidieren sollen. Der Zustand ist wahrlich ein Hohe auf unsere Sozialgesetzgebung und ein Beweis für den antisozialen Charakter der Reichsversicherungsordnung.

### Aus dem Junkerparadies.

Ein Deputatmann stand längere Zeit im Dienst des Rittergutsbesizers Dr. v. Hehenborn in Löhden bei Vorken. Während der Zeit seines Arbeitsvertrages erhielt der Arbeiter Invalidenterente und sein „Herr“ verlangte, der Arbeiter sollte ihm zwei Drittel der Invalidenterente abtreten. Darauf ging der Deputatmann jedoch nicht ein. Sein Arbeitgeber hatte auch kein Recht, während der Vertragsfrist diese Forderung zu stellen.

Am 1. Juni weigerte sich Herr v. Hehenborn, dem Arbeiter Lohn und Deputat zu geben. Der Deputatmann arbeitete schließlich noch bis zum 11. Juni, dann stellte er die Arbeit ein und ließ auch seine Tochter, die Schaarwerkerin war, nicht mehr in den Dienst gehen. Der Rittergutsbesitzer entließ jetzt den Arbeiter wegen harinädigen Ungehorsams und Widerspenstigkeit und verlangte auch die sofortige Räumung der Wohnung. Da der Arbeiter aber nicht wußte, wo er augenblicklich hingehen sollte, blieb er noch wohnen. Jetzt wurde gegen ihn die Ermittlungsfrage eingereicht; der Arbeiter wurde auch verurteilt, die Wohnung zu räumen und schließlich fand die zwangsweise Räumung der Wohnung statt. Insgesamt waren dadurch 49 M. Kosten entstanden, die der Deputatmann bezahlen sollte. Sein rückständiger Lohn betrug 20,42 M., die er nicht erhielt; auch hatte er zwanzig Berliner Marknoten ausgegeben, deren Abrechnung ihm verweigert wurde. Herr v. Hehenborn pfändete ihm außerdem noch zwei Läuferhühner, um auf diese Weise zu seinen Kosten zu kommen.

Der Arbeiter klagte vor dem Amtsgericht in Vorken auf Freigabe der Hühner. Er wurde aber mit seiner Klage abgewiesen und hat jetzt noch die Kosten dieses Prozesses zu bezahlen. Das Gericht sagte, nach seinem Vertrage wäre der Arbeiter nicht verpflichtet gewesen, zwei Drittel der Invalidenterente an den Rittergutsbesitzer abzutreten. Er durfte jedoch, als er den verdienten Lohn nicht erhielt, die Arbeit nicht plötzlich einstellen (wovon der Arbeiter leben soll, wenn er keinen Lohn und kein Deputat erhält, danach fragt die Justiz nicht), sondern er hätte fristlos kündigen oder unter Einhaltung seiner Dienstvertragspflichten gegen den Beklagten auf Erfüllung klagen können. Da er die Arbeit verweigert hätte, so hätte ihn der Beklagte mit Recht wegen beharrlichen Ungehorsams und Widerspenstigkeit entlassen können. Die Wohnung hätte ihm nach dem Vertrage nur während des Dienstes zur Verfügung gestanden, und er wäre nach Einstellung der Arbeit zu ihrer sofortigen Räumung verpflichtet gewesen. Die Pfändung der Hühner wäre berechtigt gewesen, da die gesamten Kosten mehr betragen hätten, als der rückständige Lohn.

Also der Arbeitgeber stellt eine unerschöpfliche Forderung an den Arbeiter; er will sich an den paar Mark Invalidenterente bereichern. Der Arbeiter wehrt sich dagegen. Darauf gibt ihm der Rittergutsbesitzer weder Lohn noch Deputat, und jetzt stellt der Arbeiter die Tätigkeit ein. Nunmehr entläßt ihn der Arbeitgeber und klagt auf Ermittlung. Und die Justiz, die Recht sprechen soll, erklärt, der Rittergutsbesitzer sei zur plötzlichen Entlassung des Arbeiters berechtigt gewesen; dieser aber, der den sauer verdienten Lohn nicht erhielt, hätte die Arbeit nicht sofort einstellen dürfen. Dem Arbeiter sind eine Menge Kosten entstanden; er ist wirtschaftlich aufs schwerste geschädigt worden und das alles nur, weil er sich weigerte, zwei Drittel seiner Rente dem Arbeitgeber abzutreten. Entspricht solch Urteil gefundenem Rechtsempfinden?

Ein weiterer Fall. Ein Vorkarbeiter war bei einem Besitzer in Pölschken (Kreis Bielefeld) bereits zwei Jahre im Dienst; im dritten Jahre wollte er fortziehen, doch der Agrarier redete ihm gut zu, auch das dritte Jahr bei ihm zu bleiben. Der Arbeiter willigte schließlich ein, doch kaum hatte er Vertrag geschlossen, als die Schilantierungen, derentwegen er hatte fortziehen wollen, wieder begannen. Eines Morgens, als der Arbeiter zur gemohnten Zeit zur Arbeit erschien, wurde er mit dem Bemerkten, er sei befohlen, nach Hause geschickt. Als er am nächsten Tage zur Arbeit kam, wurde er vom Gutsbesitzer durch eine Handbewegung vom Hofe gemiesen. Der Arbeiter glaubte, der Agrarier verzichte gänzlich auf seine Tätigkeit und verließ die Arbeitsstelle. Doch jetzt erhielt er ein Strafmandat von 15 M. wegen vorzeitigen Verlassens des Dienstes. Der Vorkarbeiter verlangte gerichtliche Entscheidung und vor dem Bielefelder Schöffengericht erklärte er, daß er wie ein Hund behandelt worden sei. Er und seine Frau seien vom Gutsbesitzer in der ärgsten Weise beschimpft worden. In jenem Tage sei er nicht betrunken gewesen, was auch ein Zeuge bestätigte. Der Gutsbesitzer als Zeuge sagte aus, daß er angenommen hätte, der Arbeiter sei betrunken gewesen. Die Schimpfworte habe er im Scherze gebraucht.

Trotzdem stand das Gericht auf dem Standpunkt, der Arbeiter sei nicht berechtigt gewesen, vorzeitig den Dienst zu verlassen. Es verwarf seine Berufung, so daß der Vorkarbeiter die 15 M. und auch noch die Kosten für das Gerichtsverfahren zu tragen hat.



So wird in Ostpreußen gegen Landarbeiter „Recht gesprochen“. Die Arbeiter sind vogelfrei. Sie sollen alles über sich ergehen lassen, ohne zu murren. Daß unter diesen Umständen die Leute nicht auf dem Lande bleiben können, will aber die Agrarierpartei nicht einsehen.

#### Rechtaufhebung als Betriebsunfall.

Der Arbeiter H. war am 11. November 1912 damit beschäftigt, schwere Säcker zu heben; die Arbeit war demnach anstrengend, so daß er trotz der kalten Jahreszeit in Schweiß geriet. Witten in der Arbeit ließ die Sehkraft plötzlich auf dem linken Auge nach, H. mußte sich in ärztliche Behandlung begeben. Es wurde Rechtaufhebung festgestellt. Die Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie, bei der H. nunmehr Anspruch auf Entschädigung erhob, lehnte dieselbe ab, weil eine außergewöhnliche Arbeitsleistung, die über den Rahmen der betriebsüblichen hinausging, nicht festgestellt wurde.

H. legte Berufung beim Ober-Versicherungsamt Groß-Berlin ein. Dasselbe vernahm mehrere Mitarbeiter des H. über den Umfang der am fraglichen Tage zu leistenden Arbeit, des weiteren wurde ein Gutachter von dem Spezialarzt für Augenleiden Prof. Dr. S. eingeholt.

Daraufhin wurde die Berufsgenossenschaft verurteilt, H. eine Rente von 50 Proz. zu zahlen. Das Ober-Versicherungsamt gelangte auf Grund der Beweisaufnahme zu der Ansicht, daß die Tätigkeit des H. am Tage des Unfalls für einen Arbeiter, der täglich derartige Arbeiten leistet, nicht über den Rahmen der betriebsüblichen hinausging. Da aber H. sonst immer nur in der Expedition tätig war und am fraglichen Tage nur ausnahmsweise in größerem Umfange zu den schweren Arbeiten herangezogen wurde, so war diese Tätigkeit des H. als über das Maß der betriebsüblichen anzusehen und die dabei erfolgte Rechtaufhebung als Betriebsunfall anzuerkennen. Die Genossenschaft beschied sich bei der Entscheidung, dieselbe wurde rechtskräftig.

### Gerichtszeitung.

#### Verletzung der Schweißvorschriften für die Großeisenindustrie.

Eine grundsätzliche wichtige Frage hatte am Dienstag das Reichsgericht in einer Anklage gegen den Hüttendirektor Otto di Biari zu entscheiden. Dieser ist vom Landgericht Beuthen (O.S.) am 5. Juli v. J. wegen Vergehens gegen § 120e der Gewerbeordnung und § 1 der Bundesratsverordnung vom 19. Dezember 1908 betreffend den Betrieb der Anlagen der Großeisenindustrie zu 5 M. Geldstrafe verurteilt. Die Gewerbeordnung regelt bekanntlich in ihren Bestimmungen die Zeit der Ruhepausen der Arbeiter in den gewerblichen Betrieben im allgemeinen. In Gemäßheit der Bestimmungen des § 120e Abs. 3 der Gewerbeordnung ordnet die vorgenannte Bundesratsverordnung als Ergänzungsbestimmung an, daß den Arbeitern in den Großeisenbetrieben bei einer Schicht von mindestens 8 Stunden eine zweistündige Mittagspause zu gewähren ist und daß außerdem über die Ueberstunden Listen zu führen und diese monatlich der Polizeibehörde einzureichen sind. § 1 der Bundesratsverordnung sagt nun bezüglich der Anwendung der in ihr enthaltenen Bestimmungen wörtlich: „Die nachstehenden Bestimmungen finden Anwendung auf folgende Werke der Großeisenindustrie: Hochofenwerke, Hochofen- und Mährengießereien, Stahlwerke, Rüttelwerke, Hammerwerke, Preßwerke und Walzwerke.“ Absatz 2 sagt weiter: „Sie finden Anwendung auf alle Betriebsabteilungen dieser Werke einschließlich derjenigen Reparaturwerkstätten und Nebenbetriebe, die mit ihnen in einem unmittelbaren betriebstechnischen Zusammenhang stehen.“

Dem Angeklagten, der Direktor der vereinigten Königsbütten- und Leuchtbütten-Aktiengesellschaft in Königsbütte ist, unterstehen unter anderem die Kokerei, das Elektrizitätswerk und der Fahrbetrieb. Ihm ist nun zur Last gelegt worden, daß er sich dadurch, daß er den in den drei genannten Betrieben (Fahrbetrieb kommt allerdings nur ein Teil in Frage) beschäftigten Arbeitern die vorgeschriebene Ruhezeit nicht gewährt und keine Listen über die Ueberstunden geführt hat, gegen die Bundesratsverordnung in Verbindung mit den einschlägigen Bestimmungen der Gewerbeordnung verstoßen hat. Das Gericht hat dieses dem Angeklagten zur Last gelegte Vergehen für vorliegend erachtet, indem es die Kokerei, das Elektrizitätswerk und den Teil des Fahrbetriebes, der die Zufuhr regelt, als Nebenbetriebe im Sinne der Bestimmung des § 1 Abs. 2 der Bundesratsverordnung ansah, die in unmittelbarem betriebstechnischen Zusammenhang mit dem Hauptbetriebe ständen. Auch hat das Gericht als erwiesen angesehen, daß der Angeklagte sich wissentlich gegen diese Gesetzesbestimmungen verstoßen hat. Gegen das Urteil hatte der Angeklagte Revision eingelegt. Er führte aus, die Kokerei, das Elektrizitätswerk und der in Frage kommende Teil des Fahrbetriebes seien zu Unrecht als Nebenbetriebe, die mit dem „Hauptbetriebe“ in einem unmittelbaren betriebstechnischen Zusammenhang stehen, angesehen worden. Ferner bemängelt die Revision, daß zu Unrecht ein wissentliches Vergehen angenommen worden sei, vielmehr hätte wegen des Irrtums, in dem sich der Angeklagte befunden, diesem der Schutz des § 59 des Strafgesetzbuches zugestanden werden müssen.

Das Reichsgericht hielt jedoch die Revision in allen ihren Teilen für unbegründet. Die Nichtanwendung des § 59 des Strafgesetzbuches sei mit Recht deshalb erfolgt, weil der Angeklagte sich nicht in einem unentschuldbaren Strafrechtsirrtum befunden habe. Auch in materieller Beziehung sei das Urteil nicht zu beanstanden, da die drei Betriebe ohne Rechtsirrtum als Nebenbetriebe im Sinne des § 1 Abs. 2 der Bundesratsverordnung angesehen worden seien, nämlich als Nebenbetriebe, die mit dem Hauptbetriebe „in einem unmittelbaren betriebstechnischen Zusammenhang stehen“. Aus all diesen Gründen verwarf das Reichsgericht die Revision des Angeklagten und bestätigte somit das Urteil der Bezirksinstanz.

#### Eine D-Verhandlung vor dem Schwurgericht.

Eine Verhandlung, die erst gegen 3 Uhr morgens nach circa 17stündiger Dauer zu Ende ging, beschäftigte am Mittwoch das Schwurgericht des Landgerichts III unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Jierich. Aus der Untersuchungshaft wurde der Rader Hermann Jäcker vorgeführt, um sich wegen eines an seinen eigenen Töchtern von 13 und 17 Jahren begangenen schrecklichen Verbrechens zu verantworten.

Mit dem Hinweis, daß ein derartiges Verbrechen eigentlich nur von einem Geisteskranken begangen werden könne, war von Rechtsanwalt Dr. Harry Finke die Beobachtung des Angeklagten auf seinen Geisteszustand beantragt worden. Die von den Gerichtsärzten Medizinalrat Dr. Hoffmann und Dr. Marx vorgenommene Beobachtung ergab jedoch, daß von einer Anwendung des straf-ausschließenden Paragraphen 51 St.G.B. bei dem Angeklagten keine Rede sein könne. — Die Verhandlung, die morgens 10 Uhr begonnen hatte, zog sich bis in die späten Nachstunden hin. Als die Geschworenen von ihrer längeren Beratung zurückkehrten, war die dritte Morgenstunde herangerückt. — Das Gericht erkannte dem Bittspruch der Geschworenen gemäß, die nur das an dem 13jährigen Kinde begangenen Verbrechen als erwiesen angesehen hatten, auf 2 Jahre Zuchthaus.

Diese Dauerverhandlung dürfte vielleicht den Anlaß zu einer amtlichen Regelung der Dienstzeit der Gerichtsdienere geben. Die Gerichtsdienere, die erst nach 4 Uhr in ihren Behausungen angelangt

wären, mußten um 8 Uhr wieder ihren Dienst antreten, so daß ihnen nach einer circa 20stündigen ununterbrochenen Dienstzeit nur eine etwa dreistündige Ruhepause verblieb. Zurzeit fehlen, trotzdem 10. bis 15stündige Schwurgerichtsverhandlungen keine Seltenheit sind, amtliche Bestimmungen, nach welchen den Gerichtsdienere nach ihrem schweren Dienst auch eine angemessene Ruhepause einräumt wird.

#### Noch einmal die Sezession.

Weitern stand unter der Anklage der Beleidigung der frühere Ehrenpräsident der Sezession, Professor Max Liebermann, vor der 149. Abteilung des Schöffengerichts Berlin-Mitte unter Vorsitz des Amtsrichters Hoffmeins. Die Beleidigungsklage gegen ihn war von den Kunstmalern Herstein, Neumann und Oppler angebracht worden.

Es handelte sich um einen schon im vorigen Prozeß erörterten Vorgang. Die drei Kläger hatten sich eines Tages zu Professor Liebermann begeben, um ihn zu bitten, doch nicht für Cassirer einzutreten. Mit Bezug auf diesen Besuch hat Professor L. in der Generalversammlung, in welcher er die Rede, die er eigentlich für Cassirer halten wollte, nicht gehalten hat, gesagt: Die Herren hätten perfide Drohungen ihm gegenüber angewandt, die jede Möglichkeit einer gemeinsamen Arbeit ausschloßen.

Nach langer Verhandlung kam ein Vergleich zustande. Prof. Liebermann erklärte: Für mich handelte es sich nicht um Personen, sondern um die Sache, die ich mit Recht begründet und auf einen hohen Standpunkt gebracht hatte, der in ganz Europa anerkannt worden ist. Ich habe mich auf Grund der Verhandlung überzeugt, daß der Eindruck des Einschüchterungsversuchs, den ich von der Unterredung vom 5. Juni hatte und unter dem ich in der Generalversammlung vom 6. Juni gegen die Kläger Vorwürfe erhoben habe, ein irriger war, und nehme daher die gegen die Kläger in dieser Versammlung erhobenen Vorwürfe und Beleidigungen zurück. Die Privatkläger verzichteten auf die anderweitige Verfolgung von Beleidigungen, die seitens des Angeklagten am 6. Juni gefallen sein sollen. Die außergerichtlichen Kosten wurden gegenseitig aufgehoben. Die Gerichtskosten übernahm der Angeklagte.

#### Der Bahnstiefus als Unternehmer.

Vor dem Schwurgericht Erfurt stand am Mittwoch ein zwanzigjähriger Bahnarbeiter, der einen an seine Braut adressierten Kreditbrief durch einen Zufall gefälscht hatte, um auf diese Weise in den Besitz eines Schrankes zu gelangen. Als der Schrank natürlich nicht abgeliefert werden konnte, weil er nicht aufgegeben worden war, stellte der Mann Schadenersatzansprüche in Höhe von 80 M., wobei sich die Fälligkeit herausstellte.

An der Verhandlung stellte sich heraus, daß der junge Mann aus bitterer Not gehandelt hatte. Seine Braut war krank und schwanger, er wollte sie heiraten, weil sie nicht ein uneheliches Kind haben wollten. Aber es fehlten ihnen dazu nicht nur die Mittel zur Anschaffung von Möbeln, sondern sogar die notwendigen Kleidungsstücke. Kein Wunder, denn der königlich preussische Bahnarbeiter erhielt einen Tagelohn von 2,80 M. Und für diesen fürstlichen Lohn hatte er noch, wie aus den vor Gericht verlesenen Arbeitsbedingungen hervorging, die Verpflichtung, sich außerhalb des Dienstes „schickbar zu führen“, es war ihm verboten, sich dem Transportarbeiterverband anzuschließen, sozialdemokratische Versammlungen zu besuchen oder sonst sozialdemokratischen Bestrebungen zu huldigen. Alles für 2,80 M. pro Tag!

Selbst der Staatsanwalt erkannte die Notlage des Angeklagten an. Die Geschworenen billigten ihm unter Berücksichtigung seiner bedrängten Lage mildernde Umstände zu. Der Strafentwurf lautete auf 6 Monate Gefängnis. Das Urteil lautete aber auf 8 Monate Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust. Eine harte Strafe für den Betrag von 80 M., um die ein miserabel bezahlter königlich preussischer Bahnarbeiter den Eisenbahnstiefus zu betrogen versucht hatte.

# HERMANN TIETZ

Leipziger Strasse  
Alexanderplatz  
Frankfurter Allee

Freitag, Sonnabend

**Mandarinen**  
Pfund 18, 24 Pf.

**Apfelsinen**  
Dtz. 24, 35 Pf.

**Blutorangen**  
Dtz. 38, 48 Pf.

**Kalf. Aepfel**  
Pfund 35, 45 Pf.

**Kochäpfel**  
2 Pfund . . . . 25 Pf.

**Zitronen**  
Dtz. 28, 38 Pf.

Beachten Sie bitte unsere  
**Kaffee-Spezial-Marke**  
gereinigt durch das Thumsche Verfahren  
Pfd. 130 140 160 180 200  
Kostproben gratis

## Gr. Lebensmittel-Verkauf

### Konserven

Probep Dosen sind zur Ansicht geöffnet!

**Stangenspargel III** . . . 1/2 Dose 1<sup>15</sup>  
**Stangenspargel II** . . . 1/2 Dose 1<sup>35</sup>  
**Riesenbruchspargel** 1/2 Dose 1<sup>55</sup>  
**Bruchspargel I** . . . . . 1/2 Dose 1<sup>20</sup>  
**Bruchspargel II** . . . . . 1/2 Dose 98 Pf.  
**Leipziger Allerlei** mittel 1/2 Dose 48 Pf.

**Junge Schoten** extrafein 1/2 Dose 65 Pf.  
**Junge Schoten III** . . . . 1/2 Dose 45 Pf.  
**Schoten u. Karotten I** 1/2 Dose 70 Pf.  
**Reineclauden** . . . . . 1/2 Dose 80 Pf.  
**Stachelbeeren** . . . . . 1/2 Dose 55 Pf.  
**Pflaumen** in Essig und Zucker, 1/2 Dose 42 Pf.

### Butter und Käse

**Limburger** . . . . . Pfund 38 Pf.  
**Echt. Emmenthaler** Pfd. 95 Pf.  
**Schweizer Käse** . . Pfund 85 Pf.  
**Romatour** . . . . . Stück 28 Pf.  
**Molkereibutter** feine, 1/2-Pfd.-Stücken, Pak. 67 Pf.

**Pa. Gänse**  
gefroren  
Pfund 58 Pf.

### Kolonialwaren

**Kleine Erbsen** . . . . Pfund 15 Pf.  
**Viktoria-Erbsen** . . Pfund 18 Pf.  
**Ge'be Erbsen** geschält, Pfd. 24 Pf.  
**Grüne Erbsen** . . . . Pfund 18 Pf.  
**Linsen** . . . . Pfund 18, 25, 30 Pf.

### Fische

Leipziger Straße  
Alexanderplatz

### Fr. Fleisch

**Lebende Plötzen** Pfund 55 Pf.  
**Leb. Anle** mittelst. 125 extrafr. 150 Pfund  
**Kabeljau** im ganzen . . . . . 17, 24 Pf.  
**Lebende Schleie** . Pfund 1<sup>15</sup>  
**Frischer Zander** Pfd. 68 Pf.

**Schweineschinken** l-ganz u. get. Pfd. 80 Pf.  
**Schweinekamm** -Schell Pfd. 90 Pf.  
**Schweinekotelett** Pfund 1<sup>00</sup>  
**Schweineschulterblatt** Pfd. 75 Pf.  
**Pökeldickbein** ohne Dickbein Pfd. 65 Pf.

### Ceylon-Tee

direkter Import  
besonders zu empfehlende Marke eigener Mischung  
Pfund  
2<sup>50</sup> 3<sup>00</sup> 3<sup>50</sup>



Parteiangelegenheiten.

Erster Wahlkreis. Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, beginnt der Vortrag...

Fünfter Kreis. Für die 1a- und 1b-Abteilung findet Sonntag, den 18. Januar, eine gemeinsame Versammlung...

Neukölln. Heute abend bei Paris, Hermannstraße 49, Versammlung der Jugendfektion...

Steglitz. Heute, Freitag, findet von allen Bezirkslokalen Flugblattverbreitung statt...

Oberschöneweide. Sonntag, den 18. Januar, früh 8 Uhr, von den Bezirkslokalen aus...

Weißensee. Heute, Freitag, abends von 7 Uhr ab Flugblattverbreitung im 2. und 4. Bezirk.

Reuthen. Heute abend 1/2 8 Uhr vom Genossen A. Barnal aus: Flugblattverbreitung.

Nariendorf. Morgen Sonntag 9 Uhr wichtige Flugblattverbreitung von allen Bezirkslokalen aus.

Friedrichsdorf a. d. Ostbahn. Sonntag, den 18. Januar, nachmittags 4 Uhr, öffentliche Versammlung im Lokal von Herrn Colar...

Schönhaufen bei Königs-Wusterhausen. Sonnabend, den 17. Januar, 8 Uhr abends, bei Otto Pätzsch: Mitgliederversammlung...

Rosenthal. Heute, Freitag, abends 7 1/2 Uhr, für die Bezirke 1 bis 4, 6 und Nordend: Flugblattverbreitung.

Trebbin. Am Sonnabend, den 17. Januar, abends pünktlich 8 1/2 Uhr, im „Schützenhaus“...

Dahlemburg. Sonnabend, den 17. Januar, Mitgliederversammlung des Wahlvereins bei Biese...

Rieder-Schönhausen-Nordend. Am Sonntag, 18. Januar, früh 8 Uhr, Flugblattverbreitung zu der am Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal „Schwarzer Adler“...

Rieder-Schönhausen und West. Heute, Freitag, abends 7 1/2 Uhr, wichtige Flugblattverbreitung zur Einsichtnahme in die Wählerliste...

Schönhaufen. Heute, Freitag, den 16. Januar, abends 7 Uhr, von den Bezirkslokalen aus: Flugblattverbreitung...

Reuthen. Am Sonnabend, abends 8 Uhr, zahlreich bei Wille.

Staaten. Sonnabend, den 17. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei Wädig: Generalversammlung. Wichtige Tagesordnung.

Berliner Nachrichten.

Die juristische Sprechstunde findet bis auf weiteres von 7-9 Uhr abends statt. Sonnabends Sprechstunde von 4 1/2-6 Uhr nachmittags.

Um drei Minuten.

Die Aufsicht schlug ihr Buch auf und stieß einen Schreien aus: „Ach, was ist denn das?“ Entsetzt sah sie auf die dicken, schwarzen Strümpfe...

Schon immer hatte man auf die kleine Pause, die die Beamtinnen sich eigenmächtig geschaffen haben, von oben Attentate versucht. Doch ohne großen Erfolg...

Darum erließ er eine Verfügung, daß sich diejenigen Beamtinnen, die unbedingt noch einmal zwischen 12 und 1 Uhr mittags den Saal verlassen mußten...

Fraulein Gase wandte sich erstaunt um: „Ja, aber ich war doch gar nicht so lange draußen!“ verteidigte sie sich. „Doch, Sie waren von 12.22 bis 12.32, das sind 10 Minuten, während Sie höchstens 7 Minuten draussen bleiben durften.“

Am nächsten Tage sollte Fraulein Gase zur Vernehmung kommen. Der junge Assistent, dem gegenüber sie ihre Aussagen machen sollte, war sich seiner hohen Aufgabe vollkommen bewußt.

Fraulein Gase flüsterte ihrer Vorgesetzten etwas zu, worauf sich diese erhob und sagte: „Ich werde dem Herrn Direktor mitteilen, daß der Grund stichhaltig ist.“

Schon schien die Sache aus der Welt geschafft, aber nach abermals zwei Tagen hieß es wieder: „Fraulein Gase, zur Vernehmung!“ Wieder sah die Aufsicht würdevoll vor dem Schriftführer...

„Was soll ich denn aber darauf sagen?“ rief sie hilflos hervor. „Sie wissen doch selbst, daß uns der Aufenthalt überall verboten ist, außer in der Toilette, da habe ich eben etwas mehr Zeit gebraucht!“

„Die Sache ist mir ja sehr unangenehm, hm, äußerst fatal! Hätte die Aufsicht der Beamtin gleich einen Verweis erteilt, dann wäre die Geschichte vermieden worden.“

Und der Herr Telegraphendirektor erteilte der Beamtin einen Verweis, weil sie sich eigenmächtig drei Minuten zu lange vom Betriebsaal ferngehalten, und der Aufsicht einen Verweis, weil sie das Vergehen nicht sofort zur Anzeige gebracht hat.

Die strenge Kälte, die vorgestern bei 12 Grad Celsius unter Null ihren Höhepunkt erreicht hatte, hat gestern ein wenig nachgelassen. Am Thermometer wurden diesmal nur 9 Grad gemessen.

Die Kleptomane sind in Schwülften. Der bekannte Berliner gerichtliche Sachverständige für Psychiatrie, Medizinalrat Dr. Hoffmann...

Aufnahme in städtischen Krankenhäusern. Aus dem Rathause wird mitgeteilt: Von den städtischen Krankenhäusern wird ständig darüber Klage geführt...

Die Folgen der Kälte. Die strenge Kälte, die vorgestern bei 12 Grad Celsius unter Null ihren Höhepunkt erreicht hatte, hat gestern ein wenig nachgelassen.

Von der Kleptomane. Die Kleptomane sind in Schwülften. Der bekannte Berliner gerichtliche Sachverständige für Psychiatrie, Medizinalrat Dr. Hoffmann...

Die Kleptomane sind in Schwülften. Der bekannte Berliner gerichtliche Sachverständige für Psychiatrie, Medizinalrat Dr. Hoffmann, hat vor einigen Tagen in einem beim Berliner Landgericht I verhandelten Straffall erklärt...

Der aufgelöste Spielklub. Die Aufhebung eines Spielklubs, über die wir gestern aus der Bellevuestraße berichteten, beschäftigt die Kriminalpolizei noch weiter.

Der aufgelöste Spielklub. Die Aufhebung eines Spielklubs, über die wir gestern aus der Bellevuestraße berichteten, beschäftigt die Kriminalpolizei noch weiter.

Der aufgelöste Spielklub. Die Aufhebung eines Spielklubs, über die wir gestern aus der Bellevuestraße berichteten, beschäftigt die Kriminalpolizei noch weiter.

Der aufgelöste Spielklub. Die Aufhebung eines Spielklubs, über die wir gestern aus der Bellevuestraße berichteten, beschäftigt die Kriminalpolizei noch weiter.

im Betriebe (Zersprechanruf: Magistrat Berlin) und gibt nicht nur über freie Betten in den städtischen, sondern auch den anderen öffentlichen und dem größten Teil der privaten Anstalten in Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Neukölln usw. Auskunft.

Uns sind leider auch Fälle von Abweisungen mitgeteilt worden, wo vorher die Zentral-Weldestelle angefragt worden ist.

Aus der Tiefbauverwaltung.

Die Tiefbau-Deputation beschloß in ihrer letzten Sitzung u. a. auf dem Dönhofsplatz mehr Rasenflächen als bisher, soweit es die Verkehrsverhältnisse zulassen, nach den Plänen der städtischen Bau-Deputation anlegen zu lassen.

Tödlcher Unfall auf der Untergrundbahn.

Gestern morgen um 10 1/2 Uhr wurde der Universitätsprofessor Freiherr Hermann v. Soden, Pfarrer an der Jerusalemskirche, als er auf dem Untergrundbahnhof Potsdamer-Allee einen schon in der Fahrt befindlichen Zug besteigen wollte...

Untergrundbahn in Berlin und in Paris.

Uns wird geschrieben: Die Unglücksfälle auf der Berliner Hoch- und Untergrundbahn mehren sich, und der schon öftige Fall vom Montagabend wird sicher nicht der letzte sein.

Die Berliner Hoch- und Untergrundbahn-Gesellschaft sollte sich den Betrieb der Pariser Untergrundbahn, der „Metropolitain“, zum Vorbild nehmen. Hier werden die Wagengürtel von den mitfahrenden Schaffnern mittels Schlüssel geschlossen und kurz vor dem Halt auf der Seite des jeweilig sich befindlichen Bahnsteiges geöffnet.

Ueberhaupt widelt sich der Verkehr auf der Pariser Untergrundbahn, der zudem noch bedeutend größer ist als bei uns, viel exakter ab. Die Bauart der Wagen spielt hierbei eine große Rolle.

Ein transparent mit der Aufschrift 1. Klasse (in Paris gibt es nur 1. und 2. Klasse) sorgt dafür, daß die Fahrgäste 1. Klasse, ähnlich der Berliner Stadtbahn, den Zug hier erwarten können.

Als Annehmlichkeit empfindet man auch, daß die Station im Wagen ausgerufen wird. Bei uns geschieht das auf dem Bahnsteig, und im Wagen kann man beim besten Willen nichts hören, geschweige verstehen.

Das Fehlen der Sperre am Ausgang, das bereits oben erwähnt wurde, ist in Paris allerdings nur durch den Einheits-tarif möglich. Man kann für 15 Cent. in der 2., und für 25 Cent. in der 1. Klasse die ganze große Stadt durchqueren und umsteigen nach Herzgenlust.

Trotz alledem ist die „Metro“ aber ein rentables Unternehmen, und für die Passagiere ein ideales Verkehrsmittel.

Was Fehlen der Sperre am Ausgang, das bereits oben erwähnt wurde, ist in Paris allerdings nur durch den Einheits-tarif möglich. Man kann für 15 Cent. in der 2., und für 25 Cent. in der 1. Klasse die ganze große Stadt durchqueren und umsteigen nach Herzgenlust.

Der aufgelöste Spielklub.

Die Aufhebung eines Spielklubs, über die wir gestern aus der Bellevuestraße berichteten, beschäftigt die Kriminalpolizei noch weiter.

Die Aufhebung eines Spielklubs, über die wir gestern aus der Bellevuestraße berichteten, beschäftigt die Kriminalpolizei noch weiter.



auf mehrere tausend Mark. Der mitverhaftete Leutnant a. D. Strümpfer war nicht Direktor der „Geistlichen Vereinigung Berlin“, sondern nur einfaches Mitglied. Eine besondere Rolle spielte er insofern, als er die beiden Franzosen besorgte. Der Direktor des Klubs, Herr Hugo Grack, ist nicht verhaftet.

**Wer sind die Toten?** Im Tiergarten zu erschießen versuchte sich am vergangenen Dienstag ein unbekannter Mann. Der Lebensmilde ist inzwischen verstorben. Die Leiche wurde nach dem Schaulouise gebracht. Seine Persönlichkeit ließ sich bisher jedoch nicht feststellen. Der unbekannte Tote ist ungefähr 25 bis 30 Jahre alt, mittelgroß und schlank, hat dunkelblondes Haar, einen blonden, englisch gestülpten Schnurrbart und Bartstoppeln, ein längliches Gesicht und ein spitzes Kinn und trug einen dunkelgrünen Plüsch, einen schwarzen Umhang, eine schwarze Weste, eine schwarze und weiß gestreifte Hose, schwarze, halbe Knöpfschuhe und ein weiß und blau gestreiftes Oberhemd. Sein lila Schloß war mit einer Korallenmadel geziert, auf der sich die Buchstaben K. B. befinden. — Aus dem städtischen Obdach in das Krankenhaus am Friedrichshain eingeliefert wurde ein unbekannter, etwa 40 bis 45 Jahre alter Mann, der bald nach der Einlieferung verstarb. Der Tote ist mittelgroß, hat schwarzgraumeliertes Haar, einen schwarzen Schnurrbart, dunkelbraune Augen und schwarze Augenbrauen und trug eine graugestreifte Hose, eine schwarze Weste, graue Strümpfe und Luststiefel.

Einen Vortragabend veranstaltet das Amt für soziale Arbeit der Berliner freien Studentenschaft am Montag, den 19. Januar, Herr Johannes Lew, Generalsekretär der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung wird über „Die Einheitschule, eine soziale und staatliche Notwendigkeit“ sprechen. Der Vortrag findet im Hörsaal 2, Dorotheenstr. 6, statt.

### Ein Lagerfeuer in Flammen.

Gestern (Donnerstag) vormittag kurz vor 9 Uhr wurde die Feuerwehre nach der Reuen Königstraße 80 gerufen, wo in dem Lagerfeuer des Expeditionsgeschäftes von Bernhardt u. Co. ein gefährliches Feuer ausgebrochen war. Es brannten im vierten Stock größere Posten Baumwollwaren und Watte, und die Flammen hatten auch schon Teile der Dachkonstruktion erfaßt. Der Brandinspektor ließ sofort zwei Schlauchleitungen vornehmen und mit einer Dampfströhle Wasser geben. Nach halbstündiger Löschstätigkeit konnte die Gefahr als beseitigt gelten. Ein erheblicher Teil des Expeditionslagers im vierten Stock ist ausgebrannt. Der Schaden wird aber durch Versicherung gedeckt. Wodurch das Feuer entstanden ist, bedarf noch der Aufklärung. Die Aufräumungsarbeiten hielten die Wehr bis gegen Mittag auf der Brandstelle fest.

In der vergangenen Nacht hatte die Feuerwehre längere Zeit in der Brangelstraße 61 zu tun, wo ein Keller in größerem Umfange brannte.

## Vorortnachrichten.

### Schöneberg.

Eine Benzineexplosion hat sich in der gestrigen Nacht in einer Autogarage in der Sedanstraße ereignet. Der Chauffeur Paul Wigow aus der Holzstraße 29, der bei seinem Bruder in der Weidischstraße 37 beschäftigt ist, hatte gegen 1/12 Uhr nachts die von ihm geführte Kraftmaschine in die Garage in der Sedanstraße gebracht und wollte noch gleich für den nächsten Tag Benzin auffüllen. Hierbei entzündeten sich die Benzindämpfe. Durch die Gewalt der Explosion wurde das Auto vollständig zerstört. Am Mantel des Chauffeurs fing Feuer und Wigow erlitt an den Händen schwere Verletzungen. Trotzdem besah er die Geistesgegenwart und die Kraft, den dreiermaßen Mantel vom Körper zu reißen. Durch die Detonation wurden mehrere Hausbewohner aus dem Schlafe geweckt, die herbeieilten und das Feuer in der Garage löschten. Der Chauffeur konnte sich noch selbst zur nächsten Unfallstation begeben, wo ihm Notverbande angelegt wurden. Von der Unfallstation aus mußte er aber nach dem städtischen Krankenhaus geschafft werden.

### Charlottenburg.

**Frauenchor.** Um auch den arbeitenden Frauen und Mädchen die Gelegenheit zu geben, gleich unserer „Charlottenburger Liedertafel“ die Feste der Arbeiterchaft durch Gesang zu erleben, findet am Montag, den 19. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im „Vollshaus“, Kohnenstr. 3, zur Gründung eines Frauen- und Mädchenchores eine Versammlung statt, in der Genosse A. Wilsch über: „Die Bedeutung der Frauen und Mädchenschöre“ zur Arbeiterchaft sprechen wird. Wir bitten alle arbeitenden Frauen und Mädchen, in diese Versammlung zu erscheinen und dem Verein beizutreten.

### Neukölln.

**Sonntag, den 18. Januar,** findet bei günstigem Wetter ein Spaziergang nach Johannisthal statt. Treffpunkt 1/2 1 Uhr am Richardplatz. In Johannisthal Kaffeelocher bei Senfischen. Es wird gebeten, den Kindern 20 Pf. für Kaffeelocher und Rückfahrt mitzugeben, außerdem etwas gemahlenen Kaffee.

**Wittwoch, den 21. Januar:** Lichtbildervortrag bei Bartisch, Hermannstr. 49. Es werden circa 80 Lichtbilder gezeigt. Bildlets zum Preise von 10 Pf. für Kinder und 20 Pf. für Erwachsene sind bei Bartisch, Hermannstr. 49, im Sekretariat, Redaktionsstr. 8, in der Expedition Rohr, Siegfriedstraße und bei Viesch, Wilhelmsbrückstr. 86, zu haben. Um recht regen Besuch aller Veranstaltungen ersucht Die Kommission.

### Ober-Schönweide.

**Gemeindevorsteherung.** Vom Gemeindevorsteher wurde zunächst die Entscheidung des Provinzialrates bekannt gegeben, wonach die Verschmelzung der Gemeinde wegen Verlegung der Genehmigung der Lehrerbeförderungsordnung endgültig zurückgewiesen wird; es wird in dem Bescheide ausgeführt, daß die in der Ordnung vorgesehene Erhöhung des Dienstvermögens nach Lage der örtlichen Verhältnisse als nicht gerechtfertigt erscheinen müsse. Bekanntgegeben wurde ferner, daß aus dem für die Arbeitslosen gestifteten Unterstützungsfonds bisher an 34 Personen 845 M. gezahlt worden sind. Auf Anfrage wurde vom Gemeindevorsteher bestätigt, daß das Versicherungsamt des Kreises dem Antrage der Gemeinde auf Schaffung einer örtlichen Nebenstelle der Kreis-Krankenklasse überhaupt keine Würdigung hat zuteil werden lassen. Genosse Grunow unterzog das willkürliche Vorgehen dieser Behörde einer Kritik und verlangte von der hiesigen Amtsstube, daß sie die dem Versicherungsamt freiwillig zur Verfügung gestellte Hilfeleistung, welche in der Auslieferung der Krankenscheine für die neue Klasse bestehe, sofort einstelle; es sei nicht im Interesse der Kassennmitglieder gehandelt, wenn die Volksgenossen Funktionen übernehme, deren Ausübung die Kasse mit vollem Recht abgelehnt hätten, da sie einerseits der Kassenerwartung obliegen und andererseits in ihrer Konsequenz eine ganz unerhörte Belastung der Versicherten darstellen. Die hiesige Amtsstube dürfe nicht dazu beitragen, daß die unsinnigen und kläglichen Einrichtungen des Versicherungsamtes noch konfirmiert würden, vielmehr müsse sie ihren ganzen Einfluß aufwenden, das Versicherungsamt davon zu überzeugen, daß die Einwohnerchaft des Ortes einen berechtigten Anspruch auf Einrichtungen habe, wie sie im Interesse der an der Krankenkassenversicherung Beteiligten liegen. Der Gemeindevorsteher meinte, das Einspringen der Volksgenossen läge lediglich im Interesse der Kranken; er sei aber entschlossen, eine weitere heranziehende Beteiligung der Polizei nun zu inhibieren, andererseits bereits das Versicherungsamt schon wieder eine andere Regelung der ledigen Angelegenheit vor.

Der Fleischverkauf der Gemeinde ist nach zweimonatiger Dauer eingestellt worden, da einmal der Konsum außerordent-

lich nachgelassen hat und andererseits die Inlandspreise für Fleisch bedeutend gestiegen sind.

Eine Debatte entspann sich über die Einführung des Steuer-Bringens. Trotzdem Beschlüsse nicht gefaßt wurden, sieht man erwarten, daß mit der gegenwärtigen Art der Abholung der Steuern wohl bald gebrochen wird.

Bei den diesjährigen Erbschaftswahlen zur Vertretung haben aus den drei Klassen 3 Vertreter auszuscheiden; durch das Los wurde bestimmt, daß in der 1. und 3. Klasse je 3 Vertreter und in der 2. Klasse 2 Vertreter auszuscheiden; unter nochmaliger Losziehung ergab sich folgendes Resultat: in der 1. Klasse scheiden aus: Benz, von der Kopp, Prieger, aus der 2. Klasse: Ledewig, Rood, und aus der 3. Klasse: Grunow, Winkemann, Schwarzbürger.

Den Vorschlägen der Friedhofskommission, betreffend die weitere gärtnerische Herrichtung der nach zur Benutzung freiliegenden Flächen des Friedhofes wurde zugestimmt.

### Treptow-Baumfahnenweg.

Die Arbeitslosenunterstützung der Gemeinde ist derzeit stark in Anspruch genommen worden, daß der ausgelegte Betrag von 2000 M. schon in drei Wochen verausgabt war. Ingesamt haben sich 70 Personen in den Bezug der Unterstützung gestellt, dabei 18 ledige männliche Personen und zwei Frauen, die einer Familie vorstehen. Daß sich trotz der erschwerten Bedingungen — vier Wochen Arbeitslosigkeit, Bedürftigkeit, ein Jahr Wohnen im Orte und tägliche Kontrollierung — so viele Arbeitslose fanden, die jenen Anforderungen genügen, beweist am besten, wie groß die vorhandene Not ist und wie notwendig diese gemeindliche Maßnahme war. In dieser Woche ist nun mangels bewilligter Mittel die Auszahlung einer Unterstützung nicht erfolgt, doch soll am Montag, den 19. Januar, in einer Sitzung der Gemeindevorstellung über die etwaige Bereitstellung weiterer Mittel Beschluß gefaßt werden. Hoffentlich zeigt sich dann die Mehrheit der Vertretung weitherzig genug, die einmal begonnenen Hilfsmassnahmen durch eine ausreichende Verlängerung zu krönen.

Das Ausliegen der Wählerlisten zu den im März stattfindenden Gemeindevahlen gibt den Einsichtnehmenden Gelegenheit, auf dem gleichen Wege die Erklärung für die Feuerbestattung abzugeben, da das hierfür zuständige Standesamt zur selben Zeit, auch Sonntags von 9 bis 10 Uhr, geöffnet ist.

### Weihenfelde.

In der Versammlung am Mittwoch im Schloß Weihenfelde ist eine Laichener mit Reite gefunden worden. Der Eigentümer kann diese beim Vorstehenden des Wahlvereins in Empfang nehmen.

### Grünau.

Der hiesige Arbeiter-Radfahrverein (M. d. D. L. R. V.) feiert am Sonnabend, den 17. d. Mts. im Restaurant „Belvedere“ sein diesjähriges Wintervergügen. Es wäre zu wünschen, daß die Genossen durch zahlreiche Erschienen den Verein unterstützen.

### Friedenau.

**Fromme Kampfweise.** Die von dem „Komitee Konfessionslos“ betriebene Kirchenaustrittsbewegung reißt auch in unserem Orte eine erhebliche Lücke in die Herde der Gläubigen. Daß sich die Ortsgemeinden zur Wehr setzen, um zu retten, was zu retten ist, kann ihnen nicht perazt werden. Wir würden von der Abwehrbewegung auch keine Ratig nehmen, wenn sich die Gottesstreiter nicht dabei Mittel bedienten, die nichts weniger als anständig genannt werden können. Von den Herren Görnand, Beiter und Kleine — alle drei Herren sind Pfarrer der Friedenauer Kirchengemeinde — wurde dieser Tage ein Flugblatt herausgegeben, in welchem unter anderem die Sozialdemokratie des schärfsten Terrorismus bezichtigt wurde. Geschäftsleute würden von der Partei boykottiert, wenn sie in Arbeitervierteln wohnen und nicht aus der Kirche austräten. Ein Geschäftsmann habe, um nicht den Ruin seines Geschäftes herbeizuführen, seine Tochter heimlich traun lassen müssen. Ein braver Junge habe aus dem Jugendverein austreten müssen, weil sonst sein Vater und er allzuleich von den Sozialdemokraten gepeinigt würden. Ein Fabrikarbeiter habe austreten müssen, weil ihm die Genossen in der Fabrik durch Einschleichen von Holzchen in die Maschine dieselbe verdorben und zum Stehen gebracht hätten. Trauungen müßten spät abends angelegt werden, damit sich die sozialdemokratisch bewachten Pärchen bei Nacht und Nebel hätten in die Kirche stellen können. Mit solchen, aus der Reichsverbandsliste entnommenen Schauer-märchen wird von den Nachfolgern Christi die Kirche verteidigt. Kecklich wurde in einer vom evangelisch-nationalen Arbeiterverein einberufenen „öffentlichen“ Versammlung gegen die Kirchenaustrittsbewegung operiert. In der niederträchtigsten Weise wurde die Sozialdemokratie verleumdete und angegriffen, während man am Eingange des Saales bekannt machte, daß Kirchengegner, Sozialdemokraten und anderen Rademacher der Jurist verboten sei. Eine angemessene Kritik an einem solchen Vortrage glauben wir uns erlauben zu können. Die Verleumdungsmethode dieser christlichen Diener richtet sich selbst.

Der hiesige Arbeiterturnverein veranstaltet am Sonnabend, 1/9 Uhr, in den oberen Räumen des „Kaiser-Wilhelms-Garten“ sein Wintervergügen. Da der Verein bei den Veranstaltungen der organisierten Arbeiterchaft bereitwillig mitwirkt, wird um rege Unterstützung des Vergnügens ersucht. Der Eintritt ist frei.

### Oranienburg.

**Aus der Stadtverordnetenversammlung.** Zunächst wurden die neu- resp. wiedergewählten Stadtvorordneten, darunter unsere Genossen Ad. Frahm, Paul Plesow und Bernh. Pappe, eingeführt. Die Wahl des Bureaus der Versammlung und der ständigen Kommission wurde durch Klamation und Wiederhol mit großer „Hingabe“ vollzogen; da man anscheinend befürchtet hatte, von unseren Genossen, die nunmehr die ganze dritte Abteilung besetzt halten, ihrer Stärke entsprechend, Vorschläge zu hören. In die Staatskommission wurde wiederum Genosse Paris gewählt. — Bei der ersten Lesung des Etats gab der Kammerer Aufklärungen zu den einzelnen Positionen und erläuterte eingehend die Spezialtitels. Zeitigte auch die recht ausschweifende Debatte wenig Neues zu den verschiedenen Titeln, so glaubten unsere Herren Hausagrarier doch wiederum, die alten Klageheer anstimmen zu müssen, daß nur sie allein alle Lasten zu tragen haben, und so einem unvermeidlichen Untergange entgegengetrieben werden. Besonders die Stadtverordneten Jonas und Neumann gefielen sich in der Rolle der leidenden Hausbesitzer, die sich den Bissen vom Munde absparen müßten, um die auf sie gelegenen Lasten zu tragen. Obwohl das sich an dieser Sitzung anschließende Festessen der bürgerlichen Vertreter und die im Sitzungssaal schon während der Sitzung bereitgestellten Kübel Weins und Sekt absolut keine Spur von solcher Not erkennen lassen wollte, wies Genosse Pappe nach, daß nicht die Hausbesitzer es sind, welche die Lasten der Konakulation usw. zu tragen haben, sondern daß sie diese zum größten Teil auf die schon schwachen Schultern der Mieter abgewälzt haben. Dadurch, daß die Mieter aber in den letzten zwei Jahren so rasch in die Höhe geschwollen sind, habe der Arbeiter, der in Berlin seiner Beschäftigung nachgehen muß, seinen wesentlichen Vorteil, wenn er auswärts wohne. Redner ging sodann näher auf den Etat ein. Die immer weiter um sich greifende Verschlechterung des Einkommens bringe es mit sich, daß heute schon der größte Teil unserer Arbeiterfrauen mitverdienen müßte. Hierdurch sind die Eltern oftmals gezwungen, ihre Kinder allein und ohne Aufsicht zurückzulassen. Deshalb ersuche es endlich an der Zeit, einem weitgehenden Bedürfnis abzuhelfen und für die Errichtung einer städtischen Kleinkinderbewahranstalt (Kindergarten) die Mittel in den Etat einzustellen. Es könnten dann Unglücksfälle, wie sie sich erst in der vergangenen Woche gezeigt haben, mit Leichtigkeit vermieden werden. — Die Verträge betreffend Erwerb der im Eigentum des Forstbüros stehenden Gassenheide mit Strandpromenade am Lehmssee sowie der Eingemeindung der Gassenheide

und des angrenzenden Gebietes südöstlich der Chaussee Schmachtenbogen-Oranienburg am Lehmssee liegen zur Beschlußfassung vor. Die Kommission empfahl die Annahme der beiden Verträge, welchen Wünsche die Versammlung nachkam. Nach den Verträgen erwirbt die Stadt die Gassenheide, die große und kleine Liebesinsel, die Strandpromenade und den zwischen großer Liebesinsel und Gassenheide gelegenen Bienenabschnitt. Der Kaufpreis beträgt 80 Pf. pro Quadratmeter einschließlich dem Holzbestand, d. h. bei den etwa 239 000 Quadratmetern, welche die ganze Fläche umfaßt, 191 200 M. Diese Kaufsumme wird 15 Jahre zinsfrei gestundet, abdann in 10 jährlichen Ratenabzahlungen getilgt. Als Entgelt für die zinsfreie Stundung des Kaufpreises verpflichtet sich die Stadt auf die Dauer von 15 Jahren für die zum Stadtbezirk gehörige forstökologische Pflanzheide die Grundsteuer nicht zu erhöhen. Ebenso verpflichtet sich die Stadt, das von ihr erworbene Gelände nicht zu bebauen, sondern als Volkspark zu erhalten. Das ganze Gelände südöstlich der Chaussee Schmachtenbogen-Oranienburg bis zur Einmündung des Weges Sachsendauen-Schmachtenbogen wird zum Stadtbezirk Oranienburg geschlagen. Dem Fiskus wird für das ihm verbleibende Gelände Steuerfreiheit gewährt. Die Stadt erhält dafür eine 5000 Quadratmeter große Fläche in der Pflanzheide unentgeltlich. — Ein von unserer Fraktion eingebrachter Initiativantrag bezog sich die Nebernahme der Straßenreinigung auf die Stadt. Genosse Pappe betonte, für ihn konnten hierbei zwei Gründe in Frage. Der erste wolle einen schon lange gehegten Wunsch der Einwohnerschaft Rechnung tragen, polizeiwidrige Zustände, wie solche in einem Teil unserer Straßen vorhanden sind, zu beseitigen. Der zweite Grund schließt zugleich Kontrahatsarbeiten und Hebung der Arbeitslosigkeit zu einem Bruchteil in sich. Habe die Stadt die Reinigung der Straßen in eigener Regie, so müsse sie auch dafür sorgen, daß dieselben in ordnungsmäßigem Zustand erhalten werden. Der Antrag fand allgemeine Zustimmung und wurde einer neungliedrigen gemischten Kommission überwiesen, der auch Genosse Pappe angehört. — Die Sitzungstage im ersten Halbjahr finden wieder mit dreiwöchiger Zwischenzeit jeden Mittwoch statt.

Ein größeres Schadenfeuer entstand am Mittwochabend auf dem Herrn Kaufmann Frösche gehörigen Grundstück, Bernauer Straße 21. Aus noch nicht ermittelter Ursache war hier im Seitensfügel Feuer ausgebrochen, und dasselbe griff mit so rasender Schnelligkeit um sich, daß auch der Dachstuhl des Vordergebäudes von dem Feuer vollständig vernichtet wurde. Die hiesige freiwillige Feuerwehr konnte sich nur darauf beschränken, die Nebengebäude zu schützen.

## Spiel und Sport.

### Radfahrer.

**Arbeiter-Radfahrerclub „Solidarität“.** Touren zum Sonntag, den 18. Januar. Ortsgruppe Berlin. 1. Abt.: Besuch des Bau- und Verkehrsvereins, Invalidenstr. 51. Treffpunkt 1 Uhr ebendort. — 2. Abt.: 1 Uhr. Tour wird am Start belanngelassen. Schlußpunkt mitbringen. Start Fontane-Bromenade 18. — 3. Abt.: 2 Uhr. Tour wird am Start belanngelassen, bei schlechtem Wetter im Abteilungslokal. Start Kautzer Platz 12. — 4. Abt.: 1 Uhr. Bismarckdenkmal (Friedenau). Start Kautzer und Radfahrer-Club. — 6. Abt.: 1 Uhr. Adlershof (Waldheim). Start Oberberger Str. 28. — 7. Abt.: 1 Uhr. Adlershof (Waldheim). Start Schulstr. 29. — 8. Abt.: 12 Uhr. Götterhof (Heilanstalt). Schlußzeit 3-5 Uhr. Start Levetowstraße bei Kleinert.

Ortsgruppe Neukölln. 2 Uhr nachmittags: Jahres-Generalversammlung bei Bartisch, Hermannstr. 49. Das Erscheinen aller Mitglieder ist erforderlich.

Ortsgruppe Schöneberg. Unterbezirksversammlung in Landw. Start 1 Uhr bei Objt. Bei schlechtem Wetter bei Bahn.

Ortsgruppe 2. Bezirk, 1. Unterbezirk. Sonntag, den 18. Januar, nachmittags 1/2 1 Uhr, in Landw. zum Seibitz (Znd. Kubacki Giegl), Kautzer-Wilhelm-Str. 24: Sachbesprechung zum Bezirkstag. Zu öffentlicher Erscheinung sind verpflichtet die Mitglieder des Bez. Badom, Charlottenburg, Dremy, Grödenen, Groß-Lichterfelde, Groß-Neichen, Johannisthal, Landw., Lichterfelde, Marienbad, Lennelhof, Marienfelde, Neukölln, Nieber-Schönweide, Rommes, Rubow, Schenkenweg h. Gr., Schwarzenborf, Schöneberg, Steglitz, Treptow, Baumfahnenweg, Wannsee, Wilmersdorf, Friedenau, Gellendof, Spandauer.

Start nach Landw. haben: Rittschloß Wilmersdorf; Mittwoch 12 Uhr bei Bauer, Durlacher Str. 7.

**Arbeiter-Radfahrerclub Groß-Berlin.** Sonntag, den 18. d. M., früh 6.35: Götterhof Bahnhof nach Salden. Schlußzeit mitbringen. Rückkehr Sonnabendabend 8 Uhr bei Bogel. — Nachmittags 1 Uhr nach Schwanenborf (Schützenhaus), Schlußzeit Viktorlepark.

### Turner.

**Turnverein „Nichte“.** 15. M.-Abt.: Sonntag, den 18. Januar: Turnfest nach Grunow, Grunowallee, Krumme Lanke, Schlachtensee, Bahnh. Wannsee, Schilddorf, Lichterfelde, Wilmersdorf, Wilmersdorf, Heerstraße. Treffpunkt um 7 1/2 Uhr im Feldlager Bahnhof.

**B. i. B. 1894:** Partie nach Friedrichshagen, Müggelheim, Gofener Berg, Schmöwitz, Uthwode. Treff 7.40 Schloßher Bahnhof, Abfahrt 7.53.

**Turner:** 1. Kreis, 5. Bezirk. Am Sonntag, den 18. Januar, nachmittags 2 Uhr, findet in Alt-Glienitz (Gemeinde-Turnhalle) ein Bezirks-Hallenmetrum, bestehend in Judo-Kampf statt. Freunde und Sonnee sind herzlich willkommen.

### Fußball.

**Märkische Spielvereinigung.** Bezirk Groß-Berlin. Am kommenden Sonntag finden folgende Spiele statt: Nichte III—Vorwärts aus dem Tempelhofer Feld; Weisensee—Vorwärts in Weisensee, Rennbahnstr. 40; Neukölln—Spandau am dem Tempelhofer Feld; Libertas—Nichte XII in Reinickendorf; Panower Ulee; Reinickendorfer Fußballklub—Kormanna in Reinickendorf; Schillerpromenade; Schöneberg—Victoria in Mariendorf; Bessemerstraße (Blanke Höhe). Spielbeginn 2 1/2 Uhr.

### Athleten.

**Arbeiter-Athletenclub Deutschlands.** Kreis 4, Groß-Berlin. Am Sonntag, den 18. Januar, findet in den Waidhölern Alt-Berlin, Bürenstraße 10, unsere Generalversammlung statt. Anfang nachmittags 2 Uhr. Am gleichen Tage, abends 6 Uhr, feiert der Bundesverein, der Badener Sportklub, in den Andauer-Hallen, Andauerstr. 21, sein 6. Stiftungsfest. Die Mitwirkung des Arbeiter-Sportvereins „Vorgänger“ und des Arbeiter-Radfahrerclubes „Solidarität“ (Sektion der Bäder) sind im Programm vorgesehen. Freunde und Gönner unseres Sports sind willkommen.

### Wanderer.

**Arbeiter-Wanderverein Berlin.** Sonntag, den 18. Januar: Besichtigung der Einfamilienhäuser in Brück. Treffpunkt 1 Uhr mittags Germania-Promenade, Ude Chausseestraße in Brück. Gäste willkommen.

**Arbeiterwanderverein „Die Naturfreunde“.** Die Rufsummlung der photographischen Ausstellung läßt aus. Sie findet Mitte Februar statt.

**Arbeiter-Touristenverein „Die Naturfreunde“.** Ortsgruppe Berlin. Sonntag, den 18. Januar: Wanderung I.: Friedrichshagen, Schöneiche, Hirschgraben. Abfahrt nach Friedrichshagen Schloß. Bahnhof 7.03; Stralau-Rummelsbürg 7.08. — II.: Grunowwald, Krumme Lanke, Wilmersdorf. Abfahrt nach Grunowwald Schloß. Bahnhof 7.06. — III.: Streifzüge durch das Haffgredener. Abfahrt nach Hagen-Neuendorf. Götterhof Bahnhof 6.45. Gäste stets willkommen.

**Deutscher Arbeiter-Wanderclub „Die Naturfreunde“.** Ortsgruppe Berlin. Am Sonntag, den 18. Januar, findet im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engelstr. 15, ein großer Lichtbilder-Vortrag statt. Thema: „Wann wir wandern.“ Eintritt 30 Pf. Im weiteren verweisen wir auf das Inserat am Sonntag.

Ortsgruppe Neukölln. 18. Januar: Birkenwerder, Gochsee, Bach. Abfahrt Bahnhof Neukölln 7.08 Uhr. Götterhof Bahnhof 7.45 Uhr.

Ortsgruppe Steglitz. 18. Januar: Grunowwald, Schilddorf, Schlachtensee. Abfahrt Rathaus 8 Uhr.

### Schwimmer.

**Die Arbeiter-Schwimmerverein „Nord“, „Freiheit“ und „Wille Südat“** haben am Sonnabend, den 17. Januar, abends 7 1/2 Uhr, in der Volkshausanstalt in der Oberberger Straße eine Schwimm- und Übungssunde ab. Nach dem: Versammlung bei Karl Grunze, Schwanenborf Allee 156.

**Arbeiter-Zwanzigerclub, Kreis Brandenburg.** Am Sonntag, den 23. Januar, nachmittags 1/2 10 Uhr: Generalversammlung der Kassone Groß-Berlin im Restaurant Gabeland, Neue Friedrichstraße 36.











# Die Etatdebatte im Landtag.

## Abgeordnetenhaus.

4. Sitzung. Donnerstag, 15. Januar, vormittags 10 Uhr.

Am Ministertisch: Lenge, v. Dallwig, v. Schorlemer, Weseler, v. Trost, v. Breitenbach usw.

Ein schleuniger Antrag der Abg. Kronsohn und Gen. (Sp.) auf Einstellung eines Strafverfahrens gegen den Abg. Ernst (Sp.) für die Dauer der Tagung wird angenommen.

### Erste Lesung des Etats.

(3. Tag.)

Abg. Dr. v. Heydebrand (L.):

Die Einführung des Religionsunterrichts in den Fortbildungsschulen soll den Gemeinden nicht aufgegeben werden, sondern überlassen bleiben. Mit dem Standpunkt der Regierung in der Wahlrechtsfrage sind wir einverstanden. Die Regierung muß selbst entscheiden, wann sie eine neue Vorlage einbringen will. Besondere Eile hat die Sache ja nicht. (Zustimmung rechts. Heftiger Widerspruch links. Zuruf: für Sie!) Gewiß bedarf das preussische Wahlrecht der Verichtigung. Aber schließlich werden die Geschäfte unseres Landes auch unter dem jetzigen Wahlrecht in zufriedenstellender Weise besorgt. (Widerspruch links.) Ja muß die Selbstlosigkeit der Freiwirtschaft bei ihrem Eintreten für die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen bewundern. Im Reich haben Sie sich kein einziges Mandat im ersten Wahlgange erobern können. Soll es Ihnen hier auch so gehen? (Sehr gut! rechts.) Falls Sie ein so heftiges Verlangen nach dem gleichen, allgemeinen Wahlrecht haben, so machen Sie doch einmal einen Versuch in der Gemeinde Berlin damit. Da würde eine ganz famose Stadtverordnetenversammlung auf Grund dieses Gesetzes zustande kommen. Die Veröffentlichung des Schreibens Dr. v. Jagows in der „Kron-Zeitung“, die in den letzten Wochen so viel Staub in die Presse der Linken aufwirbelte, geschah ohne jede Verfassung seines Amtscharakters, (Lachen links) den nur die Zeitung hinzugefügt hat. (Zuruf links: er mußte das voraussagen!) Das konnte er nicht. Im übrigen handelt es sich nicht um eine Kritik des Kriegserichters, sondern um

eine juristische Meinungsverschiedenheit.

Bei dem Erfurter Kriegserichtersurteil hat die Linkspresse auch die Richter angegriffen. (Zuruf links: Rein, das Gesetz!) Präsident v. Jagow ist Ihnen allerdings nicht sympathisch. (Lebhafte Zustimmung links.) Ein Vertreter ist er allerdings nicht, aber dafür einer unserer tüchtigsten preussischen Beamten (Lebhafte Zustimmung rechts), von dem wir noch Bedeutendes für unseren Staat erwarten. In seiner überaus sympathischen Rede hat Dr. Köhling das Kartell der schaffenden Stände als einen bedeutsamen Fortschritt bezeichnet. Wir sind gar nicht so einseitig, daß wir etwa nur landwirtschaftliche Interessen vertreten wollten. (Beifall rechts.) Auch in seinen Ausführungen über den Schatz der nationalen Arbeit, die wir vollkommen teilen, möge er in seiner Partei nachdrückliche Unterstützung finden. (Sehr richtig! rechts.) Das neue Verhältnis der Nationalliberalen zu der Fortschrittspartei ist etwas bedenklich. Die Angriffe auf die Agrarier als Industriesegner hätte sich Dr. Köhling ersparen können. Zwar haben wir Konserverbitter früher nicht immer das richtige Verständnis für die Entwicklung der Industrie gehabt, aber wir haben gelernt und bei den bevorstehenden wirtschaftlichen Kämpfen ist die Industrie von der Landwirtschaft nicht zu trennen. In der Welfenfrage hatten wir Bedenken, ob die Staatsregierung alle erforderlichen Schritte getan habe. Es bleibt abzuwarten, was die Zukunft bringt. Da vor zwei Jahren eine Verfassungsrevision in Eilschrittsritten stattgefunden hat, so ist es, zum Unterschied zur Meinung des Ministerpräsidenten, das gute Recht des Abgeordnetenhauses, auf die letzten Vorgänge im Eilschrittsritten einzugehen. Diese Verfassungsänderung war

ein höchst bedenkliches Experiment.

Die weitere Entwicklung gibt uns recht. Wären die Behörden an ihrem Platz gewesen, so hätte diese ganze Geschichte nicht diesen Umfang angenommen. In einer gefährdeten Situation hatten die preussischen Soldaten dort an der Grenze Wache für unser deutsches Vaterland. Dem hat die eilfertige Bevölkerung nicht das erforderliche Verständnis entgegengebracht. (Sehr richtig! rechts.) 200 Jahre lang hat die französische Herrschaft das elbische Volk in einer Weise behandelt, daß dagegen der schmeichliche preussische Landrat der reinste Waisenneffe ist. (Heiterkeit.) Wir freuen uns, daß Herr Köhling von dem nationalliberalen Reichstagsvotum abgerückt ist. (Lebhafte Zustimmung rechts.) (Rein! links!) Es war ungerecht, alle Schuld an der Stellungnahme der Nationalliberalen dem Reichskanzler zuzuschreiben, der Ihnen doch viel mehr Verfehlungen des Militärs kongediert hat, als nachher die Strafurger Urteile festgestellt haben. (Sehr gut! rechts. Unruhe links.) Geben Sie (zu den Nationalliberalen) doch zu, daß Sie unter der Suggestion flammender Reden und infolge von vorher geführten Verhandlungen sich im Reichstag mit Ihrem Vortum übereilt haben. (Unruhe bei den Nationalliberalen. Lachen rechts.) Das kann man verstehen. (Heiterkeit rechts.)

In seiner Besitzreuerrede hat der Reichskanzler meine früheren Worte zitiert, daß wir, wenn es die Not des Vaterlandes erfordere, unseren Besitz auf seinen Altar legen würden. Ich habe nicht recht verstanden, was das Zurückgreifen für einen Zweck haben soll. Wir haben nicht nur jeden Mann, sondern auch jeden Groschen bewilligt. Ich habe schon 1906 meine Partei davor gewarnt, durch die Zustimmung zur damaligen Erbschaftsteuer-Vorlage diese ganz bedenkliche Entwicklung anzubahnen. 1913 wollte das ganze Land die Wehrvorlage; die Regierung konnte ruhig die Volkswortung zum Teufel jagen, wenn der Wehrvorlage Schwierigkeiten gemacht würden. Meine Partei hätte das gewagt, die Sozialdemokraten hatten eine Heidenangst davor. (Lachen bei den Sozialdemokraten. — Beifall rechts.) Statt dessen hat die Regierung eine den Sozialdemokraten genehme Lösung vorgezogen! Wir haben nun eine furchtbare ernste Lage. Die Sozialdemokratie nähert eine gewisse Unzufriedenheit, denn dabei blüht der Weizen. Aber der Besitz, der so belastet ist, wird bald überhaupt nicht mehr weiterkommen. Dann wird man lieber sagen: Wachen Sie mit Ihrer Revolution ernst. Wenn die Staatsregierung diejenige Wege geht, von denen wir die Erhaltung Preußens und des Deutschen Reiches erwarten, wird sie die Unterstützung der Konserverbitter finden. (Lebhafte Zustimmung und Handklatschen bei den Konserverbittern. — Widerspruch links.)

Abg. Dr. Bell-Essen (Z.):

Die Sozialdemokratie hat uns gestern ihr Mißtrauen bezüglich unseres Verhaltens in der Wahlrechtsfrage ausgesprochen. Das beeinflusst uns in unsere Politik nicht. Wir bleiben bei unserem alten Standpunkt, daß wir unter keinen Umständen für eine Verflechtung zu haben sind. Der Besitzsteuer haben wir nur zugestimmt, um das Zustandekommen der Wehrvorlage nicht zu gefährden. Für absehbare Zeit müssen wir mit neuen Steuern verfahren bleiben. Dagegen verlangen wir die Fortsetzung unserer bewährten Wirtschaftspolitik und den ständigen Schutz der nationalen Arbeit. Wir können uns nicht gefallen lassen, daß die Katholiken in

der Beamtenschaft eine Zurücksetzung gegenüber den Protestanten erfahren. Mit der Lösung der braunschweigischen Frage sind wir vollkommen einverstanden. Für ihre Stellung zu der Affäre Jabern im Reichstage und für ihre Zustimmung zu dem Votum gegen den Reichskanzler übernimmt unsere Reichstagsfraktion ganz allein die Verantwortung. Die gegen uns gerichteten Angriffe sind ungerechtfertigt. Wir hatten damals lediglich darauf aufmerksam gemacht, daß die Unruhen im Eilschrittsritten durch die Entgleisungen eines jungen Offiziers entstanden seien, und waren auf die Erörterung der Schuldfrage nicht eingegangen. Hätte damals der Reichskanzler so unzuweilig gesprochen, wie hier und im Herrenhause, dann wäre es zu jenem Votum niemals gekommen. Aber im Reichstag hat der Reichskanzler nicht von dem Rechtsstandpunkt gesagt, auf den sich der Oberst v. Reuter stellte. Deshalb konnten wir damals gar nicht anders stimmen. Wir lassen uns von den Sozialdemokraten keineswegs ins Schlepptau nehmen. Wenn die Zivilbehörden versagen, muß sofort die Entscheidung der höchsten militärischen Stelle angerufen werden, um das Verhalten des Militärs zu bestimmen. Sobald als möglich muß entschieden werden, ob die Kabinettsorder von 1820 noch Gültigkeit hat.

Abg. Schiffer (natl.):

Die Erklärungen des Reichskanzlers in der braunschweigischen Angelegenheit haben uns befriedigt. Mit den Konserverbittern gehen wir darin einig, daß bei einem neuen Geldbedarf des Reiches die Besitzsteuer nicht weiter ausgebaut werden. Vielmehr werden neue Wege, etwa Monopole ernsthaft in Betracht gezogen. (Zuruf links: Einverständnis mit den Sozialdemokraten)

hat von unserer Seite nicht stattgefunden. Die Besitzsteuer wäre auch ohne die Sozialdemokraten angenommen worden. Wir haben uns nicht auf die Erbschaftsteuer verweist, um nicht in Abhängigkeit von der Sozialdemokratie zu gelangen. Wir weisen die Unterstellung des Herrenhauses, als ob wir als Wahlparlament unsere Beschlüsse hier nicht selbständig fassen, entschieden zurück. (Beifall links.) Es würde für die Monarchie verhängnisvoll sein, wenn sie das Volk, das so große Opfer gebracht hat, nur als Objekt der Weisung betrachtet. Der Ausdruck des Herrn v. Heydebrand, man solle den Reichstag zum Teufel jagen, entspricht nicht der Würde dieses Hauses. Herr v. Jagow hätte besser daran getan, seine Ausflüge auf das juristische Gebiet zu unterlassen. Eine Verbesserung des preussischen Wahlrechts scheint keine guten Aussichten gegenwärtig zu haben; wir verlangen nach wie vor die direkte und geheime Wahl. Der Minister irrt, wenn er glaubt, daß im Volke kein Interesse für eine Aenderung des Wahlrechts bestehe. In Jabern hat lange eine feste und sichere Hand gefehlt. Wenn auch festgestellt ist, daß das Militär dort nicht wie eine wilde Soldateska auf das Zivil losgelassen wurde, so ist damit nicht gesagt, daß alles zu billigen ist, was das Militär getan hat. In den süddeutschen Staaten ist die Achtung vor unserer preussischen Eigenart nicht immer bewahrt worden. Die preussische Eigenart muß hineinwachen in den Charakter der anderen Staaten; preussisches Eisen und deutsches Blut! (Lebhafte Zustimmung bei den Nationalliberalen.)

Ministerpräsident v. Bethmann-Hollweg:

Auch ich bin ein Preuze und ich werde stets den preussischen Staatsgedanken in allen Reichsgeschäften zum Ausdruck bringen, wenn sonst wäre alle Arbeit Preußens für das Reich vergeblich gewesen. Ich habe im Reichstag nur sagen wollen, daß im Eilschrittsritten nicht alles nach preussischem Muster geschehen kann. Der heutige Rede des Abg. v. Heydebrand konnte ich leider nicht beistimmen, muß sie aber auf Grund der mir gewordenen Berichte sofort beantworten. Es liegt mir durchaus fern, die Verantwortung für die Besitzbesteuerung auf irgend jemanden abzuwälzen. Ich lenne meine Verantwortung und bitte, sie zu berücksichtigen; sie ist nicht ganz leicht, ob ein Schritt, den ich tue, richtig ist, zeigt sich erst in zehn bis zwanzig Jahren und manche schwerwiegende Entscheidung kostet mich schlaflose Nächte. Der einzige Imperativ, der meine sämtlichen Handlungen dirigiert, ist: „Zust du auch hier das, was deinem Volke dient.“ Die Vorwürfe der Schwäche und Passivität usw. sind

billig wie Brombeeren.

Der Abg. Binkler hat

möglichst mißwollende Zeitungsartikel

verlesen. Derartige Vorwürfe liegen auf der Straße und können von jedem aufgelesen werden! (Hört! hört!) Bitte, denken Sie doch daran, daß mein Verantwortlichkeitsgefühl allein mich handeln läßt und mich, solange ich das Vertrauen meines königlichen Herrn genieße, an dieser Stelle hält. Wenn dies nicht mehr der Fall ist oder ich den Dienst nicht mehr leisten kann, werden Sie mich nicht mehr an dieser Stelle sehen! — Es sollte hier nicht so viel über Reichsangelegenheiten gesprochen werden, sonst werden Personen oder Parteien angegriffen, die sich hier nicht verteidigen können. Wir sollten uns auch nicht gegenseitig zanken (Hört! hört!), dazu ist die Zeit zu eng und wir haben Besseres zu tun!

Der Ministerpräsident wiederholt dann seine historische Darstellung des Bestehens der Besitzsteuer im Reichstage; die Zerwässerung-Erzberger zwang die Regierung, eine Besitzsteuer einzubringen. Der Wehrbeitrag allein erfüllte diese Verpflichtung nicht. Wenn wir nicht die Besitzsteuer eingebracht hätten zur Deckung der laufenden Kosten der Wehrvorlage, dann hätte uns die Reichstagsmehrheit etwaige andere Vorlagen abgelehnt und uns eine Besitzsteuer präsentiert. Die Führung wäre also in die Hände des Parlaments übergegangen, und das wollen weder Sie (nach rechts) noch ich. Die Wehrvorlage durfte nicht einmal um acht Tage hinausgeschoben werden, also konnte eine Reichstagsauflösung, die mir v. Heydebrand empfahl, um mir einen angenehmeren Reichstag zu verschaffen, nicht in Betracht kommen. (Zustimmung links.) — Ich bitte die Rechte, anzuerkennen, daß ich nur in einem Gefühl der Pflicht so gehandelt habe und bitte, die neuen schweren Lasten der Staatsbürger nicht noch durch Vorwürfe zu erschweren: er ist ein schlaffer Staatsmann, er hätte es ja anders machen können und dann hätte er weniger zu zahlen brauchen! (Zuruf rechts: Hat ja niemand gesagt!) Ebensowenig habe ich neutral sagen wollen, daß die schlechten Konserverbitter diese neuen Steuern auferlegt haben. Alle Parteien hier im Hause haben eine ebenso schwere Verantwortung wie ich — zu den Herren auf der äußersten Linken habe ich ja noch keine Beziehungen gehabt (Heiterkeit); — nur bei den Sozialdemokraten: Vielleicht brauchen Sie uns noch! — bleiben wir uns beiderseits der Verantwortung für das Beste des Landes bewußt, dann werden wir auch bei den heftigsten sachlichen Differenzen nie in Zustände kommen, die, wie in den gegenwärtigen ersten Tagen und Zeiten, das Vaterland gefährden könnten. (Beifall.)

Abg. Dr. v. Woyna (ff.):

mahnt die Behörden, gegenüber den gesegneten Welfen eiserne Ruhe zu bewahren und bezeichnet die Presse, bis in die sogenannten anständigen Blätter hinein, als die eigentlichen Schuldigen am Fall Jabern. Alles, was im Herrenhause gesagt wurde, billige ich nicht, aber zu dem Schifferischen Angriff war keine

Ursache. Die Klagen der Sozialdemokraten über die Justiz sind hinfällig, denn sie werden genau so behandelt, wie jeder andere Staatsbürger. (Beifall bei den Konserverbittern.)

Abg. Dr. Pajndke (Sp.):

rechtfertigt die Steuerpolitik der Reichstagsmehrheit und fordert eine Nachterweiterung des Parlaments. Im Verein deutscher Studenten schimpfte man leithin auf den Reichstag und sang patriotische Lieder, deren Verfasser, Hoffmann v. Fallersleben und Knudt, von Preußen gemahregelt sind! Wie haben die Konserverbitter den Reichstagsgründer angegriffen! Wir sind nicht gegen Preußen, sondern nur gegen seine Mächtigkeits. Wir sind auch nicht gegen eine Kommunalgewalt, sondern wollen nur hohes Recht. Der Redner weist schließlich die Vorwürfe gegen die Zivilbehörden im Eilschrittsritten und tritt für Gerechtigkeit gegenüber dem Reichslande ein. (Beifall bei der Volkspartei.)

Ein konservativer Schlussantrag wird angenommen.

Abg. Dr. Schiffer (natl., persönlich): Ich berichtige meine Rede. Herr v. Heydebrand hat nicht selbst gefordert, daß der Reichstag hätte zum Teufel gejagt werden sollen, sondern er hat dies nur als den Wunsch einer Strömung im Volke wiedergegeben.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

(Zur Geschäftsordnung): Die ganze Debatte hat sich im Grunde um die Sozialdemokratie gedreht. (Oh! und Lachen bei der Mehrheit.) Selbst der Reichskanzler hat ja die neugierige Frage aufgeworfen, wie sich wohl die Sozialdemokratie in diesem Moment zu ihm stelle. Diese Frage kann ich leider nicht beantworten, der Schluß der Debatte hindert mich daran. Er macht es mir auch unmöglich, den Vertretern des Verwaltungsabsolutismus und der Militärdespotie in Deutschland, des Schreyensentums und der Verprechtung Deutschlands, den Kanzlerstärzern, die — nach der heutigen

Leichenbitterrede des Reichskanzlers

zu urteilen — wohl ans Ziel gelangt sind, und den Vertretern des Staatsrechts zu antworten (Präsident: Das ist doch nicht zur Geschäftsordnung!). Ich hätte gern als Vertreter der Verdeutschung Preußens das Wort genommen, so aber spreche ich nur noch kurz den innigsten Dank meiner Partei aus für die vorzügliche Arbeit, die Sie jetzt wieder für uns geleistet haben. (Beifall bei den Soz. — Gelächter bei der Mehrheit.)

Sonnabend 11 Uhr: Kleine Vorlagen, Wohnungsgesetz. — Schluß 4 1/2 Uhr.

## Reichstag.

191. Sitzung. Donnerstag, den 15. Januar 1914, nachmittags 1 Uhr.

Im Bundesrat: Dr. Delbrück.

Auf der Tagesordnung steht die Interpellation Albrecht (Soz.) über die

Vorgänge in Jabern.

Eingegangen ist eine Interpellation v. Payer (Sp.), ebenfalls über die Vorgänge in Jabern. Auf die Frage des Präsidenten erklärt

Staatssekretär Dr. Delbrück:

Der Reichskanzler ist bereit, beide Interpellationen zu beantworten, sobald das gegen die beteiligten Offiziere schwebende Verfahren rechtskräftig abgeklafft ist. Er wird sich über den Termin der Antwortung mit dem Herrn Präsidenten verständigen.

Gesekhentwurf über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

Ministerialdirektor Caspar

begründet den Entwurf, der die Beschäftigung der Weibchen, Lehrlinge und Arbeiter im Handelsgewerbe am ersten Weihnachts-, Osters- und Pfingsttage überhaupt verbietet, an den übrigen Sonntagen und Feiertagen in offener Verkaufsstellen bis zu drei Stunden für zulässig erklärt. Der Redner geht auf der Tribüne im Zusammenhang meist verständlich, auf die vielfach zugelassenen Ausnahmen ein und bemerkt, die Regierung glaube, mit der Ausdehnung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe einem oft geäußerten Wunsche des Reichstages zu entsprechen.

Abg. Vender (Soz.):

Wohl selten hat ein sozialpolitischer Entwurf so enttäuscht, wie der vorliegende. Alle Wünsche, die die Angestellten und Arbeiter im Handelsgewerbe seit 14 Jahren geäußert haben, sind durch diesen unzulässigen Entwurf in Schanden geworden, die Handelsangestellten und Arbeiter betrachten diesen Entwurf als die

schlimmste Verhöhnung ihrer Forderungen,

die empfinden ihn als einen Schlag ins Gesicht, ihre Interessen sind im Entwurf restlos den Interessen der Unternehmer geopfert worden (Sehr wahr! bei den Soz.). Im April 1907 erklärte der damalige Staatssekretär Poladomsky, es solle eine Revision der Bestimmungen über die Sonntagsruhe stattfinden. Es wurde auch ein Entwurf ausgearbeitet, gegen den die Handelskammern Sturm liefen, und er verfiel in der Beratung und die Sache wurde auf die lange Bank geschoben. Im Frühjahr 1912 wurde endlich ein Entwurf ausgearbeitet, der gegen den von 1907 erhebliche Rückschritte enthielt; aber dem Deutschen Handelstag, dem er zur Begutachtung vorgelegt wurde, war er noch nicht rückschrittlich genug; die Frucht dieser Begutachtung ist der gegenwärtige Entwurf, der wesentliche Verschlechterungen gegenüber dem vorjährigen enthält; die Ausnahmen sind erheblich vermehrt, die zulässige Arbeitszeit in den Kontoren ist wesentlich verlängert.

Durch ein so parteiliches Vorgehen der Regierung wird es dieser sicher nicht gelingen, die Arbeiter für sich zu gewinnen. Der Grundsatz der vollen Sonntagsruhe von 1907 ist in diesem Entwurf ganz fallen gelassen. Ganz neu ist die Bestimmung, wonach die Protestanten nicht unter dieses Gesetz fallen dürfen und daß strenggläubige Juden, die Sonntagsruhe feiern, dafür jüdische Angestellte am Sonntag fünf Stunden arbeiten lassen können. Der Entwurf bleibt auch zurück hinter den vielfach schon in der Praxis bestehenden Zuständen (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), er entspricht nicht im entferntesten der Entwicklung unserer sozialen Verhältnisse. Wir sind auch dagegen, daß die Regelung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe wieder den Gemeinden und höheren Verwaltungsbehörden überlassen wird, denn was die Gemeinden durch Ortsstatut in dieser Beziehung getan haben, hat den Erwartungen durchaus nicht entsprochen. Wir lehnen auch die vielen Ausnahmebestimmungen ab. Nach Ansicht der Beteiligten, der wir zustimmen, wäre lediglich eine Ausnahme notwendig für Waren, Fleisch, Milch und Eis an zwei zusammenhängenden Stunden des Sonntagsvormittags und für sechs bis zehn Stunden am letzten Sonntag vor Weihnachten. — Ferner verlangen wir eine Ausdehnung des Gesetzes auf die Handelsangestellten in Theatern, Vergnügungsunternehmungen und Apotheken. Allerdings sind wir keine Anhänger der erglückten



Sonntagsruhe, die dem Arbeiter jede geistige Anregung und Erholung am Sonntag nimmt. Wir wollen vielmehr, daß diesen Angehörigen der Theater usw. in der Woche eine 36 stündige Ruhepause zu gewähren ist. Wir werden nur einem Gesetz zustimmen, das eine so weitgehende Sonntagsruhe bringt, wie sie in den besten Verordnungen heute schon vorhanden ist. Jedenfalls muß eine Bestimmung in das Gesetz hinein, wonach bessere bestehende Verhältnisse durch dies Gesetz nicht verschlechtert werden dürfen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Gesundheit der Hunderttausende von Angestellten sollte dem Reichstag über den Profit, den die Unternehmer aus der Sonntagsarbeit haben, und auch über die Unbequemlichkeiten für das laufende Publikum gehen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Für die Arbeit in den Kontoren sind so zahlreiche Ausnahmen zugelassen, daß man sagen muß, die Regierung ist hier unternehmerfreundlicher als die Unternehmer selbst.

Auch im Detailhandel ist die Praxis dem, was das Gesetz will, weit vorausgeeilt. Von einem Einnahmefall für die Geschäfte kann keine Rede sein, denn wenn die Konsumenten nicht am Sonntag kaufen können, kaufen sie eben am Freitag, wenn nur der Beutel gefüllt ist.

In den Konsumvereinen ist ja auch die volle Sonntagsruhe durchgeführt. Würde die Freitagslohnzahlung und der freie Sonnabendnachmittag in den Fabriken usw. überall durchgeführt, so wäre auch der Einwand hinsichtlich der Sonntagsruhe der Arbeiter keine Gelegenheit hätten, gewisse Waren zu kaufen, die nicht bei künstlichem Licht gekauft werden können. Auch viele Vereinigungen selbständiger Kaufleute haben sich für die volle Sonntagsruhe ausgesprochen. Die Sonntagsruhe wird natürlich die soziale Frage nicht lösen, sie wird aber ein wichtiges Glied in der Kette sozialer Gesetze sein.

Für die Angestellten und Arbeiter ist die völlige Sonntagsruhe aber auch eine Lebensfrage. Nach diesem Entwurf ist noch eine Arbeitszeit von 11 1/2 und 12 1/2 Stunden gestattet, und an 40 Ausnahmetagen sogar eine unbegrenzte Arbeitszeit, die bis auf 16 und 18 Stunden geht. Dabei muß die körperliche Gesundheit und die Lebenskraft zugrunde gehen. Das Gesetz muß so gestaltet werden, daß eine wirkliche völlige Sonntagsruhe gewährleistet wird. Millionen von Arbeitern und Angestellten erwarten vom Reichstag, daß er so verfährt; er wird dann im Sinne der allgemeinen Kulturentwicklung handeln. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Erzberger (Z.):

Meine Freunde sind stets aus religiösen und sozialpolitischen Gründen für die Sonntagsruhe eingetreten. Jetzt wird eine Erweiterung der Sonntagsruhe vorgeschlagen; warum aber in einem besonderen Gesetz statt in der Gewerbeordnung, und warum nur für das Handwerksgebiet? Für die Einbringung des Entwurfs ist der gegenwärtige Zeitpunkt der ungeeignetste. (Sehr richtig! im Zentrum.) Inbald ist der Entwurf ungenügend. Sein Hauptfehler ist, daß er alles nach der Schablone regeln will. Die Verfasser des Entwurfs sind vollständig eingenommen gewesen vom „Berliner Bild“. (Sehr gut! im Zentr.) Vor Ausarbeitung solcher Gesetzentwürfe sollten die Geheimräte einmal auf das platte Land und zu den kleinen Gewerbetreibenden geschickt werden, um zu erfahren, wie solche Bestimmungen wirken. (Sehr wahr! im Zentrum.) Die erste Folge des Entwurfs wäre der glatte Ruin zahlreicher Existenzen des Mittelstandes. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten und Jurist: Davon verstehen Sie nichts!) Dieser Jurist ist eine Annahme. (Zustimmung im Zentrum.) In kleinen Landstädten entfallen 80 Proz. der Einnahmen der kleinen Kaufleute auf den Sonntag. Diese Existenzen würden also durch den Entwurf glatt ruiniert werden. Die Bevölkerung würde freilich auch dann ihre Bedürfnisse durch Kauf decken, aber nicht mehr bei den Kaufleuten des Ortes, sondern bei den Warenhändlern der benachbarten Großstadt; die großkapitalistischen Unternehmungen würden also wachsen, und ebenso würde

sich ausdehnen der Hausierhandel auf dem platten Lande (Sehr wahr! im Zentrum). Die vollständige Sonntagsruhe, die der Vorredner ganz einseitig bis auf geringe Ausnahmen fordert, lehnen wir ab; man kann nicht von fünfständiger Arbeit plötzlich zu nullständiger übergehen. Ueber alle Regelungen im einzelnen wird man sich in der Kommission verständigen können. Jedenfalls bedarf der Entwurf einer wesentlichen Umgestaltung im Sinne der Ausdehnung der Sonntagsruhe. Wir beantragen Ueberweisung des Entwurfs an die Gewerbekommission. Vor allem leidet uns aber auch der Gesichtspunkt: Sonntagsruhe ohne Sonntagsheiligung wird keinem Volk zum Segen gereichen. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. List (natl.):

Mit der Einbeziehung der Angestellten in Apotheken in dieses Gesetz sind wir einverstanden. Es wäre gewiß eine kulturartige Besonderheit, wenn die volle Sonntagsruhe durchgeführt würde, aber man muß die bestehenden Verhältnisse berücksichtigen und das tut der Entwurf. Er nimmt durchaus nicht nur Rücksicht auf die Interessen der Unternehmer, sondern sucht einen Mittelweg zwischen diesen Interessen und denen der Handelsangestellten. In kleineren Städten muß der Mittelstand die Möglichkeit haben, seine Kunden auch am Sonntag zu befriedigen. Ausnahmen von den Bestimmungen des Gesetzes durch Ortsstatut sollten zur Voraussetzung die Zustimmung eines größeren Teiles der beteiligten Kreise haben. Wird Sonntagsruhe zugelassen, so muß sie, abgesehen von den Gottesdienststunden, ununterbrochen sein und zu einer bestimmten Zeit, etwa um 9 oder 10 Uhr, auf jeden Fall beendet sein. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Graf Cramer-Bieserwitz (L.):

Der Entwurf bringt gegenüber dem von 1907, der die völlige Sonntagsruhe vorsah, manche Vorteile. Vor allem mit Rücksicht auf den Mittelstand ist die volle Sonntagsruhe nicht durchführbar, auf keinen Fall in den kleineren Städten. Besonders schlimm daran sind die kleinen Orte in der Nähe von Großstädten, wo die kleinen ansässigen Kaufleute auch noch unter der Konkurrenz der Wander-Warenhändler aus der Großstadt zu leiden haben. Die Angestellten im Handelsgewerbe sollten nicht vergessen, daß ihre Stellung in dem letzten Jahre eine durchaus günstigere geworden ist; ich erinnere an die Angestelltenversicherung. Wir hoffen, daß das Gesetz so gestaltet wird, daß es dem Mittelstand hilft. (Bravo! rechts.)

Abg. Günther (Sp.):

Dem natürlichen Bedürfnis nach einmaliger Ausspannung in der Woche trägt nach meiner Auffassung der vorliegende Gesetzentwurf Rechnung. Wenn viele Kaufleute die vollständige Sonntagsruhe ablehnen, so geschieht das nicht aus Haß gegen die Angestellten, sondern unter dem Zwange der wirtschaftlichen Verhältnisse. Für das Konditorgewerbe würde die völlige Sonntagsruhe geradezu den Ruin bedeuten. (Zustimmung bei der Volkspartei.) Mit Recht hat Kollege Erzberger auch betont, daß durch völlige Sonntagsruhe der Hausierhandel auf dem Lande und das Versandgeschäft der großen Warenhäuser zunehmen würde. Selbst in den Großstädten widersprechen die Ladeninhaber der Einführung der vollständigen Sonntagsruhe. Zur gründlichen Durchberatung der Einzelheiten des Entwurfs beantragen wir seine Ueberweisung an eine besondere Kommission von 20 Mitgliedern.

Abg. Dambel (Bole):

Man darf nicht nur auf die Arbeitnehmer Rücksicht nehmen, sondern auch auf die Arbeitgeber und das Publikum, speziell in den kleinen Städten und auf dem Lande, wo die Verhältnisse wesentlich anders liegen wie in den Großstädten. Eine Verschlechterung gegenüber dem bestehenden Zustande sollte durch gesetzgeberische Bestimmungen nirgends möglich sein. Wir sind für sozialpolitischen Fortschritt, aber nur für schrittweisen. Der Ueberweisung der Vorlage an eine Gewerbekommission stimmen wir zu.

Abg. Bernuth (Sp.):

An sich wäre die volle Sonntagsruhe das Ideale; aber aus den schon von den Vorrednern angeführten Gründen ist nur die Einführung einer beschränkten Sonntagsruhe möglich. Wie die Apotheken, so sollten auch die Drogerien ausgenommen werden.

Abg. Rumm (Wirtsch. Vg.):

Es spricht vieles dagegen, daß Gesetze schnell geändert werden, aber wenn nach langer Zeit eine Änderung erfolgt, dann sollte auch ein erkennbarer Fortschritt zu verzeichnen sein. Es ist bitter, wenn man sehen muß, wie die Regierung seit 1907 in dieser Frage Schritt für Schritt zurückgewichen ist. Das größte Handelsvolk der Erde weicht, was es hat, wenn es sich Sonntags völlige Ruhe und Seelenruhe gönnt. In den Städten, wo die völlige Sonntagsruhe besteht, hat sie sich auch bei uns in Deutschland durchaus bewährt. Zum mindesten sollte die volle Sonntagsruhe für alle größeren Städte und für bestimmte Zeiten des Jahres festgelegt werden. Natürlich gehört zur Sonntagsruhe, daß die Nacht vorher und nachher arbeitsfrei ist. (Bravo!)

Die Weiterberatung wird vertagt auf Freitag 1 Uhr pünktlich (vorher: kurze Anfragen, schleuniger Antrag Schiffer (natl.) auf Dinaufschubung des Termins für die Erklärungen betr. den Beitragsbeitrag).

## Parlamentarisches.

### Budgetkommission des Reichstages.

Gegenstand ausgedehnter Erörterungen bildeten am Donnerstag zunächst die Olympischen Spiele, die 1916 in Berlin veranstaltet werden sollen und für deren „würdige Durchführung“ die Regierung im Etat nicht weniger als 200 000 M. fordert. 14 000 M. sind bereits außerordentlich zur Verfügung gestellt worden; 46 000 M. sollen im laufenden Etatjahr für Vorbereitungsarbeiten und Vorwettbewerb bewilligt werden. Die Zahl der Turner und Sportleute, die daran partizipieren, beträgt etwa zwei Millionen; das Hauptkontingent bildet die nationale deutsche Turnerschaft. Der Posten wurde nach langer Debatte gegen die Stimmen der Konservativen, Nationalliberalen und Fortschrittler abgelehnt.

Die Kommission behandelte sodann den Titel: Ausführung des Kaligesezes. An Abgaben von Kalisalzen gemäß § 27 sind der Reichskasse im Etatsjahr 1909/10 241 000 M. mehr als im Vorjahre, zugeflossen. An Kosten für die Ausführung des Gesetzes hat das Reich 500 000 M. aufgewendet. Zur Verteilung für Propagandazwecke im Interesse des Kalialjahres sollen 5 391 600 M. gelangen, 1 800 000 M. im Inland, im Ausland 3 591 600 M. — Genosse Sachse erkundigte sich nach den Kalifunden im Ausland und regte an, bei einer Änderung des Gesetzes Kaligelder auch für Arbeiter aufzuwenden, die durch Betriebseinstellungen empfindlich geschädigt worden seien. Von den Kaliherrn werden mit den Arbeitern eine unglückliche Misshandlung getrieben. — Der Regierungsdirektor gab einen Überblick über die Entwicklung der Kaliproduktion der letzten Jahre und schilderte die Wirkungen des Gesetzes, wodurch sehr ungünstige Zustände herbeigeführt worden seien. Es werde eine Novelle zum Kaligeseze eingebracht werden, um die schlimmsten Uebelstände zu beseitigen. Der Mangel des Kalifunditars gegen den Fiskus, weil dieser die Mehraufwendungen des Subsidats für Propagandazwecke nicht decken wolle, könne mit Ruhe entgegengesetzt werden. — Der Korreferent, Genosse Hoch, trug aus der Petition des Kalifunditars die Forderungen auf Erhöhung der Propagandagelder vor und wies nach, daß diese Forderungen durchgus unberechtigt seien. — Ein Antrag Göttschke, die für inländische Propaganda ausgeworfene Summe von 1 800 000 M. auf zwei Millionen Mark erhöht werden; die mehr zu bewilligenden 200 000 M. sollen zur Förderung des Feldmäßigen Gemüsebaues verwendet werden. Die Beratung soll Freitag fortgesetzt werden.

Nur noch 4 Tage!



# Inventur-Verkauf

zu außerordentlich billigen Preisen

Ein großer Posten aus guten u. haltbaren Stoffen gefertigte

Winter- und Sommer-

## Herren-Anzüge, Ulster, Paletots

zu den Serienpreisen M.	25.— 28.— 32.—	36.— 39.— 42.—	45.— 48.— 54.—	60.— 68.— 75.—
jetzt	18.00	28.00	38.00	48.00
zum Einheitspreise M.				

Zu ebenfalls bedeutend herabgesetzten Preisen:

Westen, Beinkleider, Lodenjoppen, Pelerinen

Wettermäntel, Pelze und Pelzjoppen

## Jünglings- u. Knaben-Kleidung

Änderungen zum Selbstkostenpreis

# Leineweber

Berlin C.

Kochstraße 34

Köllnischer Fischmarkt 4, 5, 6

Fischerstraße 1

Im II. Stock:  
Bis zum 20. Januar  
ermässigte Preise  
auf  
**Alpentrachten**  
für  
Damen und Herren



# 95

Woche

# H. Joseph & Co.

NEUKÖLLN

195, 95, 95, 95, 95, 95, 95, 95, 95, 95

Soweit Vorrat!

Von Sonnabend, den 17., bis Sonnabend, den 24. Januar.

Soweit Vorrat!

### Damen-Konfektion

- Hemdbluse in Barchent 95 Pf.
- Unterrock Halbtuch mit Volant in vielen Farben 95 Pf.
- Matiné Barchent, schöne Muster 95 Pf.
- Russen-Kittel aus Halbtuch oder Barchent, in hellen und dunklen Farben 95 Pf.
- Kinderkleid in hellen und dunklen Farben, schöne Muster von 45 bis 65 95 Pf.

### Damen-Wäsche

- Dam-Phant-Hemden mit Stickerei-Einsätzen 95 Pf.
- Kniebeinkleider mit Stickerei-Ansatz 95 Pf.
- Nachtjacken in Barchent mit Lang 95 Pf.
- Bäffchen aus Tüll und Batist 2 Stück 95 Pf.
- Jabots neue Form, gefaltet 1 Stück 95 Pf.

### Schürzen

- Hauschürzen prima Kreton, marine, weiss, doppelseitig 95 Pf.
- Hauschürzen aus schwarz Panama u. Tasche u. Volant 95 Pf.
- Blusenschürzen marine Kreton m. Blendengarnierg. 95 Pf.
- Blusenschürzen weiss Daular mit Stickerei 95 Pf.
- Reformhänger f. Dam u. Tasche rot, schlüsselt 95 Pf.
- Tändelschürzen mit aus türk. gemustertem Satin 95 Pf.
- Tändelschürzen aus schwarz Panama 95 Pf.
- Tändelschürzen ohne Träger, gefaltet, aus weiss Stickereistoff 95 Pf.
- Kind.-Reformhäng. Grösse 45-55, sum Teil 90 cm 95 Pf.
- Kind.-Reformhäng. aus gestreift. Mull m. Stick. 95 Pf.
- Kind.-Reformhäng. aus gestreift. Haustuch mit Kimono-Arm 95 Pf.
- Kind.-Reformhäng. aus schwarzem Panama 95 Pf.
- Knaben-Schürzen aus gestreift. Satin-Drell 95 Pf.
- Knaben-Schürzen aus gestreift. Haustuch mit grosser Spieltasche 95 Pf.
- Knaben-Schürzen aus Satin Augusta, 2 Stück 95 Pf.

### Korsetts

- Frack-Korsett aus grau Drell, gut sitzend 95 Pf.
- Halbohohe Form mit Spiralelängen 95 Pf.

### Kurzwaren

- 4 Paar Schweissblätter doppelt Batist 95 Pf.
- 2 Grs. Feder-Druckknöpfe schwarz u. weiss 95 Pf.

### Lebensmittel

- Ca. 3 Pfd.-Glas Zuckerhonig 95 Pf.
- 2 Flaschen sortierte Liköre 95 Pf.
- vid. gem. Zucker, vid. Ringäpfel 95 Pf.

## Kleider-Samt- und Seiden-Stoffe

**Kostümstoffe** ca. 130 br., engl. Gr. schwebere haltbare Qualität. *durchweg Metr.*

**Reinwoll-Blusenstoffe** entzuck. Streifenmuster.

**Blusenstoffe** meist 2-fach.

**Hauskleiderstoffe** ca. 30-100 br.

**Alpaca** w. u. schwarz. M. gem. Drell.

**Voile** Naugran ca. 110 br.

**Kinder-Kleiderstoffe** Naugran ca. 30-110 br.

**Weisse Stickerei** Dolants.

**Extra Gelegenheitskauf!!**

**farb. Kleiderstoffe** reine Wolle ca. 1000 Reile na. Satin u. Samt Stanell Coulton 2 1/2 m ca. 3000 in Crepe de chine Illusion 1 Kinder-Blusen in allen mod. farben.

**Halbseid-Crepeline**, die große fröhliche mode in geschmackvoll farbenesert.

**Reitband-Blusen-Samt** mod. schön. Streifen.

**Blusen u. Kleider Seiden** u. sehr feine satine Qualität glatt u. gebr.

# 95

### Tapiserie

- Besenvorhang a. Aldastoff od. Leinen, Mühlenmuster 95 Pf.
- Handtuch aus Aldastoff oder Leinen, Mühlenmuster 95 Pf.
- Leinen-Kissen gross, handgkkt., Franse, neue Muster 95 Pf.
- Bettwandschoner aus Aldastoff 95 Pf.
- Waschgarnitur Stellig, mit Spitze garniert 95 Pf.
- 2 Stuhl-Kissen m. Franse zusammen 95 Pf.
- Handgest. Kissen mit Franse 95 Pf.
- Handgestickt. Decke 60/60 oder Läufer 95 Pf.
- Reizende weisse Decke mit Klöppel-Motiven und Spitze 95 Pf.

### Leinen- u. Baumwollenwaren

- 3 lange Küchenhandtücher gestickt und gebündert 95 Pf.
- 3 Stubenhandtücher halbleinen 95 Pf.
- 1 langes Rolltuch mit Figurenmuster 95 Pf.
- 1 weisses Kopfkissen mit 2 Stickerei-Ecken und 4 Fältchen 95 Pf.

### Taschentücher

- 6 weisse Buchstahentücher gebrauchsfertig, Linen oder Batist 95 Pf.
- 6 Herren-Taschentücher gross, m. blauem Tupfenrand 95 Pf.
- 6 Damenbatisttücher merzerisiert, mit modernen Zierkanten 95 Pf.
- 6 Hohisaum-Batisttücher weiss, m. gestickt. Ecke, im Karton 95 Pf.

### Strumpfwaren

- Herren-Socken Wolle plattiert, 2 Paar 95 Pf.
- Damen-Strümpfe ringelt engl. lapp. 2 Paar 95 Pf.
- Damen-Strümpfe ringelt, extra schwere Qualität 2 Paar 95 Pf.
- Kinder-Strümpfe Wolle platt. mit Strickfuss Gr. 1-3 4-7 8-10 2 Paar 1 Paar 95 Pf.

### Trikotagen

Ueberraschend gute Qualitäten:

- Normal-Hemden 95
- Normal-Hosen Pf.
- Normal-Jacken Pf.

für Damen und Herren.

### Herren u. Knaben Konfektion

- Knaben-Hosen aus kräft. Stoffen, für 3-9 Jahre 95 Pf.
- Knaben-Stoffblusen für 3-9 Jahre 95 Pf.
- Monteur-Jacken od. Hosen in allen Grössen 95 Pf.
- Klempner-Blusen in allen Grössen 95 Pf.

### Glas

- 1 Satz Schlüssel 6 teilig 95 Pf.
- 1 gr. Kuchenteller u. 12 Kompott-Teller 95 Pf.
- 1 Bier-Service m. Goldrand 95 Pf.

### Salanterie

- Markt Tasche mit Rindledersek. 95 Pf.
- Reisetasche 36 cm grün oder braun 95 Pf.
- Holz-Photographie-Rahmen all Form, enorm billig, 4 Stück 95 Pf.
- Tortenplatten ca. 30 cm mit Majolika-Einlage, in vielen schönen Dessins 95 Pf.
- Brotkörbe Korbgeflecht m. Nickerl. 95 Pf.
- Obstschale auf hohem Gusstuss m. schönen Glasschalen 95 Pf.
- Aschbecher m. Feuerz. sehr prakt. 95 Pf.
- Isolierflsch. „Tempera“ 95 Pf.
- Wasserservice Fleisch und 2 Gläser, auf Tablett 95 Pf.

### Papierwaren

- 100 Bogen Briefpapier Leinen-Prägung, und 100 Couverts m. Seidenfutter zusammen 95 Pf.
- 200 Papierserviett. 100 weiss u. 10 bunte, zus. 95 Pf.
- 7 Pakete Butterbrot-Papier - 700 Blatt 95 Pf.
- 8 Roll. Klosettpapier stark, seidenweich 95 Pf.

### Seifen, Parfümerien

- 15 Stück Oranienburger Seife 95 Pf.
- 1 Kart. Blumenseife und Seiftuch Inh. 12 Stück 95 Pf.
- 1 Rasierapparat mit 2 Klingen 95 Pf.
- 1 Manikure 1-teilig 95 Pf.
- 1 Zerstäuber u. 1 Fl. Eau de Cologne zusammen 95 Pf.
- 1 gr. Flasche Wasch-Eau de Cologne 95 Pf.

### Aluminium

- 1 Pfanne 24 cm 95 Pf.
- 1 Fleischtopf 20 cm 95 Pf.
- 1 Milchkocher 18 cm 95 Pf.
- 1 Milchkrug 95 Pf.

### Porzellan

- 6 Paar Tassen mit Untertass. Goldrand 95 Pf.
- 6 Speiseteller Porzell. 95 Pf.
- 12 Dessertteller 95 Pf.

### Wirtsch. Artikel

- 1 Reibmaschine 95 Pf.
- 6 Teelöffel od. 4 Esslöffel Alpaca 95 Pf.
- 1 Hackmesser m. geniet. Schale 95 Pf.

### Lebensmittel

- 1 Pfd. Landleberwurst 95 Pf.
- 1 Pfd. Pouladenwurst 95 Pf.
- 1 Pfd. Teewurst 95 Pf.













# Amol

das Hausmittel

Allgemein-Verchiedenes

Grünow's Kaffee-Verd. Dresdenstr. 70

Lindenstr. 100

C. Kisch Speck- und Schinkenwaren

Alkoholfreie Getränke

Franz Abraham

Bank Meissna- u. Römertrank-Kell.

C. 23 Barilstr. 5a, Fernsp. Kgt. 13708

Arbeiter-Berufskleidung

Keller, Otto, Gerichstraße 86.

Parlauerweg, Tegel, Braunstr. 49

F. Zillat, Waldemarstr. 64a.

Auto-Fachschule

Centr. Auto Technikum Norden

Prinzen-Allee 42/43 Chausseestraße

Tages- und Abend-Kursus

Betrieb jährlich, Prospekte gratis.

Bade-Anlagen

Arkanis-Bad, Anklamstr. 34.

Bad Alt-Moabit 104, Krankh.-Kass.

Landstr. 107

Central-Bad, Gollnerstr. 41.

Central-Bad, Gollnerstr. 41.

Central-Bad, Gollnerstr. 41.

Central-Bad, Gollnerstr. 41.

Central-Bad, Gollnerstr. 41.

Central-Bad, Gollnerstr. 41.

Central-Bad, Gollnerstr. 41.

Central-Bad, Gollnerstr. 41.

Central-Bad, Gollnerstr. 41.

Central-Bad, Gollnerstr. 41.

Central-Bad, Gollnerstr. 41.

Central-Bad, Gollnerstr. 41.

Central-Bad, Gollnerstr. 41.

Central-Bad, Gollnerstr. 41.

Central-Bad, Gollnerstr. 41.

Central-Bad, Gollnerstr. 41.

Central-Bad, Gollnerstr. 41.

Central-Bad, Gollnerstr. 41.

Central-Bad, Gollnerstr. 41.

Central-Bad, Gollnerstr. 41.

Central-Bad, Gollnerstr. 41.

Central-Bad, Gollnerstr. 41.

Central-Bad, Gollnerstr. 41.

Central-Bad, Gollnerstr. 41.

Central-Bad, Gollnerstr. 41.

Central-Bad, Gollnerstr. 41.

Central-Bad, Gollnerstr. 41.

Central-Bad, Gollnerstr. 41.

Central-Bad, Gollnerstr. 41.

Central-Bad, Gollnerstr. 41.

Central-Bad, Gollnerstr. 41.

Central-Bad, Gollnerstr. 41.

Central-Bad, Gollnerstr. 41.

Central-Bad, Gollnerstr. 41.

Central-Bad, Gollnerstr. 41.

Central-Bad, Gollnerstr. 41.

Central-Bad, Gollnerstr. 41.

Central-Bad, Gollnerstr. 41.

Central-Bad, Gollnerstr. 41.

Central-Bad, Gollnerstr. 41.

Central-Bad, Gollnerstr. 41.

Central-Bad, Gollnerstr. 41.

Central-Bad, Gollnerstr. 41.

Central-Bad, Gollnerstr. 41.

Central-Bad, Gollnerstr. 41.

Central-Bad, Gollnerstr. 41.

Central-Bad, Gollnerstr. 41.

Central-Bad, Gollnerstr. 41.

Central-Bad, Gollnerstr. 41.

Central-Bad, Gollnerstr. 41.

Central-Bad, Gollnerstr. 41.

Central-Bad, Gollnerstr. 41.

Central-Bad, Gollnerstr. 41.

Central-Bad, Gollnerstr. 41.

Central-Bad, Gollnerstr. 41.

Central-Bad, Gollnerstr. 41.

Central-Bad, Gollnerstr. 41.

Central-Bad, Gollnerstr. 41.

Central-Bad, Gollnerstr. 41.

Central-Bad, Gollnerstr. 41.

Central-Bad, Gollnerstr. 41.

Erscheint 2 mal wöchentlich.

## Bezugsquellen-Verzeichnis.

Untenstehende Geschäfte empfehlen sich b. Einkauf.

### Bäcker- u. Konditoreien

A. Koenbeck, Sparrstr. 4.  
Josef Krull, Weiserstr. 179  
Alb. Kraml, Cadinerstr. 19.  
Landbr.-Bäck. Kröcher, Sauerstr. 25a  
C. Kunze, Liebigstr. 1.  
Karl Kumerle, Langestr. 40.  
Terisa u. Altküche  
Max Köhl, Triftstr. 9  
Felix Kynast, Dänenstr. 5.  
**Bäckerei Künscher**  
Kastanien-Allee 57

P. Lami, Immanuelkirchstr. 30

Ev. Lisengrad, Danzigerstr. 42

Adolf Lindig, Lichtstr. 73

Carl Lindenberg, Lychnestr. 4

H. Lohs, Reichenstr. 104, Kanakstr. 12

Fritz Lungwig, Hohenlohestr. 2

W. Luzemann, O.-Gabrielstr. 2

W. Megow, Lichtenb.-Gürtelstr. 49

H. Markgraf, Charl.-Goethestr. 49

R. Markwort, Pfingststr. 11

R. Mancher, Liebenbr. Güterstr. 27

Anton Meynar, Landsbergerstr. 17

Alfred Moener, Fuldastr. 55/56

Mühlsteff, Spandau, Bismarckstr. 1

G. Mosler, Weissenburgerstr. 42

E. Mühl, Mantelstr. 87

Max Mühl, Falkenstr. 37

Carl Neundorff, Stöckelstr. 70

Wilhelm Niklas, Mollatstr. 6

Gustav Nielsen, Lindowstr. 9

P. Nitschke, Cadinerstr. 21

Paul O., Danzigerstr. 21

Rob. Pötschke, Sprengelstr. 45

H. Pöppel, Amst. 104, Reichenstr. 104

Herm. Prager, Gr. Frankfurterstr. 2

Fr. Pribyl, Osabrückerstr. 26

Richard Raasch, Weichstr. 54

Fritz Richter, Liebenwalderstr. 13

Fritz Richter, Reikendorferstr. 23

Rob. Riedel

G. Riewe, Lützowstr. 8, Reichenstr. 87

C. Reisch, Bäck. Hermannstr. 14

F. Radloff, Nikl., Allerstr. 17

Osw. Raub, Gürtelstr. 27

Gust. Raubert, Metzstr. 11

Kurt Reinecke, Franzstr. 12

P. Reiholts, Treptow-Kieholzstr. 17

Richard Rieger, Triftstr. 35, Sparrstr. 28

O. Rietzsch, Simon-Dachstr. 1

F. Rindler, Samarkanderstr. 11

R. Riemer, Fannierstr. 4

Willy Rohde, Zellestr. 41

H. Robert, Rösner, Triftstr. 4

Alfred Roth, Reichenbergerstr. 105

F. Sandmann, Treptow, Grützerstr. 25

Wilhelm Sauter, Odenstr. 26

W. Schaaf, Reichenstr. 104, Provinzstr. 33

Emil Schaller, Schreinerstr. 32

P. Schläpfer, Anklamstr. 15

P. Schläpfer, Reichenstr. 8, Provinzstr. 33

Carl Schleich, O. Wühlstr. 3

Willy Schmidt, Liebenwalderstr. 10

Paul Schmoll, Amsterdamerstr. 9

O. Schneider, N.W. Bismarckstr. 2

Willy Schneider, Molatstr. 13

Gustav Schöffel, Doldgerstr. 31

Paul Schön, Koppenhagenstr. 74

Eberhard Schönwiese, Lützowstr. 2

Paul Schröder, Reichenbergerstr. 77

E. Schön, Knipproderstr. 9

W. Schwäbe, Romintenerstr. 57

Carl Schults, Neukölln, Dammstr. 26

Paul Schulz, Hufelandstr. 2

Paul Schürer, Stolpenerstr. 2

Adolf Schulz, Florinstr. 25

Paul Schürer, Thälmerstr. 13

Reinh. Schurmann, Kastanien-Allee 4

Karl Schwarz, Thierstr. 21

P. Schwarzbeck, Wielestr. 27

Bruno Schwarz, Andreaskstr. 3

Schwesche, Herm. Rykestr. 23

E. Seeländer, Lenustr. 7

Ernst Seifert, Reuterstr. 75

Robert Sell, Mäuserstr. 15

Reinhold Sperling, Jahnstr. 15

E. Spietsch, Charlottenb., Kantstr. 83

Otto Stieler, Warschauerstr. 69

P. Sygusch, Schön. Allee 150

Georg Tank, Christburgerstr. 30

Carl Tänzler, Widenowstr. 17

### Brauerei Königstadt

feinste Qualitätsbiere.

### Ender's Brauerei

u. m. Ender's, Chausseest. 40/41/17. 10653

### Groterjan

Malzbier, Friesen-Allee 79/80, Nr. 6748

Hempel, E., Müllerstr. 138 d.

Luisebräuerei Weissenae.

Schulz, Herm., Schönleinstr. 23

### C. Habels Brauerei

hell - Habelbräu - dunkel.

### Goldbier

ist nicht nur ein Erfrischungsgetränk, sondern auch ein Gesundheitsmittel ersten Ranges.

Berliner Unions-Brauerei, Berlin S.

### Weissbier - Caramelbier

Brauerei E. Willner Pankow.

### Löwen-Brauerei

vorzügliche Fass- und Flaschen-Biere.

### Münchener Brauhaus

Berlin und Oranienburg

### Schlöbbräu-Flaschenbier

die Qualität ist hervorragend

### Vereins-Brauerei Teutonia, NW 87.

### Weissbier, C. Breithaupt,

Fallaadenstr. 97. Tel. -A. VII, 2634.

### Brotfabrik

### Liebig's Zerpenschlauer Landbrot

Zu fordern in allen Geschäften

### Burten u. Selterwaren

H. Wallhäuser, Teg., Bahnhofsstr. 15

### Bildereinrahm. u. Glaserel

H. Bolahn & Co., Wielestr. 42

### Butter, Eier, Käse

H.P. Biedermann, Immanuelkirchstr. 15

### Danne, Karl Chorinerstr. 26.

Eierstorch, 23/24-25 40. Mantelstr. 5

15 Detailgeschäfte

### Bruno Freche

25 eigene Filialen.

### Wilhelm Göbel

25 eigene Filialen.

### Gebrüder Groh

40 Filialen in Berlin und Vororten

### August Holtz

13 Detail-Geschäfte.

### F. HAGEN

22 Verkaufsstellen 22

Hubertus, Butterföhrig, Strausberg

Herm. Kunert, Culmerstr. 22

A. Liepold, Antonstr. 1, Milchhöf.

### Gebrüder Manns

48 eigene Detailgeschäfte

### Wilh. Pleß, Buttergroßhdlg.

Berlin C 24, Rosenthalerstr. 49

(Rathausstr.) Fernsp. A. Nord 2027

### Kosmalla, E., 4 Detail-Geschäfte

### Paul Reinike Butter en gros

Berlin S. 29, T. Amt Moritzp. 2130

Direktorimport, Lieferant viel. Konsum-Vereine. Vert. E. Offert.

### Schröter, R.

43 Verkaufsstellen 43

### Gust. Schultze & Sohn

Ch. Sternschein, Wrangelstr. 64

Eiergroßhdlg.

### Uhly & Wolfram

### Vereinigte 48 Verkaufsstellen.

### Pommersche Meiereien

### C. F. Wienstruck

en-gros Butter en-detail S.-W., Leipzigerstr. 82.

### Cacao, Schokolad., Confitur.

Adler's Konditorei, Wrangelstr. 47.

### Fordern Sie

### Kakao und Schokolade

### Wesenberg

### Cylix, G., Filialen in Berlin und Vororten

### Seiffert, E., Filialen in Berlin und Vororten

### Cigarrenfabriken

W. Herbst, Ritterstr. 33, Tel. Reihlpt. 2573

Cigarrenhandl. empf.

### Cigarrenhandlungen

Cigarren-Adler, Insterburgerstr. 1

Fanny Baumert, Lindowstr. 23

Blankenburg, Reichenbergerstr. 118

E. Dorsch, Pankow, Breitenstr. 40

H. Franz, Seestr. 43

E. Giese, Müllerstr. 12e.

L. Hartung, Pankow, Breitenstr. 62

O. Klase, Reichenbergerstr. 36

F. Jakob, Müllerstr. 12.

O. Kunze, Reichenbergerstr. St. 14

Carl Lange, Lindenstr. 2

F. Laufmann, Reichenbergerstr. 29

O. Quiles, Holl. 117, Reichenk.-O.

Willy Rosenow, Camphauerstr. 4

K. Schotte, Pankow, Florastr. 94

M. Torge, Schönberg, Kalasstr. 44

Ch. Vogesrau, Pank. Berlinerstr. 11.

### Damen-Konfektion

M. Brölling, Weissenae, Langhausstr. 140

Otto Gülle, Prenzlauer Allee 27

Maria Jahn, Spand., Potsdamerstr. 46

### Dampf-Walchensalft

Reichenk.-O. Hauptstr. 23-27.

### Drogen und Farben

O. Barkow, Weidenweg 72.

Beussel-Drogerie Socos, Bismarckstr. 1